This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

STANFORD LIBRARIES

PN
5214
P6V3

VATERLANDSVEREIN
DIE SOCIALDEMO-
KRATISCHE PRESSE.

STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES

Zeitfragen.

Vaterlands-Verein.

Die socialdemokratische Presse.

Berlin 1896.

Herausgegeben vom Vaterlands-Verein,
Berlin SW. 12.

Heft 1.

Die Socialdemokratische Presse.

Berlin 1896.

Herausgegeben vom Vaterlandsverein.

PN5214
P6V3

Doch tückisch tief im Kerne nagt der Wurm,
Der inn're Reichsfeind wühlt — der Demagoge
Schlägt in die Schanze frech das Vaterland.
Rob. Hamerling.

Die Socialdemokratie ist nicht aus dem Volke hervorgegangen, sondern ist durch eine Anzahl Agitatoren ins Volk hineingetragen worden. Was ihr den Weg geebnet hat, war in erster Linie die Presse, wie sie denn auch die Arbeit der Presse in ihre Parteiorganisation fest eingegliedert hat. Socialdemokratische Blätter, die nicht zugleich Parteiorgane und Organe für praktische Agitation im Sinne der offiziellen Parteileitung wären, giebt es nicht. Von irgend welcher Selbständigkeit der Presse ist hier nicht die Rede. Sie hat einfach die Anordnungen und Befehle des Vorstandes auszuführen. Dieser schreibt ihr als Hauptaufgabe vor, die gegenwärtigen Zustände als verrottet erscheinen zu lassen, den Geist der Empörung großzuziehen und den socialdemokratischen Parteifanatismus ins Volk zu tragen. In welcher Weise und mit welchen Mitteln sie sich dieser Aufgabe entledigt, soll im Nachstehenden an einer Blütenlese aus socialdemokratischen Zeitungen gezeigt werden.

Sowohl die Organisation der socialdemokratischen Partei, als auch die überraschende Ausbreitung ihrer Presse ist durch den Umstand begünstigt worden, daß in keiner Partei der blinde Autoritätsglaube so groß ist wie in der socialdemokratischen. Die allein echte und wahre Demokratie, wie die Socialdemokratie sie versteht, ist eben die Herrschaft der ungebildeten Masse, welche die leitenden Demagogen gerade so lange duldet, als sie den begehrlichen Leidenschaften des Volkes immer neues Futter vorwerfen. So herrscht bei dieser Partei ein Wechselverhältnis zwischen Leitenden und Geleiteten vor, bei welchem selbständige Charaktere schwer aufkommen können. Wer daher in der socialdemokratischen Presse eine charakterfeste Selbständigkeit suchen wollte, der wird sich gründlich enttäuscht sehen.

867674

Der Parteivorstand mutet den socialdemokratischen Zeitungen unbedingte Unterwürfigkeit zu, schon deswegen weil die Hauptorgane entweder im Besitze der Partei sind oder aus der Parteikasse subventioniert werden, also von der Parteileitung direkt abhängig sind. Die Parteiparole wird von dem offiziellen „Vorwärts" ausgegeben, dessen Leiter der 70jährige Liebknecht ist. Dieser ist bekanntlich seiner sprichwörtlichen Geradheit bezw. Grobheit wegen allgemein gefürchtet. Sein oft bewährter Wahlspruch lautet: „Wer sich nicht fügt, fliegt." Es ist ein unverantwortlicher Widerspruch gegen die Thatsachen, wenn die Socialdemokratie von einer Unabhängigkeit ihrer Presse spricht. Kein Theil der deutschen Presse ist so abhängig wie die socialdemokratischen Parteiblätter es von einzelnen Persönlichkeiten sind. Bei jeder anderen politischen Partei würden die Mitglieder im Lande gegen solche Preßzustände sich auflehnen, in der Socialdemokratie kommt das nur höchst selten vor. Höchstens offenbart sich dann und wann ein zeitweises Murren, welches jedoch durch ein energisches Drohen von oben bald zurückgewiesen wird. Der Autoritätsglaube, der Personenkultus ist hier ein so fest gewurzelter wie nirgends. Dazu kommt, daß die Socialdemokratie ihre Lehrmeinungen als feststehende Dogmen behandelt und dadurch jedes Selbstdenken ertötet.

Die Inspiratoren der Presse: Bebel, Liebknecht und Singer, leben trotz ihrer Anfeindung durch die Jungen und namentlich durch die studierten Proletarier, die „Intelligenzen der Partei", die sich nach den Redaktionsschemeln drängen, und trotz des Vorwurfs, daß sie einen schwer erträglichen Terrorismus gegen ihre Parteigenossen ausüben, in der behaglichen Stellung als anerkannte Parteileiter und als Inhaber eines der einflußreichsten „Bureau d'esprit." Viel trägt das Ansehen, da[redacted] Bebel und Liebknecht bei den ausländischen socialdemokratischen Genossen genießen, zur Festigung ihrer Stellung gegenüber der Partei in Deutschland und zu ihrer Unantastbarkeit bei. Die zielbewußten Socialdemokraten sagen sich: „Unsere Führer stehen an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung, ihr Wort giebt auf dem internationalen Kongreß den Ausschlag, darum soll es auch bei uns als Evangelium gelten."

Hat Bebel gesprochen, hat Liebknecht im „Vorwärts" seine Meinung kundgethan, so schwört das Gros der Genossen auf diese Kundgebung. Nur in Ausnahmefällen, wenn andere socialdemokratische Autoritäten, wie der Abgeordnete v. Vollmar, einmal eine gegenteilige Ansicht laut werden lassen, hat es den Anschein, als sollten die Geister auf einander platzen; allein in solchen Fällen giebt der Klügere nach oder die Differenzen

bleiben unausgeglichen und die Andersmeinenden werden zur Ruhe verwiesen. Handelt es sich doch bei dergleichen Streitigkeiten stets nur um Opportunitäts-, niemals um Prinzipienfragen. Über das Verhalten der Kleinen aber wacht der Liebknechtsche „Vorwärts" mit scharfem Auge. Jede Regung der Selbständigkeit sucht er im Keim zu ersticken. Es versteht sich hierdurch, daß die Streiterei einzelner socialistischer Journalisten, die etwas mehr Selbständigkeit haben, mit dem „Vorwärts" gar nicht aufhört. Beispielsweise liegt der Mitarbeiter der „Neuen Zeit", Herr Mehring, alle Augenblicke mit dem Chef des Centralorgans in Fehde.*)

In der Begründung neuer socialdemokratischer Blätter sind die Genossen von einer großen Behendigkeit, welche dem Parteivorstand, da er für die Subvention aufzukommen hat, oft viel zu fix ist. Man kann mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß in jedem Vierteljahre neue Zeitungsgründungen auftauchen, um einem „tiefgefühlten Bedürfnis" zu entsprechen und „eine vorhandene Lücke auszufüllen." Die socialistischen Blätter lieben es, ihre Entstehung und Ausbreitung auf das Bildungsbedürfnis der arbeitenden Klassen zurückzuführen, ja es wird behauptet, diese Klassen hätten von den socialdemokratischen Zeitungen erst Bildung gelernt. Wie es mit diesem „Bildungshunger" in Wahrheit steht, zeigt das Scheitern des Lieblingsplanes von Liebknecht, es mit socialdemokratischen Bildungsanstalten zu versuchen. Wenn irgendwo, so wäre man bei dieser Gelegenheit in der Lage gewesen, sich darüber zu unterrichten, wie weit der Eifer der Genossen für Bildung und Aufnahme des Idealen geht. Die Abwendung der Arbeiter von diesen „Arbeiterbildungs-Anstalten" hat unzweideutig bewiesen, daß das Gerede von Bildung und Bildungsbedürfnis übertrieben ist, und daß jedenfalls der Bildungseifer zurücktritt hinter den Eifer, zu agitieren. Die verlockende Aussicht auf eine Zukunft, die jeden ohne Unterschied in den Genuß aller guten Dinge der Welt setzt, hat viel zu sehr die Köpfe umnebelt, und der geistige Hochmut, den die Socialdemokratie systematisch jahrzehntelang den Halb-, Viertel- und Achtel-Gebildeten unter Führern und Genossen einzuprägen gewußt hat, läßt

*) Mehring kennzeichnete vor kurzem in einem Hefte der „Neuen Zeit" treffend die Art, wie der Vorwärts argumentiert und einzuschüchtern sucht. Er zeichnet die besondere „Interpretationskunst" des socialistischen Parteiorgans und schreibt: „Ich weiß nicht, ob der „Vorwärts" mich für einen Idioten hält oder ob er glaubt, daß ich meinerseits die Leser socialistischer Blätter für Idioten halte; jedenfalls müßte beides der Fall sein, wenn ich so argumentiert haben sollte, wie der „Vorwärts" es behauptet."

weder ein hervorragendes Maß von Bildung, noch auch die ruhige Einsicht aufkommen gegen den auf alle Weise gepflegten Wahn.

Nicht der Bildungstrieb und nicht die Leselust der arbeitenden Klassen ruft immer neue socialdemokratische Blätter ins Leben, sondern das Agitationsbedürfnis des Parteivorstandes, bezw. der Parteigenossen in den einzelnen Orten. Es ist in dieser Beziehung lehrreich, daß der deutschen Socialdemokratie ihre vielen vorhandenen Preßorgane, mit deren Menge sie so gern prahlt, nicht genügen und daß sie fort und fort nach neuen Mitteln trachten muß, um die Weisheit der Führer an den Mann zu bringen, denen es mehr darum zu thun ist, sich selbst zu beleuchten, als praktische Erfolge zum Wohle der arbeitenden Klassen zu erzielen oder auf deren Aufklärung und Bildung fördernd einzuwirken. Der socialdemokratische Parteigeist ist nach und nach so sehr in Doktrinarismus ausgeartet, daß für seine grauen Theorien als letzte Zuflucht immer wieder die Druckerschwärze bleibt.

Diese bequeme Bethätigung aller Doktrinäre, durch welche die Anhänger auf eine Zeitlang hingehalten und getäuscht werden können, ist vom Standpunkte des Volkslebens, der Volks-Entwickelung aus betrachtet · abgesehen von den sittlichen und intellektuellen Nachteilen, die sie für die Einzelnen nach sich zieht — immerhin eine harmlose, denn sie greift am wenigsten in die Radspeichen der Entwickelung eines Volkes ein. Es sind heutzutage ganz andere mächtige Faktoren und Geistesströmungen, denen unser Volk den Fortschritt in seinem geistigen und leiblichen Wohl zu verdanken hat. Hier liegt seine Gesundung, der Doktrinarismus aber ist eine Krankheit. Zeitungen und Blätter heilen diese nicht, sondern suchen sie hinzuschleppen. Die Parteidoktrinäre aber sind die Quacksalber, die nichts lernen und nichts vergessen. Nachdem mit kraftvollen Hammerschlägen die deutsche Einheit zusammengeschmiedet worden, hat eine ernste Friedensarbeit daran angeknüpft. Der deutsche Arbeiterstand ist es in erster Reihe, dem die Früchte dieser Friedensarbeit im Ausbau der Gesetze für die Wohlfahrt und den Schutz des Arbeiterstandes zu Gute gekommen sind. Die Ergebnisse dieser nationalen Arbeit liegen in der ganzen deutschen Arbeiter-Gesetzgebung klar zu Tage. Sie werden immer mehr ausgebaut, während die socialdemokratische Theorie von der Volks- und Arbeiter-Beglückung sich noch nirgends in faßbaren Ergebnissen zu verdichten vermocht, sich vielmehr in internationalen Phantastereien mehr und mehr verflüchtigt hat.

Es ist genugsam erforschlich, wenn auch nach ihrer Aufgabe für den [illegible] wie wenig die Socialdemokratie

zur Aufklärung über die das Volk bewegenden socialen Fragen beigetragen hat. „Noch zu keiner Zeit," sagt Eduard von Hartmann, „ist in der Litteratur und Journalistik so viel Unreifes und Dilettantisches zu Markte gebracht worden wie jetzt, und nie zuvor hat sich der abstrakte Idealismus der Deutschen so fanatisch auf unverdaute sociale Probleme gestürzt. Es ist das Eigentümliche alles abstrakten Idealismus, daß er eine Idee aus ihrem Zusammenhange herausreißt, vornehmlich durch Berufung an Gefühle plausibel zu machen weiß, dann von diesem einen Gesichtspunkte aus unbeirrt die rücksichtslosesten Konsequenzen zieht und nur die erfreulichen primären Wirkungen seiner Vorschläge, aber nicht die unheilvollen sekundären und tertiären in Betracht zieht. Die Verwirrung, die durch solch litterarisches Treiben in den Köpfen, insbesondere der eindruckfähigen idealistischen Jugend angerichtet wird, droht nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr zu werden, da sie der kulturtragenden Minderheit der Nation den Boden zur ferneren Erfüllung ihrer socialen Aufgaben untergräbt und durch ihre Leitung der öffentlichen Meinung jene Stände ihrer Kräfte zum Widerstande gegen unberechtigte Zumutungen beraubt."

Man lasse sich nicht durch die Nachweise der Verbreitung der socialdemokratischen Zeitungen täuschen. Die meisten der zahlreichen Blätter sind Fabrikarbeit; sie erhalten für verschiedene Gebiete und Orte nur verschiedene Kopftitel. Der „Vorwärts" bildet die große Abdrucksquelle für die periodische socialdemokratische Litteratur, neben welcher sich nur wenige Zeitungen in den großen Centren der Arbeiterbewegung, wie das Hamburger „Echo", die Frankfurter „Volksstimme", die Breslauer „Volkswacht", die sächsische „Arbeiter-Zeitung", die schwäbische „Tagwacht" und die Stuttgarter „Neue Zeit" einige Selbständigkeit erhalten. Mit dem Stoff teilt sich auch der Geist des „Vorwärts" den zahlreichen Ablegern desselben mit. Zeile für Zeile sind sie von Agitation gegen staatliche, sittliche, rechtliche Anschauungen erfüllt. Sie arbeiten ausschließlich dahin, den Arbeiterstand gegen das angeblich nur schlechte, auf Ausbeutung bedachte Beamten-, Richter- und Bürgertum einzunehmen. Der Scandal ist in ihren Spalten heimisch, indem das Unternehmertum und alles, was mit demselben zusammenhängt, als ganz verderbt hingestellt wird. Der einzelne Fall wird so tendenziös wie möglich dargestellt, breit getreten, verallgemeinert. Mag es sich noch so sehr um Mißgriffe oder verwerfliche Handlungen einzelner Menschen handeln, für das Gericht über Kapitalismus und Unternehmertum stehen die Spalten der socialdemokratischen Blätter Tag für Tag zur Verfügung. Neben solchen Artikeln und Mitteilungen, die

lediglich dem Zwecke der Aufreizung dienen, finden sich auch jene ernsthaften Untersuchungen praktischer und theoretischer Art, die oben von Eduard von Hartmann treffend gekennzeichnet sind. Diese volkswirtschaftlichen Ausführungen, die mit allen technischen Ausdrücken der socialistischen „Wissenschaft" vorgetragen werden, gehen in der Regel über das Verständnis des gemeinen Mannes hinaus, sie bestärken aber den zielbewußten Genossen in seiner schematischen und einseitigen volkswirtschaftlichen Kenntnis, welche in den Reihen der Socialdemokraten als Bildung bezeichnet wird, und befördern ihren Dünkel, daß sie im Besitze der wahren Wissenschaft seien.

Lobend muß anerkannt werden, daß, während viel gelesene bürgerliche Blätter hauptsächlich dem pikanten Klatsch dienen und auf die niedrigen Leidenschaften spekulieren, die socialdemokratische Presse im ganzen sich von sinnlicher Frivolität und Lüsternheit freihält. Sie bringt unanständige Klatschereien nur in soweit, als sie diese zum Beweise für den angeblichen Verfall der „herrschenden Klassen" ausbeuten will und kann. Ein Berliner liberales Organ schrieb vor einiger Zeit: „Die Gerechtigkeit muß man der Socialdemokratie widerfahren lassen, neben viel wüster Agitation und gemeinem Geschäftsinteresse ist ein hohes Maß ernsten Strebens in ihr. Es giebt socialdemokratische Blätter, die weiten bürgerlichen Kreisen, welche sich am Klatsch ihres General-Anzeigers und dergleichen erbauen, viel zu ernsthaft — von der Tendenz ganz abgesehen — sein würden. Läßt das Bürgertum sich aber am ernsten geistigen Streben, an andauernder politischer Arbeit von der Arbeiterklasse übertreffen, so ist es verloren; und diese Entwickelung wäre nicht darum weniger verhängnißvoll, weil das Streben des Socialismus, wenn von Erfolg gekrönt, doch nur in einen Abgrund führen könnte."

Das ist das Eine, was auch andere Parteien von der Socialdemokratie lernen können. Dazu kommt noch ein Anderes, nämlich das beständige Agitieren durch Versammlungen und insbesondere durch die Einwirkung von Person zu Person. Freilich ist diese Einwirkung bei den Socialdemokraten zu einem System der Einschüchterung ausgeartet; dadurch werden die Leute in die Versammlungen getrieben und zu Abonnenten der Blätter gemacht. Von einem Selbstbestimmungsrecht der Einzelnen, welche der Hetzerei und dem Drängen nachgeben, weil ihnen ihre Werkstatt und ihre Arbeitsstelle lieber ist als alles, kann darum wenig die Rede sein. Wollen sie ihr Brot nicht verlieren, wollen sie unter ihren Kollegen nicht wie gebrandmarkt dastehen, wollen sie nicht auf geselligen Umgang mit ihren Freunden verzichten, so müssen sie mitthun, müssen wenigstens auf die ihnen angebotenen Blätter abonnieren und die von ihnen ver-

langten wöchentlichen Parteisteuern zahlen. Sie dürfen nicht einmal ein kirchliches oder ein patriotisches Interesse zeigen, ein religiöses Blatt halten, so ist es um sie geschehen. Es giebt Industriebezirke, wo ein Arbeiter von seinen Genossen verhöhnt wird, wenn er am Sonntag mit dem Gesangbuch über die Straße geht.

Die Redakteure sind trotz der ziemlich großen Auflagen der socialdemokratischen Blätter und trotz des weiten Wirkungskreises, der sich ihnen bietet, um ihre Stellung wenig zu beneiden, denn einerseits haben sie unbedingt den wenigen Kapacitäten zu gehorchen, die im Parteivorstande das Wort führen und ihnen genau vorschreiben, was an socialdemokratischer Weisheit gelehrt und geglaubt werden soll —, und andererseits richtet sich gegen sie als „Akademiker", „Intelligenzen", oder „Kopfarbeiter" das Mißtrauen der handarbeitenden Genossen. Das Wochenblatt „der Socialist" (Nov. 94) übt an den Intelligenzen der Partei, die nach Bebel zu den bürgerlichen Parteien überlaufen würden, sofern man das Gehalt für geistige Arbeiter auf 3000 Mk. normieren würde, folgende Kritik: „Ihr Idealismus, ihre Begeisterung für die Freiheit hat ein Ende, wo die klingende Münze aufhört. Man kämpft gegen eine privilegierte Klasse in der heutigen Gesellschaft und sanktioniert dadurch wieder neue Privilegien für die Zuläufer aus bürgerlichem Lager innerhalb einer angeblich proletarischen Bewegung. Wie ekelhaft ist doch diese Demagogie!" Auf dem Frankfurter Parteitage wurde 1894 verlangt, daß kein Parteibeamter mehr als 3000 Mk., kein Abgeordneter mehr als 4000 Mk. Einkommen beziehen dürfe. Die Gleichheitsmacherei und Brüderlichkeit spukt nun einmal in den Köpfen, und immer wieder kommt die Anschauung zur Geltung, daß der eine Arbeiter soviel verdienen muß als der andere und daß keinem Kopfarbeiter mehr als 1000 Thaler Einkommen gegönnt werden dürfe. Auf dem Kölner Parteitage 1893 lagen Anträge gegen die Höhe der Redakteurgehälter vor, auf die von verschiedenen Seiten erwidert wurde, daß bei den Preßunternehmungen stets die Parole lautet: „Überschüsse machen." Infolgedessen würden die Partei-Journalisten nicht selten wie „Tinten-Kulis" behandelt, und wenn das so weiterginge, müßten sie sich zu einem Fachverein gegen die Unternehmer zusammenthun.*) Den Dank,

*) Gegen das Verlangen, die Löhne für die geistigen Arbeiter zu beschneiden, erklärte Bebel: „Wir leben in der bürgerlichen Gesellschaft und können aus ihr nicht heraus. Stellen wir unsere geistigen Arbeiter schlechter als jetzt oder wohl gar den körperlichen Arbeitern gleich, so werden sie sich bedanken, fernerhin noch für die Partei thätig zu sein. Wir müßten auf eine Reihe von „Intelligenzen" verzichten und haben doch jetzt schon an solchen wahrlich

den diese Volksschmeichler vom Volke haben, wird man ihnen gönnen, wenn man die Gehässigkeit, mit welcher sie in der Regel gegen alle Welt verfahren, ins Auge faßt.

Angeber und Verleumder hat es immer und überall gegeben, sie sind in der menschlichen Gesellschaft, was das Unkraut auf dem Ackerfelde. Tief im Herzen der Menschen wohnen Neid und Mißgunst. Der athenische Bürger, der den Aristides zur Verbannung verurteilte, weil ihn das Volk den „Gerechten" nannte, bezeichnet den gemeinen Durchschnitt der menschlichen Natur. Nicht nur der rasch und mühelos oder durch unsaubere Mittel erworbene Reichtum, sondern auch der Erfolg redlicher Arbeit und das Ansehen, das die Tugend giebt, werden für die Scheelsüchtigen und Boshaften ein Gegenstand zu übler Nachrede und Verlästerung. In politisch aufgeregten Zeiten spitzen sich die Klatschsucht, das Gerücht und unfaßbare Geflüster zu Pfeilen und Dolchen zu, mit denen sich die Parteien gegenseitig verwunden. Unserer Zeit blieb es vorbehalten, das furchtbare Gift in die breiten Volksmassen zu tragen. Zu dem Neid gegen den Besitz, zu dem Mißtrauen gegen die höhere Bildung, zu dieser traurigen Erbsünde der Armut und Unwissenheit, hat sich das Verleumdungsfieber gesellt, das gegenwärtig wie eine moralische Influenza um sich greift.

Die socialdemokratische Presse trägt, wenn auch nicht alle, so doch ein gut Teil der Schuld daran. Das allgemeine Wahlrecht hat die Massen mit politischem Selbstbewußtsein erfüllt, sie halten sich für den Staat, ihre Meinung für die öffentliche Moral, ihre Verurteilung für das unfehlbare Gericht. Sie haben das lebhafteste Interesse daran, daß ihnen die bürgerliche Gesellschaft als eine moralisch verworfene, lasterhafte und nichtswürdige dargestellt wird. Um jeden Preis soll den gebildeten und besitzenden Klassen die Führung des Staates und der Einfluß auf das Volk entrissen werden. Sie werden als die Drohnen geschildert, die vom Fleiße der Bienen leben. Gegen sie sind unablässig Anklagen, ja selbst Verleumdungen erlaubt.

---

keinen Überfluß." Darauf erwiderte die Gegenseite: „Einen Unterschied zwischen geistiger und körperlicher Arbeit zu machen, sei ganz unsocialdemokratisch. Ein Kohlenarbeiter habe viel schwerer zu arbeiten als eine „Intelligenz"; das Parteivermögen setze sich aus lauter sauer verdienten Arbeitergroschen zusammen. Wollten es die geistigen Kräfte besser haben als die anderen und hätten sie nicht so viel Idealismus, der Partei selbstlos zu dienen, so möchten sie davonlaufen, die Partei gewönne nur dabei und die „Andrängelei" von oben, das heißt der Übertritt von akademischen Gebildeten zur Socialdemokratie würde geringer werden."

Die Unterschiede zwischen Wahrheit und Lüge, zwischen Rücksichtslosigkeit und wohlanständigem Verhalten verflüchtigen sich für die öffentlichen Ankläger immer mehr. Ihnen macht es wenig aus, die Dienstboten in den Häusern ihrer Herrschaften*) und die Arbeiter in den Fabriken gegen ihre Arbeitgeber als Spione zu benutzen, gestohlene Papiere zu veröffentlichen und in die Heimlichkeiten des Privatlebens einzudringen. Indiskretionen sind ihnen willkommen, ein denunciatorischer Brief, den „ein günstiger Windhauch auf ihr Redaktionspult weht", hat für sie den Wert eines unantastbaren Aktenstückes, selbst da, wo es sich nur um Privatrache oder um ein Bubenstück handelt. Man sollte sich einmal der Mühe unterziehen, die zahlreichen Denunciationen gegen politische Gegner, welche die Socialdemokratie in Presse und Parlament vorgebracht hat, am Ende jeden Jahres zusammenzustellen und daneben die Wahrheit zu setzen, die aus den Ermittelungen sich herausgestellt hat, zu welchen jene Denunciationen Anlaß gaben. Man würde das schwarze Buch des stets bereiten Anklägers der modernen Gesellschaft dann in der ganzen Unwahrhaftigkeit erkennen. Es ist aber auch gar nicht der politische Zweck, einzelne Schuldige zu brandmarken und die Wahrheit ans Licht zu bringen, sondern Mißtrauen zu säen und die niederen Klassen unzufrieden zu machen. Unten bleibt immer etwas sitzen und das genügt, denn von den Widerlegungen der Anklagen erfahren die Leser der socialdemokratischen Blätter nichts.

Nicht plötzlich haben sich diese unerfreulichen und bedrohlichen Zustände entwickelt. Seit 25 Jahren bewirken die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse eine fortschreitende Zersetzung der moralischen Anschauungen und Sitten. Nicht Bildung und Talent, nicht Verdienste und Kenntnisse, sondern, wie dies bei dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht nicht anders sein kann, die Zahl ist nun zur beherrschenden Macht im politischen Leben geworden und mit der Zahl zog eine Verschlechterung der politischen Sitten ein.

Wer die Volksstimme und die Wähler gewinnen will, muß unter das Volk gehen. Einmal in engster Berührung mit dem Volke, merkten

*) Im April 1895 erschien in Frankfurt a. M. ein an die Dienstmädchen und Arbeiterinnen gerichtetes von 5 „Genossinnen" unterzeichnetes Flugblatt. Dasselbe beschäftigt sich zunächst mit der Lage der Dienstboten, der Hausmädchen, Köchinnen, Gouvernanten u. s. w., dieser „geradezu am meisten geplagten Menschenklasse." Es werden in dem Flugblatte die Dienstboten und Arbeiterinnen aufgefordert, alle ihnen „widerfahrene Ungerechtigkeit" einer besonderen „Kommission" mitzuteilen, damit diese sie dann veröffentlicht. „In dieser Art und Weise zur Verantwortung gezogen zu werden, paßt der „gebildeten" Gesellschaft doch nicht." Es wird besonders darauf aus-

die Führer bald, daß nichts stärker und nachhaltiger auf die Unwissenden und Leichtgläubigen wirkt, als der Neid und die Verleumdung, und damit war die Bahn für die Saat des Mißtrauens geöffnet. Jetzt sehen wir sie unter der Maske des entrüsteten Biedermannes alle und alles angreifen und hinter dem Schilde ihrer höheren Moral und Volksfürsorge die unlauteren Geschäfte ihrer Eitelkeit oder die berechneten Geschäfte ihrer Partei betreiben.

Was der socialdemokratischen Presse in Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen ihr specifisches Gepräge giebt und worüber sie nicht hinauskommt, ist die Lehre eines einzigen Mannes: die volkswirtschaftliche Theorie von Karl Marx. Wie die heutige Socialdemokratie, so hat auch die französische Revolution ihren Abgott gehabt. Es war Jean Jacques Rousseau, und dessen Hauptwerk „Contrat social". Damals wie heute war es eine Anzahl Agitatoren und Zeitungsschreiber, die diese Meinungen ins Volk trugen, damals geschah es zum erstenmale, daß diese Männer in maßloser Uberschätzung der Fortschritte in den exacten Wissenschaften Mathematik, Astronomie und Zoologie sich vom Gottesglauben abkehrten, alle geschichtlichen Erfahrungen mißachteten und den Menschen als ein fühlendes Thier behandelt wissen wollten.

Denselben Grundzug finden wir heute in der Gedankenwelt der Socialdemokratie und ihrer Presse: dieselbe Verachtung der Religion, dieselbe Geringschätzung der Geschichte, dieselbe Überschätzung der exacten Forschung, die gleiche Anbetung des von Natur nicht sündigen sondern höchst edlen, sittlichen Wesens, das Mensch heißt, und neben diesen groben materialistischen Irrthümern dasselbe Vertrauen zu der Kraft der natürlichen Entwickelung, die gleiche Verheißung auf den Himmel auf Erden. Was bei Rousseau und im Programm der Jakobiner „socialer Körper" heißt, das heißt bei Marx und den Socialdemokraten „kommunistische Gesellschaft", ein souveränes Fabelwesen, das alles kann und alles macht und den sonnigen Zukunftsstaat schafft, sobald der Mensch von allen Fesseln: Kirchenglaube, Privateigentum, Unterschied des Standes befreit ist, um sich frei und

---

merksam gemacht, „daß die Namen der sich Beschwerenden nicht bekannt gemacht werden." Die Taktik dieses Flugblattes ist diese: die Dienstmädchen und Arbeiterinnen werden erst durch allerlei übertriebene und unwahre Behauptungen gegen ihre Arbeitgeber aufgehetzt, und wenn sie dann in ihrer Erbitterung irgend eine kleine Unannehmlichkeit, die ihnen in ihrem Dienste zugestoßen ist, der „Kommission" mitgeteilt haben, so wird diese Mitteilung ohne Prüfung bekannt gemacht, der Name der Angeberin aber verschwiegen, während der Name der Herrschaft bezw. des Arbeitgebers bekannt gemacht wird.

natürlich zur höchsten Tugend und Glückseligkeit zu entfalten. Auf beiden Seiten derselbe Optimismus, dieselbe Verdrehung der wahren Natur des Menschen mit ihren Begierden, dieselben Deklamationen im Namen der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und dieselbe radikale Umsturzwut. Freilich in einem Punkte unterscheiden sich die heutigen von den damaligen Revolutionären. Das Genie und die geistige Kraft, welche Rousseau und Voltaire auf ihre falschen Ideen verwandten, sucht man bei den socialdemokratischen Schriftstellern und Journalisten vergeblich. Diese leben lediglich von der Weisheit eines Marx und haben nichts hinzugedacht noch hinzugelernt.

Die heutigen Gleichheitsschwärmer, haben nicht die Entschuldigung jener Väter der französischen Revolution, daß sie sich die schrecklichen Folgen ihrer Lehren nicht träumen lassen, denn zwischen unserer und jener Zeit liegen die Erfahrungen der Schreckensherrschaft ohnegleichen, die Frankreich in Blut und Elend gestürzt hat. Damals erfuhren die Franzosen, welche furchtbaren Waffen in den Parteikämpfen eines von demagogischen Schreiern aufgewühlten Volkes Furcht und Verleumdung sind. Sie bilden die psychologische Grundlage, auf der eine schwache Minderheit, wie die der Jakobiner, ihre Herrschaft und das Fallbeil aufrichten konnte. Der große Haufe, der sich aus allen Ständen zusammensetzt, nicht selber denkt, sondern andere für sich denken läßt, wird von den giftigen Federhelden und den Berühmtheiten der Volksversammlungen einfach nachgezogen, ohne zu wissen wie. In gewöhnlichen Zeiten würde er die kommunistischen Hirngespinste mit ihren praktischen Auswüchsen wie ein Meerungetüm begaffen; unter dem Hauche einer revolutionären Gegenwart kommt er schließlich dahin, die Kommunisten als Verteidiger des armen Volkes und als Rächer der beleidigten Moral zu bewundern, gerade so wie er es vor 100 Jahren mit dem unbestechlichen Robespierre that, in welchem das gemeine Laster des Neides eine historische Figur geworden ist.

Zur näheren Beleuchtung der Wirksamkeit der socialdemokratischen Presse werden wir im nachstehenden eine Reihe von Beispielen zur Kennzeichnung ihrer Minierarbeit vorführen. Zehn Abschnitte sind es, in denen wir die Fülle des Stoffes gruppieren. 1. Die materialistische Geschichtstheorie. 2. Die äußere Politik. 3. Die innere Politik. 4. Grundsätzliche Untergrabung der bestehenden Ordnung. 5. Klassenmoral. 6. Offenbare Geschichtsfälschung. 7. Irreleitung der Massen durch Phantome. 8. Unwahres Doppelspiel. 9. Kein Herz für die wahren Bedürfnisse der Arbeiter. 10. Ausbreitung der socialdemokratischen Presse.

I. Die materialistische Geschichtstheorie.

Wer socialistische Blätter liest, findet in denselben häufig die Berufung auf die materialistische Geschichtstheorie, die als ganz unumstößliche Wahrheit erscheint. Der Vater dieser Geschichtstheorie wie der socialdemokratischen Lehre überhaupt ist K. Marx. Sie lautet in Kürze: „Das einzig ausschlaggebende Element dieser menschlichen Gesellschaft ist das ökonomische; die wirtschaftlichen Verhältnisse, die darauf beruhenden Klassengegensätze bilden das treibende Motiv der Geschichte. Alles religiöse, politische, rechtliche und litterarische Denken ist nur Beiwerk oder wird selbst durch die wirtschaftliche Verfassung, die Verteilung des Besitzes, der Geburts- und Eigentumsrechte bestimmt. Im Kampfe der Berufe, Stände und Klassen gegen einander ändert sich die ökonomische Verfassung; darin besteht der wesentliche Inhalt der Geschichte."

Marx griff eine Seite der Entwickelung der menschlichen Gesellschaft heraus, erschöpfte in ihrer Betrachtung seinen ganzen Scharfsinn und ließ alles daneben und dahinter unbeachtet oder drängte es zur Bedeutungslosigkeit herab. Die nationalen Kämpfe der Völker untereinander, die die Weltgeschichte durchziehen, galten ihm als nichts oder doch nur als Kraftprobe einzelner Gewalthaber oder mächtiger Sippen der Staaten. Das geistige Leben erschien ihm nur als Ausfluß und Niederschlag der jeweiligen Eigentumsordnung. Die materialistische Geschichtstheorie ist genau so einseitig und nach der „einen" Seite genau so richtig, wie nach einer anderen etwa die darwinistische. Sie übersieht den Dualismus, die „Janusköpfigkeit" der Menschenseele und daß in jeder Menschenbrust zwei Seelen wohnen. Trägt doch die Weltgeschichte das Gepräge dieses Doppelwesens. Für die materialistische Geschichtstheorie aber ist der Mensch kein animal compositum, sondern ein einzelliger Organismus: weiter nichts als Sinnlichkeit und Begehrlichkeit. Vergl. Julius Wolf, „Socialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung." S. 72.

Gewiß hat stets das ökonomische Moment in der Entwickelung mitgewirkt und haben die Gegensätze von Sklaven und Freien im Altertum, von Leibeigenen, Hörigen und verschiedenen Klassen Freier im Mittelalter, von Arbeitern und Unternehmern, Proletariern und Bourgeois in der Neuzeit das innere Leben der Völker mit bestimmt. In großen Umwälzungsperioden liefen mit den geistigen Strömungen wirtschaftliche durcheinander, so in der Reformationszeit die Bauernbewegung, in den neueren Revolutionen die Erhebung des vierten Standes. Bald war das wirtschaftliche Element vorherrschend, so in den römischen Sklaven-Aufständen, bald das geistige, bei den Kreuzzügen. Die moderne Bourgeoisie ist aber nicht ausschließlich das Produkt einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise. Ihre Geburt war vorbereitet mit der Entdeckung Amerikas, vollendet mit der Erfindung der Jenny oder des spinnenden Hannchens, aber jene Entdeckung, wie diese Erfindungen waren geistige Thaten einzelner, nicht das Produkt der Gesellschaft.

Der stärkste Beweis gegen den Marxschen Satz: „Die herrschenden Ideen einer Zeit waren und sind stets die Ideen der herrschenden Klassen," liegt darin, daß die großen Religionen, namentlich die christliche, die verschiedensten Gesellschaftsformen überdauert und in jeder doch das Fühlen und Denken der Völker mehr oder weniger beherrscht haben und beherrschen. Ebenso sind die heutigen Ideen von Moral, Philosophie, Politik, Recht u. s. w. keineswegs nur Erzeugnisse der Produktionsverhältnisse, aus denen große Denker wie Kant, Göthe, Schleiermacher die allergeringsten Anregungen geschöpft haben.

Die materialistische Geschichtstheorie ist kein beiläufiges Agitationsmittel der Socialdemokratie, sondern hängt mit den Konsequenzen der Marxschen Kritik der Volkswirthschaft eng zusammen und bildet die Grundlage des socialistischen Zukunftsstaates. Marx stellt schon 1850, auf sie gestützt, die Behauptung auf, daß die bestehende wirtschaftliche Ordnung in allernächster Zeit unfehlbar zusammenbrechen und die Gesellschaft „sich selber von allen Klassenkämpfen für immer befreien werde." Hat die Geschichte auch gezögert, diese mit großer Sicherheit ausgesprochenen Behauptungen zu bewahrheiten, so lebt doch die materialistische Theorie, die Erwartung des nahen Umsturzes, der Glaube, daß der Fortschritt der Kultur allein von einer anderen Verteilung der Güter und des Arbeitsertrages abhängt, in der socialdemokratischen Presse ungehindert fort als eine Verirrung, die einerseits die sittlichen und geistigen Faktoren der Geschichte unterschätzt, anderer-

seits deren ungemessene Entfaltung in der kommunistischen Gesellschaft der Zukunft bei vollster Gleichheit aller materiellen Genußrechte blind erwartet.

Wie sehr dem „Vorwärts" daran liegt, bei den Zielbewußten den Glauben an eine baldige gewaltsame Umwälzung aufrecht zu erhalten, geht aus offenen und versteckten Andeutungen hervor. Er schrieb am 7. Juli 1891: „Man könne gar nicht wissen, ob die Socialdemokratie ihre Pläne zu verwirklichen in die Lage komme, ob auch nur eine der im Programm-Entwurf innerhalb der gegenwärtigen Staatsordnung aufgestellten Forderungen erfüllt werde, denn die heutige Gesellschaft trage den Todeskeim im Leibe und die Toten reiten schnell."

Bekanntlich hat der Abgeordnete von Vollmar, freilich ohne Erfolg, auf dem Erfurter Parteitage 1891 dieses „Prophetentum à la Schäfer Thomas" an den Pranger gestellt. Der phantastische Bebel hatte wieder einmal von dem Tag der Weltenwende, dem großen „Kladderadatsch" gesprochen, den viele Zeitgenossen noch erleben würden. Dagegen sagte von Vollmar: „Das Prophetentum wird in unserer Partei jetzt Mode. Von London aus (nämlich von Fr. Engels) ist das große Ereignis auf das Jahr 1898 angesetzt, Tag und Stunde weiß ich nicht — diese blutige Ironie erregte in Erfurt Heiterkeit — anderen ist auch das noch zu fern, sie hoffen auf 92 und 93. Das sind Irrlichter. Ich stehe nicht an, herauszusagen, es ist gut, an jene Verwirklichung nicht zu denken. Was würde ein solch' plötzlicher Erfolg sein? Eine Episode in der Geschichte Deutschlands, eine neue Auflage der Kommune mit ihren hochherzigen Bestrebungen, ihren Verkehrtheiten und Rückschlägen."

Trotz dieser Einwendungen des gesunden Menschenverstandes bleibt die Presse bei ihrer Ankündigung des nahen Umsturzes. Das socialdemokratische ABC fordert nun einmal diese Lehre und die Genossen brauchen sie, um bei dem Mangel an praktischer Fürsorge für die Massen seitens der Partei dieselben auf jene Zeit hin zu vertrösten, als auf die große Erntezeit des Proletariats. Natürlich darf der Eintritt dieser Erlösungszeit nicht allzu lange auf sich warten lassen, wenn der Trost wirklich Wert haben und vorhalten soll.

2. Die äußere Politik.

Die Behandlung aller Fragen der auswärtigen Politik steht bei den socialdemokratischen Blättern unter dem Glauben an das Phantom einer Verbrüderung und des allgemeinen Weltfriedens sämtlicher Völker. Es gehört dieses Phantom als unveräußerliches Inventar und als Hauptdoktrin zu den Beständen der internationalen Socialdemokratie. Daß diese Idee für diejenige Nation, in der sie zur Herrschaft gelangt, große Gefahren in sich schließt, davon scheinen die Zeitungsschreiber nichts zu wissen. Mit dieser Idee unvereinbar ist der nationale Gedanke und die Vaterlandsliebe, deren Größe die Kraft und Stärke einer Nation ausmachen. Die Völker verdanken, wie die Geschichte lehrt, ihre Siege nur der starken Vaterlandsliebe, dem in Fleisch und Blut übergegangenen Nationalbewußtsein.

Als Napoleon I. die Welt eroberte, war es nicht so die Idee der Freiheit und Gleichheit, welche ihm die Wege bahnte, als die überwältigende Lebenskraft des nationalen Gefühles der Franzosen. Wohl traten die Franzosen für die allgemeine Verbrüderung der Menschheit ein, aber ihr Kosmopolitismus bewegte sich durchaus in nationalen Grenzen, im Grunde begriffen sie das Weltbürgertum nur als internationale Anbetung französischer Ideale. Und so stehen sie heute noch mit ihrem Kosmopolitismus da, während die guten Deutschen sich düpieren lassen und in aller Seelenruhe die Predigt einer vaterlandslosen Gesellschaft in ihrer Mitte anhören, daß die Vaterlandsliebe dem Kosmopolitismus zu weichen habe. Wenn in Deutschland der nationale Gedanke durch den kosmopolitischen Socialismus, wie es die socialdemokratische Presse anstrebt, unterwühlt würde, dann würde das deutsche Reich allen anderen Ländern, in denen die nationale Idee stärker und kräftiger ist, nachstehen und unfehlbar seine Macht, Größe und Freiheit einbüßen.

Nur Thoren können glauben, daß die kosmopolitischen Ideen dereinst triumphieren werden. Das letzte Wort in der Geschichte der Völker ist und bleibt die Nation. In jeder Nation werden die weltbürgerlichen Gedanken sofort verstummen, wenn die Existenz der Nation auf dem Spiele steht, und wehe der Nation, die sich von des Gedankens Blässe am meisten hat ankränkeln lassen, wenn in den anderen Nationen die gesunde Farbe der Entschließung in ihre Rechte tritt. Weder das Klassenbewußtsein des modernen Arbeiterstandes, noch die guten Absichten theoretischer Friedensfreunde werden im stande sein, die Kriege zu verhindern. Die kosmopolitischen Ideen zerschellen an den Nationen und ihren nationalen Bedürfnissen.

Die auswärtige Politik der deutschen Socialdemokratie wird bekanntlich von den beiden Alten der Partei, von Bebel und Liebknecht, gemacht und durch sie der gesamten Presse inspiriert. Nach ihnen entstehen, genau nach dem Marxschen Lehrsatz, Kriege nur aus der Streit- und Eroberungssucht der Kabinette. Ihre Lieblingsvorstellung ist, daß sich im nächsten Kriege hinter dem Rücken der Heere die roten Fahnen entfalten. Dabei predigen sie selbst den heiligen Krieg gegen Rußland. Beide stimmen darin überein, daß die „Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Mutterlande ein schwerer politischer Fehler gewesen sei." Wir hätten Frankreich zwingen sollen, das Miliz-System bei sich einzuführen. Wie dieser Zwang auf die Dauer sich hätte ausüben lassen, bleibt ein politisches Rätsel. „Die deutsche Regierung," sagte Liebknecht im Reichstage (März 1892) „hat an dem Kriege 1870/71 ebensoviel Schuld gehabt als die französische." Und warum? „Weil sie den Krieg von 1866 geführt habe." Es wurde erwidert: „Wenn Deutschland sich 1866 organisierte, was ging das Napoleon an?" Bebel hat im November 1870 selbst im Reichstage gesagt, „daß der Krieg 1870/71 einer schnöden Herausforderung gegen Deutschland entsprungen sei."

„Den Dreibund," äußerte Liebknecht am 18. Juli 1891, „haben wir zu allen Zeiten als diplomatische Fehlgeburt betrachtet, weil er eine Herausforderung Frankreichs enthält." Bebel dagegen hält ihn für nützlich, weil die Interessen der drei Reiche gegenüber den Bestrebungen, die Frankreich und Rußland miteinander im Bunde verfolgen, notwendig solidarisch sind. Liebknecht wird nicht müde, im „Vorwärts" den Nachweis zu führen, daß der Dreibund seinem Ende entgegengehe. Unter anderem heißt es: „Der Dreibund ist eine Macht, in welcher der Wurm haust, und die zerfallen kann durch die Ereignisse *im Inneren*, die jedenfalls keine Sicherheit des Bestandes bieten,

weil die innere Sicherheit in keinem der verbündeten Staaten eine Garantie der Stetigkeit besitzt." Wie sehr bei solcher Behauptung der Wunsch der Vater des Gedankens ist, geht aus folgenden Worten des „Vorwärts" (Juni 1895) hervor: „Welch ganz andere Macht wäre der Dreibund der Völker Deutschlands, Österreich-Ungarns und Italiens, welche Sicherheit der gedeihlichen Entwickelung der gesamten menschlichen Kultur würde er garantieren! Dieses kann der Dreibund der Regierungen nicht, denn dieser Dreibund hat nicht die Zwecke der Kultur, sondern die der Machterhaltung der herrschenden Klassen zum Zweck; als solcher kann er sich nicht auf die Völker, sondern nur auf die Interessenkreise stützen."

Der Abgeordnete von Vollmar hat auf dem Frankfurter Parteitage 1891 mit schneidendem Hohne, aber erfolglos sich gegen diese Politiker gewandt: „Ihr macht es wie Viktor Hugo, der wollte auch die Abschaffung aller Kriege, nur einen noch gegen Deutschland wollte er führen, so wollt ihr nur noch einen gegen Rußland führen. Wenn man fortwährend die Unanwendbarkeit des Krieges predigt und hinzufügt, daß dies der letzte Krieg sei, und daß dann das tausendjährige Reich folgen werde, dann wird das leicht bei der Masse Ungeduld wecken und den Wunsch, sich lieber einmal ordentlich herumzuhauen, als noch zu warten auf die Erlösung vom Elend." Daß die socialdemokratische Presse in allen Fragen der äußeren Politik, ihrer Doktrin der Internationalität gemäß, offen für Frankreich und gegen Deutschland Partei nimmt, ist eine Schmach, die sie auf sich ladet, und die oft, wie sie es verdient, an den Pranger gestellt wurde. Sie hält aber daran fest, obgleich sich andererseits wieder Behauptungen finden wie diese: die socialdemokratische Partei würde bei einem Angriff von außen hinter keiner anderen Partei zurückbleiben. Bekannt ist das große Lügensystem wegen der Emser Depesche (Vgl. unten den Abschnitt „Geschichtsfälschung"), das sie kultiviert, um den Franzosen etwas Liebes zu sagen. Aus dem gleichen Grunde wird Elsaß-Lothringen als eine offene Frage erklärt, obgleich doch dies gerade heißt, die französische Revanchesucht aufmuntern und die Gefahr eines neuen Krieges heraufbeschwören.

Einen geradezu abschreckenden Eindruck machte die Vaterlandslosigkeit der socialdemokratischen Presse bei Gelegenheit der 25jährigen Wiederkehr der Erinnerungsfeiern des letzten Krieges. Dem Unmut des deutschen Volkes über die brutale Behandlung des Patriotismus und des Heldenkaisers Wilhelm I. hat Kaiser Wilhelm II. mit seinem Worte von der „vaterlandslosen Rotte" den befreienden Ausdruck gelichen. Die Vertrauensmänner der socialdemokratischen

Partei Berlins wagten am Sedanfeste 1895 an die Socialdemokraten in Paris folgende an Landesverrat streifende Depesche zu schicken: „Am 25. Jahrestag der Schlacht von Sedan senden als Protest gegen Krieg und Chauvinismus den französischen Genossen Gruß und Handschlag. Hoch die Völkersolidarität!"

Von der Sedanfeier schrieb der „Vorwärts" im August 1895: „Wo ist der Hanswurst unter den Ausgebeuteten, der sich ohne Ingrimm im Herzen durch Beteiligung an solcher Feier entehrte? Welcher klassenbewußte Arbeiter in Deutschland reichte im Anblick des mordspatriotischen Geheules nicht in doppelter Innigkeit seinen französischen Brüdern und Leidensgefährten die Hand, eingedenk der erzenen Losungsworte, vor denen die Bourgeoisie der ganzen Welt erblaßt, als vor einem Mene tekel: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" Mit höhnischen Worten wird vom Jubiläum des „heiligen Krieges" gesprochen und als einzig würdige Feier empfohlen, am Sedantage Trauerfahnen herauszuhängen und feierlich Protest gegen den Massenmord zu erheben, wie er in der Gedenkfeier verherrlicht werde. Der „Vorwärts" entblödete sich nicht, bei der Grundsteinlegung des Nationaldenkmales Kaiser Wilhelms des Großen, dieser allen Deutschen ehrwürdigen Gestalt, zu schreiben: „Der Heldengreis sei auch den weitesten Kreisen des Bürgertums so schnuppe geworden, daß sein Andenken nur durch politische und Reptilienkünste wieder zum Leben galvanisiert werden könne".

Auf die Franzosen bleiben derartige Äußerungen nicht ohne Eindruck. Seit 25 Jahren ist das französische Volk hypnotisiert durch den Blick auf Elsaß-Lothringen und durch die Revanche, welche die französischen Skandalpatrioten in Wort und Schrift predigen. Die von den Socialdemokraten geäußerten Anschauungen müssen den Franzosen die Meinung beibringen, daß Millionen deutscher Männer in einem neuen Kriege zu den Franzosen stehen werden, ob innerlich, ob äußerlich, das ist gleich, und daß darin für die Franzosen eine Chance liegt, im Kriege mit Deutschland künftig mehr Erfolge als 1870/71 zu erzielen. Die socialdemokratische Presse schürt die äußere Gefahr, um innen möglichst sicher wühlen und untergraben zu können, und so zeigt sich denn diese Partei, die sich mit Vorliebe die Friedenspartei nennt, als die gefährlichste Feindin des Friedens und als die Schürerin des Weltkrieges. Die Thatsache, daß bei einem Kriege gegen Frankreich die jungen socialdemokratischen Arbeiter mit derselben Begeisterung ins Feld ziehen werden wie im Jahre 1870, wo sie die socialdemokratischen Theorien an den Nagel hängten und für die Ehre des Vater-

landes stritten wie jeder andere Deutsche, ändert an der Gesinnung der Führer nichts. Ebensowenig ändert daran etwas die „Mohrenwäsche", zu welcher die Führer ihren Freund Auer vorschickten, der in öffentlichen Versammlungen und in der Presse den Beweis führen sollte, warum die Socialdemokratie die Sedanfeier nicht mitmachen konnte, und warum sie doch nicht zu den Reichsfeinden gehöre. Die Mohrenwäsche gehört zur Taktik und ändert an den Grundsätzen nichts.

Das Bedürfnis der socialdemokratischen Presse, den „französischen Genossen" gegenüber recht schön und freundlich zu thun, entschuldigt nicht im mindesten ihr superkluges Aburteilen über „Fehler" und „Fragen", die für die deutsche Nation in Wahrheit gerechte und endgültige Errungenschaften bedeuten. Es ist die Meinung dieser Presse, daß die Lösung der Elsaß-Lothringischen „Frage", die Deutschland und Frankreich trennt, in der Macht der Socialdemokratie und zwar nur in dieser liege. „An dem Tage," sagte Liebknecht (1894), „wo auf beiden Seiten der Grenze diejenigen Ideen triumphieren werden, für die wir kämpfen, wird diese Frage sich ganz von selbst lösen zur allgemeinen Zufriedenheit und in der friedlichsten Weise der Welt." Die Gesinnung, die hieraus spricht, verdient die Bezeichnung „vaterlandlos" vollkommen. Sie entspringt der nicht unrichtigen Erwägung, daß das deutsche Reich, jemehr die auswärtige Gefahr vom revanchebedürftigen Frankreich ihm droht und auch durch die Socialdemokraten geschürt wird, den Blick an die Grenzen gerichtet haben muß, und gegen die Feinde im Innern mehr dilatorisch verfahren muß. Die socialdemokratische Presse weiß recht wohl, daß in dem Augenblick, wo erst einmal die Gefahr von außen beschworen und mit Frankreich definitiv abgerechnet ist zu einem Ruhigverhalten auf Jahrzehnte hinaus, dann in demselben Augenblick das deutsche Volk sich die Herausforderungen der Feinde im Innern und der Umsturzmänner nicht länger gefallen lassen und für die energische Bekämpfung der Socialdemokratie ungesäumt Hand ans Werk legen wird. Daher dieses Paktieren der socialdemokratischen Presse mit Frankreich.

Aber auch mit den Engländern wird geliebäugelt auf Kosten der vaterländischen Interessen. In einer Rede, die Liebknecht am 19. Mai 1896 in London gehalten hat, sagte er nach dem „Vorwärts" (23. Mai 1896): „Die Masse des deutschen Volkes sei von dem Kolonial-Chauvinismus unberührt, und die Socialdemokratie verdamme ihn, weil er nichts bedeute als Räuberei und Totschlägerei. Die Socialdemokratie sei die wahre, die einzige Partei des Friedens. Wie mit den englischen Socialisten über die südafrikanische Frage, sei die

deutsche Socialdemokratie mit den französischen Socialdemokraten einig über die elsaß-lothringische Frage, die jetzt die Quelle sei der Intriguen im Orient, der Möglichkeit des zarischen Despotismus, in alle internationalen Fragen sich einzumischen. Wenn die Socialdemokratie in Frankreich und Deutschland ans Ruder gelange, sei in fünf Minuten die elsaß-lothringische Frage aus der Welt geschafft." Diese fünf Minuten sind für die äußere Politik der Socialdemokratie charakteristisch. Wie Liebknecht vor französischen Genossen sich niemals die Gelegenheit entgehen läßt, seiner Entrüstung über die Annexion von Elsaß-Lothringen flammenden Ausdruck zu geben, weil er weiß, daß er damit den auf Rückeroberung dieser altdeutschen Lande erpichten Rachekriegsschwärmern auf halbem Wege entgegenkommt, so weiß er auch, daß den auf die junge deutsche Kolonialmacht neidischen Engländern nichts lieblicher in die Ohren klingt, als eine Andeutung, woraus sie schließen können, daß die deutsche Kolonialherrlichkeit im Grunde nur künstliche Mache sei, die keinen Boden im Volke habe und, wenn es nach dem Wunsche des Herrn Liebknecht und seiner „zielbewußten" Freunde geht, binnen absehbarer Zeit zusammenbrechen und so den Engländern ermöglichen werde, als lachender Erbe aufzutreten.

Die „russischen Zustände" werden von der socialdemokratischen Presse so hingestellt, daß eine politische Aktion der Reichsregierung in Verbindung mit Rußland von vornherein für die Socialdemokratie zu den Unmöglichkeiten gehört. In der Sympathie-Erklärung der auf Schloß Wyden 1880 versammelten Socialdemokraten für die Nihilisten heißt es: „Wie die deutsche Socialdemokratie aller Bewegung, die auf die Befreiung der Völker vom socialen und politischen Druck ausgeht, ihre volle Sympathie entgegenträgt, so thut sie dies selbstverständlich auch den für die Befreiung des russischen Volkes wirkenden Nihilisten gegenüber, obwohl sie deren durch die besonderen Verhältnisse Rußlands bestimmte Taktik für Deutschland nicht geeignet hält." Eine Ergänzung findet diese Erklärung durch folgenden Ausspruch: „Wir sind international," sagte Liebknecht im Reichstage (21. März 1884). „Glauben Sie, daß die Hunderttausende von deutschen Socialdemokraten Feiglinge sind? Glauben Sie, daß das, was in Rußland geschehen ist (nihilistische Attentate), nicht möglich wäre in Deutschland, falls es Ihnen gelänge, russische Zustände in Deutschland zu erzeugen?"

3. Die innere Politik.

In der inneren Politik ist das Hauptziel der Socialdemokratie der Umsturz, die Revolution. Die Arbeit ihrer Presse ist demgemäß auf die „Revolutionierung der Köpfe" gerichtet. Je nach dem Temperament der Redakteure wird dieses Revolutionieren bald auf mehr oder weniger verschämte Begünstigung der Propaganda der That, bald auf bloße Unzufriedenheits-Erregung hinauslaufen. Offiziell haben sich ja die socialdemokratischen Führer von dem Anarchismus losgesagt; sie verwerfen aber die anarchistischen Unthaten nur deshalb, weil und so weit sie „nicht zum Ziele", d. h. zur allgemeinen Umwälzung und zur Herrschaft des Proletariates führen. Der St. Gallener Parteitag beschloß eine Resolution, die an der moralischen Verwerflichkeit anarchistischer Blutthaten gänzlich vorbei ging, und diese im wesentlichen nur als ein „Mißverstehen der Geschichte" hinstellte. Die socialdemokratische Presse wagt es daher nur verschämt, für die anarchistischen Dolch- und Dynamithelden Partei zu nehmen, grundsätzlich erklärt sie, „von ihnen doch etwas abrücken zu müssen" und beruft sich wider die Verkehrtheit der Gewaltthaten auf die „revolutionierende Kraft der Idee", welche die stets friedliche Socialdemokratie in das Volk trägt.

Trotz des abwiegelnden Tones von oben zieht sich jedoch die Umsturzpredigt durch alle socialdemokratischen Blätter hin. Durch Messerwetzen und Mostsche Redensarten dem Unternehmertum Gruseln beizubringen, ist ein oft zu beobachtender Kunstgriff. Der socialdemokratische „Akademiker" schreibt: „Wohl stellt das heutige Proletariat dieselben politischen Forderungen wie die Bourgeoisie 1848, die Gemeinsamkeit der Endziele ist das Verlangen, umzustürzen. Das, was 1850 den Bourgeois beseelte, wie das, was heute das Proletariat beseelt, ist der Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, der Gedanke, die Hand nach den Gütern der Erde auszustrecken, nach Macht und Genuß." Die „Rache" brachte Artikel unter folgenden Überschriften: „Tod den Tyrannen!" „Hoch die Expropriation!" „Hoch die Revolution!" „Geistiger Barbarismus".

Bekanntlich unterscheidet Bebel um der Taktik willen zwei Stile im Revolutionieren, den alten und neuen Stil. Er behauptet immer wieder, eine Revolution wäre heute nicht mehr möglich, und da meint er den alten Stil, wo es durch Straßenkämpfe, Barrikaden, Bastillensturm und Guillotine gemacht wurde. Der neue Stil soll darin bestehen, daß „das Denken in Gährung gerät", als ob nicht bisher alle Revolutionen von Massen in den Köpfen der Menschen begonnen hätten, als ob nicht in jedem Falle eines Volksaufstandes eine bestimmte geistige Disposition, bestimmte Beschwerden und Ansprüche einzelner Klassen vorhanden gewesen wären. Der wahre Unterschied liegt darin, daß die bisherigen Revolutionen begonnen haben mit der „Unzucht des Wortes", wie Heinrich Leo sagt, und daß sie mit dem Begehren von Forderungen auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiete in Gang gebracht wurden, daß aber niemals die Veranstalter den allgemeinen Umsturz, die Abschaffung der ganzen bestehenden Gesellschaft zum Ziele nahmen. Selbst in der großen französischen Revolution dachten die anfangs führenden Geister nicht daran, es zu einem vollständigen Umsturz der bestehenden Ordnung kommen zu lassen, wie es nachher in der Zeit der Schreckensherrschaft geschah.

Die socialdemokratische Presse geht, und darin sollte man sich nicht täuschen lassen, von vornherein konsequent auf vollständigen Umsturz aus, für sie ist das Revolutionieren das fortgesetzte Bemühen, aus zufriedenen Menschen unzufriedene zu machen, zum Selbstzweck geworden; sie verlangt keine Reformen, denn dieser Staat, wie er ist, kann nichts leisten; es ist alles Larifari, erst der ganze Umsturz wird helfen — wenn sie aber Reformen verlangt, so geschieht dies aus taktischen Gründen, um der Aufhetzung willen, keineswegs aber aus dem Glauben, daß der Gesellschaft durch die Reformen geholfen werden könne. Daß es beim Revolutionieren der Köpfe nicht bleibt, versteht sich von selbst. Schon die Thaten der Anarchisten beweisen das, und die socialdemokratische Presse mag sich dagegen noch so verwahren, die anarchistischen Verbrechen bleiben doch Früchte der Verwilderung der Geister und Gemüter, wie sie diese Verhetzung zeitigt.

Die socialdemokratische Presse hat ihre Stärke in der Kritik, die sie gegen den Kapitalismus übt, indem sie den Irrtum aufdeckt, als ob durch Ausstände, Schiedsgerichte, Gewinnbeteiligung, gleitende Lohnscalen, Durchschnittslöhne oder Genossenschaften der Anteil der Arbeit am Arbeitsertrage dauernd aufgebessert werden könnte; und sie benützt Ausstände bei günstigen Konjunkturen als Verhetzungsmittel der Arbeiter gegen die Unternehmer, um nur keine tiefere Interessenharmonie

und keinen socialen Frieden aufkommen zu lassen. Wenn die socialdemokratische Theorie konsequent und offen genug wäre, so würde sie sich auch auf den Parlamentarismus nicht einlassen können, denn sie müßte sich eingestehen, daß auf dem Boden der individualistischen Gesellschaftsordnung keine gesetzliche Bestimmung im stande ist, den Anteil der Arbeit am Arbeitsertrage dauernd zu erhöhen, weil die Selbstregulierung der freien Konkurrenz stets an anderer Stelle oder in späterer Zeit oder in anderer Weise einen um so empfindlicheren Rückschlag herbeiführen muß. Gerade erst aus der absoluten Unmöglichkeit der künstlichen Aufbesserung des Arbeiterlohnes auf dem Boden der individuellen Wirtschaftsordnung kann die Socialdemokratie den Schluß ziehen, daß sie durch eine rein socialistische ersetzt werden müßte. Dabei wird jedoch übersehen, daß die Lösung der gestellten Aufgabe auf dem Boden der rein socialistischen Wirtschaftsordnung genau ebenso unmöglich ist wie auf dem einer individualistischen und gemischten. — Vgl. E. von Hartmann, „Kernfragen", S. 167. — Die Forderung des Rechtes auf Arbeit wird vom „Vorwärts" (März 1892) für verkehrt und der ganzen wissenschaftlichen Anschauung zuwiderlaufend erklärt. Mit solchen kleinbürgerlichen Utopien sei nichts erreicht, die socialistische Gesellschaft bedürfe dieses Rechtes nicht. „Das Recht auf Muße ist es, das wir begehren." Von der Muße aber zum Müßiggang ist nur ein Schritt.

Professor Adolf Wagner charakterisierte die volkswirtschaftlichen Aufstellungen der socialdemokratischen Presse in seiner Antrittsrede als Rektor der Berliner Universität „über die Stellung der Nationalökonomie zum Socialismus" 1895 eingehend in folgender Weise: „Die wissenschaftliche Prüfung des Socialismus führt zur Anerkennung seiner wissenschaftlichen Denkarbeit und zur Widerlegung seiner Irrtümer. Die Stellung der Nationalökonomie zu den Lehren der Marx, Engels und anderer ist im ganzen ablehnend. Die socialistische Wertlehre ist ein einziges großes Sophisma, damit fallen alle ihre Folgerungen. Über unbequeme Thatsachen setzen sich die Socialisten hinweg, unbewiesene Behauptungen ziehen sie bisweilen als Beweise heran. Ihre Anforderungen und Voraussetzungen an die intellektuellen und sittlichen Eigenschaften des Menschen sind mit der Erfahrung nicht vereinbar. Nicht nur vollkommenere, sondern wesensandere Menschen setzen sie voraus, aber selbst wenn ihr Ideal ausführbar wäre, wäre es nicht einmal für die Mehrzahl erwünscht."

Der Parlamentarismus mit dem Refrain „wir müssen die Macht in die Hand bekommen", nimmt mit seinen wechselnden Erscheinungen

neben der Umsturzpredigt die Spalten der socialdemokratischen Presse am meisten in Anspruch. Dabei ist diese Presse unablässig bemüht, die Gesetze, welche aus der parlamentarischen Arbeit hervorgegangen sind, für eitel nutzlos und schlecht zu erklären. Selbst über die zu Gunsten der Arbeiterschaft getroffenen Gesetze wird der Stab gebrochen, wenn auch hier und da einmal eine anerkennende Bemerkung durchläuft, und natürlich dabei das Lobenswerte auf Konto der socialdemokratischen Abgeordneten kommt. Diese werden als die wahren Volksfreunde mit vollem Munde gerühmt und herausgestrichen, während die Kaiserliche Socialreform nicht genug verkleinert und als Bagatelle hingestellt werden kann, als der dem Volke hingeworfene „Brocken Socialreform."

In dem Rechenschaftsberichte, welchen die Parteileitung an den Berliner Parteitag 1893 erstattet, heißt es: „Wir haben uns niemals um des Parlamentarismus willen oder in der Meinung, daß im Parlament die Ziele der Socialdemokratie erreicht werden würden, an parlamentarischen Arbeiten beteiligt. Die Aufhebung des Privateigentumes an den Produktionsmitteln, die Beseitigung der Klassenherrschaft, die Abschaffung des kapitalistischen Produktionssystems kann nie das Werk eines in dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft wurzelnden Parlamentes sein. Hierzu bedarf es der Organisation der socialdemokratischen Gesellschaft, die zu erkämpfen Zweck und Ziel der Arbeiterklasse ist. An diesen grundsätzlichen Anschauungen halten wir fest, unverbrüchlich, betrachten aber die parlamentarische Thätigkeit als wertvolles Mittel, um die letzten Ziele der Partei: Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft, zu deren Erbe und Nachfolger die socialdemokratische Gesellschaft berufen ist, zu propagieren und den Klassenstaat zu bekämpfen."

Das socialdemokratische Programm hat Übergangsforderungen auf Grund der bestehenden staatlichen Ordnungen aufgestellt. Aus dem Widerspruch, der hierin liegt, mit Rücksicht auf die Meinung von der vollständigen Unfähigkeit des modernen Staates, aus sich selbst heraus für die arbeitenden Klassen die Hilfe zu schaffen, kommen die Deduktionen nicht heraus, oder dürfen vielmehr nicht heraus, denn die Führung der Partei liegt in den Händen der Vertreter des internationalen Kommunismus nach Marxscher Lehre und wendet sich gegen jeden Versuch, dem Opportunismus auf politischem Gebiete mit Rücksicht auf praktisch erreichbare Ziele oder auch nur auf besseres Fortkommen der Partei Raum zu geben.

Dies hat der Streit zwischen Bebel und v. Vollmar gezeigt.

Jenem geht das Dogma der Internationale über alles, diesem der praktische Agitationserfolg bei der Bevölkerung. Jener will nur zielbewußte Anhänger, die der roten Fahne durch Dick und Dünn folgen — „auf die Gesinnung kommt es an, nicht auf die Zahl!“ — dieser will die Leute erst zutraulich machen, indem er den Instinkten und Bedürfnissen derselben weislich Rechnung trägt, um eine möglichst große Zahl von Anhängern zu gewinnen. Im Ziele sind beide einig, es ist der Umsturz der bestehenden Ordnung, die Revolution; nur über den einzuschlagenden Weg liegen sie in ihrer Presse in Fehde.

Angesichts dieser Haltung der socialdemokratischen Presse ist es ebenso falsch, darauf zu lauschen, wie sie durch die eine oder andere Äußerung die revolutionäre Tendenz zur friedlichen Idee abzuschwächen scheint, als es falsch ist, von der „erziehenden Macht des Parlamentarismus“ auch für die Socialdemokratie zu reden. Letztere, sagt man, soll sich besonders in der Beunruhigung offenbaren, welche die außerparlamentarischen Socialdemokraten über die Vertreter im Reichstage empfinden. Derartige Annahmen finden sich meist in freisinnigen Blättern und sind überwiegend taktischer Natur. Wer die socialdemokratische Presse und ihre Ziele kennt, weiß, revolutinär sind sie alle, Gemäßigte wie Extreme, Alte und Junge. Der „Vorwärts“ lenkt zwar manchmal ein, wenn er behauptet, unter Revolution sei nicht der „Heugabelsinn der blutigen Gewalt“ zu verstehen, sondern nur die Absicht, die gesellschaftlichen Ordnungen umzuwälzen, es brauche nicht mit Gewalt, es könne auf friedlichem Wege geschehen. Dergleichen Behauptungen sind Sand in die Augen und taktische Kunstgriffe für den Bauernfang oder auf die Täuschung gutmütiger Leute berechnet. Wer wirklich auf socialdemokratischer Seite danach handeln wollte, würde als „Opportunist“, d. h. als gefährlicher Schwachmatikus und Leisetreter in der Presse behandelt und schließlich aus der Partei ausgewiesen werden. Bei jeder Gelegenheit, wo eine Demonstration inscenirt werden kann, zeigt die socialdemokratische Presse immer wieder ihr wahres Antlitz. Solche Gelegenheiten bilden in der Regel die großen Streiks, wenn weite Kreise der Arbeiterwelt in Aufregung sind und die Veranstaltungen besonderer Feiern, wie z. B. die alljährlich mit gleichen Reklametönen einsetzende Feier des 1. Mai, des sogenannten „Weltmaifestes.“

In den Artikeln, die vor oder nach dem 1. Mai erscheinen, sowie in den Maifest-Nummern — in den letzten beiden Jahren wurden dieselben in Berlin confisziert — spielen Großsprechereien eine Hauptrolle. Es offenbart sich hier jedesmal der revolutionäre Ingrimm, der leider immer noch zurückhalten muß, weil er nicht kann, wie er

will. Die nicht confiszierte Maifest-Nummer des „Vorwärts“ vom Jahre 1891 brachte ein Gedicht, welches das Maifest mit den christlichen Feiertagen in Vergleich stellte mit Wendungen aus christlichen Kirchenliedern, das „wundgeschundene Volk“ verherrlichte und als „Golgatha“ der Socialdemokraten die Gräber der im März 1848 gefallenen Barrikadenkämpfer pries. Dann war die Rede von der „Heerschau der großen Befreiungsarmee, welche die Arbeiterschaft ihrer Ketten entledigen und zur Herrin der Erde machen werde, eine Herrin, die keine Knechte duldet und keine Unterdrücker.“ Das „Herannahen der Weltenwende“ wurde als Zweck der Maifeier gepriesen, „bei welcher sich die Enterbten und Geknechteten aller Welt über die Grenzpfähle einer verfaulenden Kultur die Bruderhand reichen.“ Vgl. den Abschnitt „Klassenmoral.“

Daß ihr Zukunftstraum in die blaue Luft gebaut ist, daß der erste gewaltsame Versuch zu seiner Verwirklichung schwere Blutopfer fordern würde, kümmert diese Schreiber ebensowenig, wie die „Knechtung und Schinderei“ vielmehr in ihrem Hirn als in der Wirklichkeit besteht. Die Schürung dieses „Befreiungskrieges“ sieht die socialdemokratische Presse als eine Hauptaufgabe an. „Revolutionen,“ sagt Liebknecht*) „werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis gemacht, die socialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden, sie muß ihn stürzen, um ins Leben zu treten; keinen Frieden mit dem heutigen Staat!“ Und ferner sagt er in derselben Schrift Seite 16. „Von dem Moment an, wo jeder Zweifel in Bezug auf die politische Stellung der Socialdemokratie beseitigt ist, wo die Socialdemokratie, ohne den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie zu vernachlässigen, auch den politischen Vorkampf führt, haben wir die Masse der Arbeiter hinter uns, können wir sagen: „Berlin gehört uns.“ Und dann gehört uns Deutschland; denn hier in Berlin sitzt der Hauptfeind, von Berlin aus wurde Deutschland geknechtet, von Berlin aus muß Deutschland befreit werden!“

Die Socialdemokratie hat den Ausspruch Bismarcks, daß die sociale Frage eine Machtfrage ist, wohl begriffen, und von diesem Standpunkte aus giebt es für die Parteipresse nur einen reellen Punkt in der Politik, das ist, die Disziplin des deutschen Heeres zu lockern und die Armee zu revolutionieren, alles andere ist Nebensache. Anträge auf Besserung der Lage der handarbeitenden Klassen, Programme, Bücher, Schriften — alles dient einzig und allein diesem Zweck; er ist der Eckstein in

*) „Über die Stellung der Socialdemokratie.“ Leipzig 1874. S. 12.

der Thätigkeit der Partei und ihrer Schriften. Bebel hat es in Berlin und Stuttgart zweimal ausgesprochen, daß die Socialdemokratie gegen die Bajonette nicht aufkommen kann, daher gelte es, die Bajonett-Träger zu gewinnen.

In welcher Weise die ländlichen Arbeiter aufgehetzt werden, zeigt folgender Aufruf des Parteivorstandes zu Weihnachten 1890: „Unsere Brüder draußen, die in Ställen und Hütten hausen, deren Lebenshaltung in den meisten Fällen nicht genannt zu werden verdient, die heute noch unter dem Druck derselben Frohnden seufzen wie damals, als die Leibeigenschaft dem Namen nach noch nicht abgeschafft war, die allen Fährnissen und Drangsalierungen des Groß-Kapitals noch ungeschützter gegenüberstehen als die Arbeiter in den rußigen Fabriken und dumpfen Werkstätten, alle diese ausgebeuteten Landarbeiter sollen zu uns herübergezogen werden, auch ihnen soll der Morgenschein der kommenden Zeit gezeigt werden." Dieses Zeigen des Morgenscheines ist Blendwerk. Man will den Arbeiter auf dem Lande unzufrieden machen und gegen die besitzenden Klassen aufreizen. Unverhüllt tritt dieses Bestreben in folgendem Satze hervor: „Auch der letzte Knecht im Stall soll wissen, daß der Großgrundbesitzer mit adligem oder bürgerlichem Namen die Zeiten wieder einzuführen bestrebt ist, wo er mit seiner Meute und seinem Troß den Bauern über die junge Saat dahingaloppierte, wo er in einem Augenblick des Uebermutes die Mühen von Monaten zerstören durfte und dann den murrenden Untergebenen mit der Hetzpeitsche zur Ruhe zwang."

Neuerdings hat sich die socialdemokratische Presse auch daran gemacht, die Köpfe der Studenten zu revolutionieren. Wieviel ihnen daran liegt, Parteigenossen aus der „Intelligenz" zu gewinnen, kann man aus einem Artikel ersehen, den der Genosse Kautzki in der „Neuen Zeit" veröffentlicht hat. Es heißt darin unter anderem: „Unter den bewährten offenen und stillen Parteigenossen aus der „Intelligenz" sind neun Zehntel als Studenten zu uns gekommen. Ist es also wichtig, die besten Elemente der Intelligenz für uns zu gewinnen und niemand wird bestreiten wollen, daß dies von großer Wichtigkeit ist, — dann ist auch die socialistische Studentenbewegung ein Faktor, dessen Bedeutung man nicht gering anschlagen kann. Unsere Partei hat das größte Interesse daran, alles zu fördern, was geeignet ist, die Kenntnis unserer Bewegung in studentischen Kreisen zu verbreiten; und sie hat alle Ursache, den Studenten, die sich uns anschließen wollen, freundschaftlichst entgegenzukommen, sobald sie nur den Bedingungen entsprechen, die an einen Parteigenossen überhaupt gestellt werden."

4. Grundsätzliche Untergrabung der bestehenden Ordnung.

Die sociademokratische Presse will nicht absichtlich die Unordnung anstreben, im Gegenteil, sie ereifert sich für polizeiliches Einschreiten und für äußerste Innehaltung der Ordnung, wäre es auch durch den Schutzmann, in jedem Falle, wo die Unordnung nicht von socialdemokratischer Seite veranstaltet ist; aber die ganze bestehende Ordnung ist ihr zuwider. Der heutige Staat wird als Klassenstaat hingestellt, der umgestürzt werden muß, was nicht anders, als durch Untergrabung seiner Hauptstützen geschehen kann, und das sind die Monarchie, die Reichsverfassung, die Parlamente, das Heer, die Rechtsprechung, sowie Kirche und Schule.

Bebel selbst nennt diese Arbeit „das Geschäft des Untergrabens". Dieses Geschäft wird mit einem Apparat, einem Raffinement, einer Rücksichtslosigkeit und Beharrlichkeit fortgesetzt, wie sie zuvor in der Geschichte kein Beispiel hat. Nie hat es eine Presse gegeben, die so systematisch und bewußt, mit solcher Freiheit von Gewissensskrupeln die Verhetzung der Volksgenossen betrieben hätte, wie jetzt die socialdemokratische. Das ultrarevolutionäre Paris von 1793 bis 1795 erlebte eine viel kürzere Episode. Wir verkennen dabei nicht den Idealismus, der neben dem Haß gegen das Bestehende einzelne socialistische Schreiber beseelen mag; aber niemand wird leugnen können, daß sie es als eine hohe Aufgabe und ihren Beruf betrachten, Zwietracht zu säen und Haß aufzuhäufen, etwa, wie man Pulvervorräte häuft, wenn der Kriegsausbruch bevorsteht. Vgl. Julius Wolf, „Socialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung", S. 581.

Marx, ihr Vorbild, hat im Vorwort seines großen Werkes zwar erklärt: „Weniger als jeder andere kann mein Standpunkt, der die Entwickelung der ökonomischen Gesellschaftsformation als einen natur-

geschichtlichen Prozeß auffaßt, den einzelnen verantwortlich machen für Verhältnisse, deren Geschöpf er social bleibt, so sehr er sich auch subjektiv über sie erheben mag." Das hindert aber nicht, daß sowohl am Schluß seines Buches (vgl. S. 787), als auch sonst an vielen Stellen sein Haß gegen alles, was Unternehmer heißt, nur um so jäher losbricht, und dann ist ihm „Monsieur Kapital" doch nichts anderes, als die „syphilitische und skrophulöse Ehrbarkeit". Er ist auch hierin ein Prototyp der socialdemokratischen Presse geworden.

Die stärkste Stütze der bestehenden Ordnung ist die Monarchie. Das Königtum offen anzugreifen, kann man freilich nicht wagen, obwohl die vielen Majestätsbeleidigungs-Prozesse gegen socialdemokratische Redakteure eine deutliche Sprache reden. In den Spalten der socialdemokratischen Presse nehmen sich Königtum und Fürstentum seltsam genug aus. Nichts Schändliches giebt es, das nicht von Fürsten, — exotischen, historischen oder in der Romanwelt und im Schauspiel vorkommenden — ausgesagt wäre, um hinterrücks und ungestraft die bestehende Monarchie zu treffen. Der Ermordung von Fürsten wird offen zugejubelt, die Meuchelmörder werden als tapfere und entschiedene Leute gepriesen. Insbesondere wird die Tribüne des Reichstages dazu benutzt, um Angriffe gegen die Krone zu richten. Am 6. Dezember 1870 erklärte Bebel im Reichstage, daß mit einem Worte das Endziel der deutschen Volkseinigung einzig und allein die Beseitigung der Monarchie und die Begründung der Republik sein kann und muß. „Alles Schlechte kommt von oben," das ist die Losung, die Bebel bei der Bekämpfung des Duelles (April 1896) ausgab und nach dieser Losung handelt die socialdemokratische Presse. Je höher die Stellung eines Fürsten, desto gehässiger und hämischer sind die Angriffe. Da es eine Majestätsbeleidigung verstorbener Fürsten nur auf Antrag der Familienglieder giebt und die Hohenzollern solche Anträge nicht stellen, ward das Andenken des Kaiser Wilhelm I. in niedrigster Weise geschmäht. Bei Gelegenheit der Grundsteinlegung des Nationaldenkmals für Kaiser Wilhelm I. schrieb das Hamburger „Echo": „Während des Kampfes mit den Rebellen (in der Pfalz) ließ er es geschehen, daß wehrlose Gefangene niedergemetzelt wurden!" Das Blatt leistete sich Sätze wie: „Mit seiner Legitimation standrechtlich hingemordet," — „das Volk kann ihn nicht freisprechen von der Schuld, niedrige, blutige Rache geübt zu haben an überwundenen Feinden," — „Er wollte damit (Königtum von Gottes Gnaden) sagen, daß die Verfassung ihn nicht kümmere, daß des Königs Wille das höchste Gesetz sei. Und er hat nach dieser Auffassung gehandelt. Rücksichtslos trat er die von ihm beschworene

Verfassung mit Füßen, um seinen Willen gegenüber der Volksvertretung durchzusetzen." — „Er war der Schirmherr der Bismarckschen Politik der Volksausbeutung, der Unterdrückung, der Ungerechtigkeit."

Auch die Reichsverfassung findet keine Gnade vor den Augen der socialdemokratischen Blätter. Sagte doch Bebel schon am 8. November 1871: „Die Reichsverfassung sei das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben steht." Auf dem Koburger Kongreß 1874 hat Liebknecht das Bekenntnis abgelegt: „Wir sind Reichsfeinde, weil wir Feinde des Klassenstaates sind." In dem Protokoll dieses Kongresses heißt es an einer anderen Stelle: „Wir stehen im principiellen Gegensatz zum Reich" und im Jahre 1871 schrieb ein socialdemokratisches Blatt: „Das Deutsche Reich kann wohl die Socialdemokratie tolerieren, die Socialdemokratie kennt aber keine Toleranz gegen das Reich!" Selbst der Parlamentarismus, dieses Machtmittel der Partei, ist vor den giftigen Federn nicht sicher, ist doch auch er eine Institution der kapitalistischen Gesellschaft und mit dieser dem Untergange geweiht. Dagegen wird jeder socialdemokratische Parteitag, auch wenn seine praktischen Ergebnisse noch so dürftig sind, als ein „wahres Volkshaus", ein „Arbeiterparlament", ein „welthistorischer Moment" angekündigt und gefeiert, dessen Würde auf alle Welt einen unauslöschlichen Eindruck mache.

Namentlich den „Jungen", den „Prinzipienreitern", und „Waschechten" ist der Parlamentarismus deshalb ein Dorn im Auge, weil die gewählten socialistischen Abgeordneten die Führung beanspruchen und von den Gewohnheiten und Anschauungen der Bourgeois angesteckt werden. Die „Volkstribüne" verlangte deshalb im Jahre 1891, es sollten die Socialdemokraten, die bisher von ihren parlamentarischen Führern etwas hielten, allmählich in der Anschauung erzogen werden, daß sie selbst mit Bezug auf diese und auf ihre Thätigkeit alle Hoffnung fallen lassen müßte. Nicht die parlamentarischen Vertreter, sondern die Socialdemokraten selbst seien ihres Glückes Schmied. Auf dem Boden der heutigen Gesellschaft könne für das Proletariat gar nichts erreicht werden, und der Übergang in die neuen Gesellschaftsformen sei nur durch Gewalt möglich. Wenn dies das Ziel ist, so ist es freilich erklärlich, daß man, abgesehen von anderen Autoritäten, auch den Parlamentarismus und die parlamentarischen Führer abschaffen will, und daß dann die — von den Socialdemokraten so genannte — „direktionslose Masse" ans Ruder kommt, die wie Göthe sagt, „durch Zuschlagen respektabel wird." Offenherzig wird von socialdemokratischen Blättern gestanden: „Wir

haben doch bisher nicht gewählt, um Mandate zu erringen, sondern um unsere Ideen in die Masse zu bringen (1896 sächsischer Landtag), wir wählten, um zu wühlen." Die Wahlbeteiligung wird Mittel zum Zweck; eine bessere Gelegenheit giebt es nicht, um Anhänger zu werben.

Insbesondere aber ist das Heer ein Dorn im Auge der socialdemokratischen Presse, weshalb sie sich nicht genug thun kann, durch Anführung von Soldaten-Mißhandlungen, Offiziersübermut, Kasernenelend, Ferienkolonie-Freuden und dergleichen die Einrichtungen des Heeres herabzusetzen. Liebknecht nannte im Reichstage im März 1892 den Militarismus das „System der Menschenschlächterei". Er hält den militärischen Geist für gänzlich überflüssig, um Kriege zu gewinnen. Als Stratege entwickelte er damals im Reichstage merkwürdige Gedanken: das Geheimnis des Erfolges liege in der Kunst des Marschierens und in der Kunst des Schießens und in beiden Beziehungen nehme es jedes Milizheer mit dem stehenden Heere auf. So ist denn auch die Abschaffung der stehenden Heere eine Forderung des socialdemokratischen Programmes. Die socialdemokratische Presse glaubt, das Universalmittel zu besitzen, um Kriege für alle Zukunft unmöglich zu machen. Dieses Universalmittel ist der Sieg des internationalen Socialismus, der wahrlich nur von unten nach oben durchzusetzen wäre, und dem namentlich das, was sie Militarismus nennen, und was Vaterlandsliebe, Manneszucht, Stählung des Charakters, Unterordnung unter den gegebenen Befehl einschließt, hindernd im Wege steht. In dem „Volksheer", das sie planen, hat weder der Berufsoffizier, noch überhaupt die Kriegswissenschaft Platz, die Wehrordnung ist mit kurzen Übungen der waffenfähigen Leute im wesentlichen erschöpft.

Jedermann weiß, daß ein solches System praktisch ungefähr mit nationalem Selbstmord gleichbedeutend wäre, und jeder Besonnene wird den Glauben an den Völkerfrieden, den die Abschaffung der stehenden Heere der Welt bringen werde, als eine haltlose Illusion erkennen. Nach den Behauptungen der socialdemokratischen Presse entstehen Kriege freilich lediglich aus dem Ehrgeize und der Eroberungssucht einzelner Gewalthaber, weshalb man diesen Gewalthabern die Mittel zur Kriegführung durch Errichtung von Milizen an Stelle der stehenden Heere entziehen müsse. Ein weiterer Grund aber — der eigentlich bestimmende für diese Feindschaft gegen die Armee — liegt eben darin, daß ein starkes festgefügtes Heer die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung im Staate verbürgt, daher vor allem das Bestreben, die aktive Dienstzeit im Heere als eine Zeit der größten Plage

darzustellen und dem gemeinen Manne die Freude am Kriegsdienst möglichst zu verleiden.

Diese Freunde des unzufriedenen Soldaten und aller Raisonneurs in der Armee und über die Armee sind zugleich die bittersten Feinde der Soldaten. Den siegreichen Kämpfern von 1870 wurde im „Volksstaat" 1873 Nr. 71 S. 2 der Rat erteilt: „Den Orden des Eisernen Kreuzes in der Hosentasche statt an der Brust zu tragen." Es wurde von ihnen geschrieben: „Alle Gefängnisse Deutschlands würden nicht ausreichen, wenn nur der zehnte Teil der von deutschen Militärs in Frankreich verübten Eigentumsverbrechen gerichtlich verfolgt und geahndet werden sollte." Und wie begrüßte man die aus dem Felde siegreich heimkehrenden deutschen Krieger? „Bürger! steckt schwarze Fahnen heraus! Eine Rotte von Mördern und Mordbrennern hält heute den Einzug in unsere Mauern." So begrüßte 1871 die schwarzumrandete „Chemnitzer Freie Presse" das heimkehrende Chemnitzer tapfere Bataillon. Während des Friedens werden besonders die Soldaten heftig angegriffen, wenn sie nach ihrer Instruktion handeln und ihre Pflicht thun. Wo immer ein Militärposten einen frechen, thätlichen Angriff abwehrt, Fluchtversuche von Arrestanten zu vereiteln sucht und die seiner Obhut vertrauten Personen und Sachen schützt, nötigenfalls unter Gebrauch der Waffe, erhebt die socialdemokratische Presse ein großes Geschrei. Die Opfer solcher Konflikte werden als „Opfer der denkbar größten Brutalität" hingestellt, obgleich doch die Posten und Patrouillen einfach nach ihrer Pflicht gehandelt haben. Die Zeitungsschreiber nehmen nicht Anstand, von dem „Mutwillen junger Leute von kaum 20 Jahren" zu sprechen, denen die Möglichkeit gegeben sei, „das Leben der Bürgerschaft" zu gefährden, aber sie finden es durchaus nicht unverantwortlich, das wahlfähige Alter von 20 oder 21 Jahren beginnen zu lassen, d. h. jungen Leuten die Beratung öffentlicher Angelegenheiten in Staat und Gemeinde zuzutrauen. (Vgl. den Abschnitt: Unwahres Doppelspiel.) Auch bei Straßen-Excessen in der Großstadt, wo das jugendliche Element meist vorherrscht, wird der Vorwurf sträflichen Übermutes und frivolen Leichtsinnes mit Entrüstung zurückgewiesen; sobald der junge Mann aber des Königs Rock trägt, soll er nicht einmal fähig sein, genau und sorgsam eingeprägte, durch harte Strafandrohungen gesicherte Vorschriften richtig anzuwenden.

Einer der liebsten Gedanken dieser Presse ist der, wenn auch versteckt, den Arbeitern erteilte Rat, im Falle eines Krieges den Soldatendienst zu verweigern, das heißt, in der Stunde, wo das Vaterland in Gefahr ist, zu meutern. Der Niederländer Nieuwenhuis hat mit

seinem Antrag auf dem Brüsseler nationalen Socialisten-Kongreß 1891, daß die Arbeiter im Kriege den Soldatendienst verweigern sollen, auch in der deutschen socialen Presse Anklang gefunden. Damals sagte Singer: „Einen solchen Vorschlag discutiert man nicht — den wendet man an, wenn es soweit ist.“ Der Grund, warum auf dem Brüsseler internationalen Kongreß das nicht beschlossen wäre, sei einfach. Weder der französische, noch der deutsche, noch der einer anderen Nation angehörige Arbeiter besitze einen solchen Grad von Vaterlandslosigkeit, daß die Fahnenflucht und Auflehnung einer feindlichen Heeresmacht „offen“ proklamiert werden dürfe. Die Wirkung auf die im Kerne patriotischen Massen wäre abstoßend und daher der socialdemokratischen Agitation nicht günstig. Es zeigt sich auch hier wieder die alte Frage der Taktik, in welcher Junge und Alte in Bezug auf den Militarismus auseinandergehen. Beide zusammen bilden in Ansehung unseres Heeres, unserer Wehrhaftigkeit, unserer Stellung unter den Nationen eine unpatriotische Masse. Wenn sie den Militarismus im Namen der „Wissenschaft“ verurteilen, so ist diese Wissenschaft die Einbildung des socialdemokratischen Doktrinarismus, denn weder sind stehende Heere und Kriege bloß Einrichtungen von und für Bourgeois zur Aufrechterhaltung der „Lohnsklaverei,“ noch wird sich jemals der Traum eines Völkerfriedens, den der Socialismus in die Weltgeschichte bringen soll, erfüllen, am wenigsten, wenn die neue Periode mit Gewalt, Meuterei und Empörung beginnt.

Gegen die Rechtsprechung ist die socialdemokratischen Presse von vorn herein eingenommen, wenn Socialdemokraten davon betroffen werden. Sie benutzt jede Verurteilung eines Genossen, um die Rechtsprechung als parteiisch, als im Dienste des Unternehmertums stehend darzustellen. Die Verhandlungen im Reichstage über die Abänderung des Strafprozesses werden zu Protesten gegen Klassen-Justiz und Tendenz-Prozesse benutzt. Die an der deutschen Rechtspflege geübte Kritik geht meist von der allerdings feststehenden Thatsache aus, daß unsere Richter häufiger als früher in die Lage kommen, die Bestimmungen des allgemeinen deutschen Strafgesetzes gegen die Angriffe auf die bestehende Ordnung anzuwenden. Ist erst das Vertrauen zu der Rechtsprechung erschüttert und der Gedanke einer absichtlichen Vergewaltigung des Rechtes in die Halme geschossen, so haben die im Trüben fischenden Elemente ihr Spiel schon halb gewonnen. Daher zieht sich durch alle socialdemokratischen Blätter die Litanei: „Die deutsche Rechtsprechung ist bis ins Mark entartet, sie wird tendenziös gehandhabt und mißt mit zweierlei Maß.“ Daß das

Gesetz ein Schandfleck für den Staat und der Richter ein Rechtsverdreher ist, sobald einmal eine socialdemokratische „That" bestraft wird, versteht sich in der Auffassung dieser Presse von selbst. Die Richter, die einen bombenwerfenden Mordgesellen in Ausübung ihres Berufes zum Tode verurteilen, werden mit Mördern auf eine Stufe gestellt; wird aber von irgend einem Schandbuben auf einen Beamten oder sonst jemanden ein raffiniert ausgedachtes Attentat verübt, wie z. B. auf den Polizei-Oberst Krause in Berlin, so wird von einem „ungemein albernen Dummenjungenstreich" gesprochen, den sich ein „noch nicht bekannter Idiot" geleistet hat.

Fürst Bismarck und mit ihm alle Freunde des deutschen National-Staates haben das Treiben der Socialdemokratie bekanntlich für so staatsgefährlich erachtet, daß sie selbst vor Ausnahmegesetzen gegen sie nicht zurückschreckten. Jetzt, wo das Ausnahmegesetz aufgehoben ist, wo unsere Richter die vorhandenen gesetzlichen Handhaben gegen die Feinde der Ordnung anwenden, wird über die „geschwächten Charaktere" der deutschen Richter geklagt, die dem „staatsanwaltlichen Klageübereifer" nicht zu widerstehen vermögen und nur immer darauf los verurteilen. Unsere Richter und Staatsanwälte freilich stehen viel zu hoch, als daß die Vorwürfe der Parteilichkeit und bewußter Pflichtverletzung an sie heranreichen könnten.

Bei der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches im Reichstage nannte der Abgeordnete Stadthagen das bürgerliche Gesetzbuch ein Klassen- und Ausnahmegesetz und behauptete, daß 98 Prozent des deutschen Volkes bei der Ausarbeitung desselben unvertreten gewesen seien. „Nur die Socialdemokratie vertritt das deutsche Volk, nur ein Auserwählter meiner Parteigenossen hat das Recht, sich als Verkörperung des deutschen Volkes hinzustellen." Das Geschrei über Klassenjustiz erhebt sich namentlich bei Meineidsprozessen, wenn es zur Verurteilung von Parteigenossen kommt. Sie haben ja in guter Meinung gehandelt, indem sie der Partei helfen wollten, ebenso bei Diebstahlprozessen. Durch groben Vertrauensbruch ist ein vertrauliches amtliches Aktenstück — die Königliche Kabinettsordre bei Gelegenheit des Gnadenerlasses (September 1895) — in die Redaktion des „Vorwärts" gebracht worden. Als die Diebe hernach zur Rechenschaft gezogen und bestraft wurden, entrüstete sich die socialdemokratische Presse darüber, daß jemand, der ein „harmloses wertloses Blatt Papier" weggenommen hat, um der Partei einen Dienst zu leisten, im Gefängnis dafür büßen müsse. Die Stehler wurden sogar öffentlich als Männer von Ehre hingestellt und als Leute, „vor denen wir Respekt haben." Daß durch solche

Verleumdung der Rechtsprechung der Rechtssinn im Volke irre geleitet und untergraben wird, leuchtet ein. Der gemeine Mann weiß sich vor den Sophismen zuletzt keinen Rat und fällt der Versuchung anheim, Strafthaten, ja Verbrechen im Interesse der Partei auszuführen, um dann öffentlich als Märtyrer gepriesen zu werden.

Am gehässigsten zeigt sich das Untergrabungsgeschäft in den socialdemokratischen Blättern da, wo es sich darum handelt, das Ansehen von Kirche und Schule im Volke zu erschüttern. Der Satz „Religion ist Privatsache" dient als Koulisse, um unaufhörlich Seitenhiebe auf Pfaffen und Mucker auszuteilen. Es wird behauptet, die Bildung, die den Kindern in den Schulen beigebracht wird, sei nichts wert. Die Geschichte, die in den Schulen gelehrt werde, sei tendenziös entstellt. Die Religion sei die der besitzenden Klassen, die Socialdemokratie allein sei im stande, wahre Bildung und Moral zu lehren. Die cynische Weise, in welcher unter anderem der Stadtverordnete Vogtherr in einer Berliner Versammlung 1890 von einer „Vergiftung des Kindesgemütes durch den Religionsunterricht" sprach und weiter ausführte, daß, wenn erst die Masse in religiöser Beziehung „aufgeklärt" wäre, auch ihr geistiges „Abhängigkeitsvermögen" werde gebrochen sein, ist vorbildlich für die Behandlung der Schulangelegenheiten in den socialdemokratischen Zeitungen.

„Die große Mehrheit unserer Lehrer," heißt es in einer kürzlich erschienenen Broschüre, „hat keine blasse Ahnung von ihrer wahren Aufgabe. Im Dienste der herrschenden Klassen stehen sie, von ihren Ideen beherrscht und von ihnen erzogen, halten sie in ihrer Mehrzahl zu dieser. Ihr einziger Wunsch ist, eine möglichst gute materielle Stellung zu erlangen. Den idealen Zielen, für welche das Volk kämpft, stehen sie, wenn nicht gleichgültig, feindselig gegenüber. Die Ausnahmen sind zu zählen!" Und warum geht es den Lehrern vor dem Richterstuhl der Socialdemokratie so schlecht? Weil sie sich für die religionslose Erziehungsmethode der Socialisten nicht begeistern und sich nicht zu Agitatoren der Partei hergeben mögen. Der Socialismus will selbstverständlich auch die Erziehung der Jugend in die Hand nehmen. Worin dann seine erste Sorge bestehen würde, das sagt folgende Stelle der angeführten Broschüre: „Die Erziehung muß alsdann ausschließlich Staatssache sein, sie muß den höchsten Ansprüchen genügen, und kein Zögling darf während der Erziehungsjahre von Staats- oder Gemeindewegen in religiösen Dingen Unterricht genießen." Insbesondere wendet sich die Wut gegen diejenigen Lehrer und Prediger, welche nicht der

socialdemokratischen Partei angehören, noch auch die Absicht verspüren, den socialdemokratischen Forderungen entgegenzukommen. Erstere heißen Mucker, letztere Pfaffen.

„Die Schulschriften sind schlecht," so lautet ein Antrag auf dem zweiten Kongreß zu Dresden — 15. August 1871 —, der mit Bravo gutgeheißen wurde. Man müsse schon den Kindern einen socialdemokratischen Katechismus in die Hände geben, und der Socialdemokrat Müller (Dresden) beantragte dazu, „daß in der Schule die Kinder nicht zu Socialisten erzogen werden, dafür ist gesorgt, denn in jeder zweiten Zeile lesen sie von Gott, König und Vaterland und der von Gott eingesetzten Obrigkeit und was weiß ich alles. Wo wir unsere Ideen zur Geltung bringen wollen, müssen wir bei der Jugend anfangen."

Auf den Parteitagen, insbesondere auf dem in Halle 1890, wurde der Satz des Programmes: „Religion ist Privatsache" angefochten, weil es sich doch nicht um Duldung, sondern um Bekämpfung jeder Kirche handle, da dieselbe auf Grund der Glaubensdogmen den socialen und politischen Bestrebungen der Arbeiter entgegentrete. Indessen wurde jener Programmsatz, der sich als Maske vortrefflich eignet, beibehalten, weil auf dem Lande sonst niemand mehr in die socialdemokratischen Versammlungen hineinzubekommen wäre. Auf der anderen Seite wurde betont, daß die Partei, indem sie die Religion zur Privatsache erkläre, vernünftiger Weise nur das sagen wolle, daß der Staat mit der Religion nichts mehr zu thun haben wolle. Der Staat soll keine Mittel mehr für kirchliche Zwecke geben. In den staatlichen Erziehungsanstalten soll keine Religion gelehrt werden. Nun soll aber nach den anderweitigen Forderungen des socialistischen Programmes die ganze Erziehung in die Hand des Staates gelegt werden. Vom zartesten Alter an sollen die Kinder dem Einfluß der Eltern völlig entzogen sein. Wenn in den Erziehungsanstalten des Staates von Religion aber kein Wort gelehrt wird, wenn im Gegenteil die Grundsätze der Religionslosigkeit den Schülern eingepflanzt werden, wo bleibt dann noch Platz für die Religion als Privatsache übrig? (Vergl. den Abschnitt: „Unwahres Doppelspiel.") In der That kann es keinen socialdemokratischen Redakteur geben, der nicht ein erbitterter Feind der Religion wäre, und zu dessen Geschäft es nicht gehörte, seine Artikel mit gehässigen Angriffen gegen die Kirche und ihre Diener zu spicken.

Eine socialdemokratische Broschüre sagt mit anerkennenswerter Offenheit: „Des können wir versichert sein, wo der Pfaff noch Einfluß hat, da kommen wir nicht hinein, und wenn wir uns auch ins goldene Fließ hüllen und meckern wie die Jahrmarktsschafe, weder bei den katholischen

Bergarbeitern, noch bei den katholischen Bauern. Wo zwei oder drei Glatzen oder Bäffchen versammelt sind, da erklären sie laut: „Die Socialdemokratie ist der Feind," nicht ein Feind — nein — der Feind schlechthin. Sie haben keinen anderen mehr. Da können wir nicht sagen, wie im Reichstage: „Wir sind ja gar nicht so schlimm, wie wir aussehen!" Das glaubt uns von denen keiner, die Sorte hat schon zu schlechte Erfahrungen gemacht, also lassen wir doch das Versteckenspielen, und treten wir dem Feinde männlich, wenn auch gewappnet, gegenüber, das ist unsere Pflicht. Die Socialdemokratie muß wieder werden, was sie früher war, eine Feindin der Religion, denn sie ist die einzige wirkliche Feindin derselben." Diese brutale Ehrlichkeit trifft den Kern der Sache. So denken die Redakteure der socialdemokratischen Blätter, sie wagen es nicht immer, sogleich offen damit hervorzutreten, aber ihre Urteile über Kirche und Geistlichkeit sind von dieser Anschauung beeinflußt.

Die Socialdemokratie ist in ihrem Kern und Wesen atheistisch und kann gar nicht anders sein als atheistisch, wie der Abgeordnete Bebel dies ausgesprochen hat. Wenn Liebknecht in Halle ausrief: „Unsere Partei leugnet alle Autorität im Himmel und auf Erden" — selbstverständlich mit Ausnahme der Autorität des Parteivorstandes —, so ist das die Wahrheit, und wenn er und seine Blätter hinterher volle „Gewissensfreiheit" verkündigen, so ist das auf Gimpelfang berechnete Taktik. Es giebt keine Veranstaltung des kirchlichen Lebens, die nicht in socialdemokratischen Blättern verhöhnt wäre. Ein jeder Skandal, der sich in Kirchen und Schulen oder bei einem Geistlichen oder einem Lehrer ereignet, wird vergrößert und mit Gehässigkeit durch die Zähne gezogen, auch eine jede Einrichtung der Inneren Mission, der christlichen Liebesthätigkeit und Volkswohlfahrtspflege verhöhnt, eine jede Kollekte begeifert.

Unter der Überschrift „Kongreß-Mißverständnis" schrieb der „Vorwärts" im Mai 1894: „Es läuft durch zahlreiche Blätter die Mär, einer der englischen Präsidenten hätte dem Internationalen Bergarbeiter-Kongreß „Gottes Segen" gewünscht und dadurch eine tiefe Entrüstung bei den kontinentalen Delegierten hervorgerufen. Das Thatsächliche war, daß der Präsident „good speek tho the Congress" gewünscht hatte, was ungefähr dem deutschen „Glück auf" entspricht, und nun einer der Delegierten das Wort „good" (gut) für „God" (Gott) gehalten hatte, und so ein Mißverständnis veranlaßte, das indessen in einer Viertelsekunde beseitigt war." So hätte sich denn der socialdemokratische Gottesleugner glücklich von dem Verdachte gereinigt, den

Namen Gottes in den Mund genommen zu haben. Gilt es aber, dumme Bauern zu fangen, so hüten sie sich wohl, den lieben Gott in einer Viertelsekunde zu beseitigen.

Mit Bezug auf die Sammelbücher des Leipziger Gustav Adolf-Vereins schreibt der socialdemokratische Leipziger „Wähler" 1895: „Das sauer erworbene Geld der Arbeiter namentlich aber werde um keinen Preis dazu verwendet, für überirdische Zwecke, wodurch er seine schmalen Bissen noch schmäler macht und zugleich jenen Geist der Unterthänigkeit und Knechtseligkeit weiter nähren hilft, der ein so großes Hindernis für die materielle Verbesserung der Lage des Proletariers ist. Man lasse also ruhig den Kelch an sich vorübergehen und die Klingelbeutelliste passieren! Es sollen ja freiwillige Spenden sein! Folglich gebe auch niemand, der nicht auf dem christlichen Boden steht! Niemand kann zween Herren dienen: wer für Aufklärung, Volksfreiheit und Verbesserung der irdischen Lage der Mühseligen und Beladenen ist, kann die reaktionäre Sache, die Sache einer rückständigen Weltanschauung, die Sache derer, welche das Volk bevormunden wollen, nicht unterstützen." — Der Satz: „Niemand kann zween Herren dienen" ist zweifellos richtig. Aber merken denn die Socialdemokraten nicht, daß damit der Satz: „Religion ist Privatsache" erwiesen wird als das, was er in der That ist, ein Mittel zum Bauernfange? Im Oktober 1894 brachte der „Vorwärts" folgende Berliner Lokalnotiz: „Was die sich wohl einbilden! Bürgerliche Blätter registrieren die wichtige Geschichte, daß bei der kürzlichen Richtfeier eines der vielen „Gotteshäuser" Berlins das Glas, welches der Polier nach altem Brauch vom Turme herabgeworfen, heil auf dem Erdboden angekommen sei. An diesen „höchst seltenen Fall" knüpfen die Organe des Gottes Mammon die Vermutung, daß „er so recht gemacht für abergläubische Seelen sei, dessen Ausschmückung sich auch die dichtende Volksseele nicht entgehen lassen werde." Als ob die „Volksseele" sich im socialdemokratischen Berlin überhaupt noch um kirchliche Richtfeste und Aberglauben bekümmerte. Auf dem Kalmus piepen wir schon lange nicht mehr!"

Eine besondere Art der Verhöhnung des Christentumes ist die, daß in den Festartikeln der socialdemokratischen Blätter die christliche Lehre geflissentlich parodiert wird. So schrieb der „Vorwärts" 1896 zum Osterfeste: „Christus starb am Kreuze, weil die Machthaber in ihm den Gleichheitsgedanken zu töten hofften. Der Socialismus, der den Gleichheitsgedanken auf dem Boden der modernen Kultur zu verwirklichen strebt, hat allen Anstrengungen der Machthaber getrotzt, spielend die Ketten zerrissen, die sie ihm geschmiedet, und eilt in lächelndem

Kraftgefühl, allen Widerstand der Feinde überwindend, dem Siege zu. Heute vor 1863 Jahren stand der Menschensohn, der Rebell für die Gleichheit, den die Machthaber ans Kreuz geschlagen, wieder auf und erhob sich aus seinem Grab. Am Tage, wo der internationale Socialismus das Doppeljoch des Mammon-Moloch abgeworfen und auf der Bastille des Kapitalismus das rote Banner der Menschheit und Menschlichkeit aufgepflanzt hat, feiert der millionenköpfige Menschensohn, das arbeitende Volk, seine Auferstehung!"

Das socialdemokratische Blatt hat bei seinem Vergleich die Hauptsache vergessen, nämlich das Wort Christi: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!" Die Gleichheit der Menschen vor Gott ist der Kern der christlichen Lehre, wofür Christus den Kreuzestod erlitten hat. Christus war erfüllt von unendlichem Mitleid, selbstlos und treu zog er dahin auf seinem dornigen Wege, nur Worte des Erbarmens und der Liebe klangen von seinen Lippen. Eine neue, edle Sittlichkeit wollte er lehren, die Befreiung des inneren Menschen von Sünde und Schuld schaffen, und weil er durchdrungen war von der Wahrheit des ewigen Gesetzes, daß die Schicksale verschieden sind wie die Charaktere, daß eine Gleichheit unmöglich ist unter Ungleichen, so wies er die Enterbten auf das Jenseits und die Verlorenen und Verkommenen auf den Ausgleich eines künftigen Daseins und auf die Gnade des barmherzigen Gottes.

5. Aufstellung der Klassenmoral.

Weder die Religion noch die auf Religion begründete christliche Moral gilt der Socialdemokratie als vernunftgemäß. Es ist eine „rückständige Weltanschauung", die beseitigt werden muß. Die socialistischen Blätter können auch bei ihrer nur der Erde und ihren Gütern zugewandten Gedankenwelt die Religion nicht wollen. Zeugnisse aus der socialdemokratischen Presse, welche für den christlichen Glauben eintreten, sind uns nicht bekannt, dagegen liegen sehr viele krasse Aussprüche gegen denselben vor. Von den rohen Lästerungen in socialdemokratischen Tageblättern und Flugschriften, wie z. B. im „Züricher Socialdemokraten", der im Jahre 1880 das Christentum eine „blödsinnige Religion" nannte, wollen wir absehen. Dasselbe Blatt sagt in Nr. 21 vom 25. Mai 1880: „Wenn Gott aus dem Gehirn der Menschen vertrieben ist, so fällt auch das Gottesgnadentum, und wenn der Himmel im Jenseits als große Lüge erkannt ist, so suchen die Menschen den Himmel im Diesseits sich aufzurichten; wer also das Christentum bekämpft, bekämpft damit zugleich den Kapitalismus." Bebel bekennt in seinem Buche über die muhammedanische und arabische Kulturperiode offen, daß für ihn die Entwickelung der Religion auf Abschaffung aller Religionen hinauslaufe, und daß die höchste Stufe der Atheismus sei. In seiner Schrift über „die Frau" sagt er bei Schilderung des glückseligen Zukunftsstaates, in dem es gar keine Verbrechen, weder politische noch gemeine, giebt: „Religionsschändung? Unsinn! Überlaßt dem „allmächtigen und allgütigen Gott" zu strafen, wer ihn beleidiget, vorausgesetzt, daß man sich um seine Existenz noch streitet." Liebknecht sagt im „Volksstaat" im Jahre 1874 Nr. 38 mit Bezug auf die Gotteslästerung: „Die Lästerung des Namens ist notwendig, um der Sache den Garaus zu machen."

Die Religion gilt den socialdemokratischen Blättern als größter Feind. Sie handeln nach der Losung: „Weder Gott noch Herr." Der

„Vorwärts“ druckte im November 1890 einen Artikel von Marx aus dem Jahre 1848 wieder ab. Darin wird die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glückes des Volkes als die Forderung seines wirklichen Glückes hingestellt. Die Kritik der Religion sei im Keime die Kritik des Jammerthales, dessen Heiligenschein die Religion sei. Es gälte, den Deutschen keinen Augenblick der Selbsttäuschung und Resignation zu gönnen, den wirklichen Druck müsse man noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Druckes hinzufüge. Glücklicherweise sei die deutsche Theorie für die positive Aufhebung der Religion. Die Kritik der Religion ende mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, da der Mensch ein niedriges, geknechtetes und verlassenes und verachtetes Wesen sei, Verhältnisse, die man nicht besser schildern könne, als durch den Ausruf eines Franzosen bei der projektierten Hundesteuer: „Arme Hunde, man will euch wie Menschen behandeln!“ Deutschland könne hiernach nur befreit werden, wenn es einsieht, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist, wenn der Gottesglaube geschwunden und das Bedürfnis, alles umzuwerfen, in die breiten Massen gedrungen ist. Das geistige Haupt der Socialdemokratie sah deshalb in der Religion die feindlichste Macht, weil sie dem Menschen ein inneres Glück, Zufriedenheit und Trost gewährt.*)

Nicht einmal die Freireligiösen finden Gnade in den socialdemokratischen Blättern, obgleich sie sich doch vielfach die Pflege der Socialdemokratie in ihren Kreisen angelegen sein lassen. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ sagt im Juni 1890: „Ein zielbewußter Arbeiter ist über alles Religiöse hinaus; schon wer eine allgemein giltige Moral predigt, ist ein gefährlicher Idealist. Es giebt nur eine „Klassenmoral“, und die „Wohlgesinnten“, die allgemeine moralische Forderungen aufstellen, führen in den Sumpf der wohlmeinenden Spießbürgerei. Sie nehmen dem Arbeiter seine revolutionäre Kraft und machen ihn zum beschaulichen Moralphilister“.

---

*) Ein alter Demokrat und keineswegs frommgläubiger Mann, Johannes Scherr, schrieb in seiner derben Weise: „Von dem, was in der Seele des Volkes vorgeht, des wirklichen und wesenhaften Volkes, welches mit dem in der Sudelküche communistisch-anarchistischer Hetzerei zurecht gemachten Abstraktum Volk nichts gemein hat, ja davon haben die Herren Materialisten nicht die entfernteste Vorstellung, kümmern sich auch nicht darum, sie wähnen dem Fortschritt zu dienen, indem sie die Erde entgöttern, d. h. der Menschheit ihre Illusionen nehmen, aber ohne Götter, Ideale und Illusionen ist der Mensch ein zweibeiniges, federloses Stück Vieh.“

Diese Klassenmoral läuft in allen Punkten so ziemlich auf das gerade Gegenteil derjenigen Forderungen heraus, welche die christliche Moral aufstellt. Nicht der Einzelne ist schuld an seinem Glück oder Unglück, sondern allein der Kapitalismus; die oberen Zehntausend verschulden alles Ungemach auf Erden. Die Zeitungen sorgen dafür, daß die Genossen die besitzenden Klassen nur nach schlechten, nicht nach guten Exemplaren kennen lernen. Auch der Weltschmerz, das Hadern mit dem unerbittlichen Menschenlose, das sich bei den Gebildeten wohl oft als grundsätzlicher Pessimismus in trüber, aber thatenloser Stimmung auslöst, wird in der Hand dieser Volksbefreier zur glühenden Kohle auf das Haupt der Bourgeois. „Vernunftgemäße Sitten" fordern sie und stoßen mit dieser Forderung, die allein den Verhältnissen der Gegenwart angepaßt sei, alle göttlichen und menschlichen Gebote um. Der „Verlumptheit" der gegenwärtigen Gesellschaft gegenüber befänden sich die Armen, die Arbeiter in einer Zwangslage. „Das Volk steht da," sagt der „Vorwärts" in seiner Weihnachtsbetrachtung vom Jahre 1891 „mit seinem tausendjährigen Schuldbrief, es verlangt keine Gnade, keine Barmherzigkeit, keinerlei Geschenk — nur Gerechtigkeit, aber man speist es ab mit nichtssagenden Worten." Die Urheber alles Unglücks, die Kapitalisten, die gebildeten Klassen werden mit einer Flut von Schimpfwörtern bedacht, die sich der Arbeiter schon wegen des Vergnügens an der kräftigen Ausdrucksweise merkt und mit denen er operiert. „Der Menschheit ganzer Jammer" ist vom Socialismus in das Schuldbuch der Bourgeoisie eingetragen, und täglich schwillt diese Schuld mehr an. Die Ehebrecher, die Verführer, die Diebe, die Betrüger, die Ausbeuter und Totschläger sind einzig und allein auf der Seite der Besitzenden zu suchen, auf der Seite der Arbeiter sind sie aus der Zwangslage überall und immer entschuldbar.

Das Wort von der „Profitwut des Kapitals" übt längst nicht mehr die gewollte Wirkung (Vergl. Wolf, „Socialismus" S. 582). Man bringt daher neue Kraftworte auf, wie z. B. „jene genugsam konstatierte diabolische Kapitalistenselbstsucht," „die teuflische Sucht des Unternehmertums, die Genußfähigkeit der Arbeiterschaft recht tief hinabzuschrauben" (Vorwärts 17. Juni 1892). Ist der Bourgeois gemeinhin „Pflastertreter", „höherer Bummler", „Couponabschneider von Profession", „Börsenspieler" (Vorwärts 16. Juni 1892), so ist der Unternehmer im besondern „Händler in Kinderfleisch, das eben billiger ist als erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen." (Vorwärts 4. März 1892). Der Mordprozeß Heinze ist „ein Symptom des Verfalles der bürgerlichen Gesellschaft" (Vorwärts 3. März 1892), und „das folgerichtige

Ergebnis bürgerlicher Moral, bürgerlicher Socialreform, bürgerlicher Gesetzgebung ist Hurenhaus und Lattenarrest" (Vorwärts 3. März 1892). „Die Socialdemokratie aber ist die Liebe."

Die „neue Moral" giebt das Mittel zur Untergrabung und Erschütterung jeder festen, gewerblichen Organisation. Sie ist keineswegs neu, sondern wurde schon von Robespierre in ihrem grundlegenden Satz verkündigt: „Jeder Mann, der eine autoritäre Stellung bekleidet, ist verdächtig der Volksbedrückung und Volksausbeutung und danach zu behandeln." „Wer gehorcht, ist ein Feigling." „Haß, unauslöschlichen Haß gegen die Unterdrücker", lauten die Gebote dieser Moral. Es ist ein Verfahren, das nahezu ans Verbrecherische streift, wenn heutzutage auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Maxime angewendet und auf den Schleichwegen einer heillosen Propaganda in die Geschaftsräume gewerblicher Unternehmungen hineingetragen wird, daß jedes Gehorchen, jedes Sichfügen des Arbeiters eben nur als ein Sichduckenmüssen vor der Gewalt des augenblicklich stärkeren Unternehmers, des „Ausbeuters" entschuldigt sei, sonst aber als Verrat am Klasseninteresse der „Enterbten" gelten müsse. Gegen die Männer der Arbeit, die im höchsten Sinne des Wortes diese Bezeichnung für sich in Anspruch nehmen dürfen, gegen die Männer, die Arbeit zu schaffen, zu organisieren, zu leiten berufen sind, führt die socialdemokratische Presse als gegen das profitwütige Unternehmertum einen Krieg bis aufs Messer, den Arbeiter dagegen sucht sie mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß das Verhältnis in dem er steht, eine Folge von Ungerechtigkeit, Gewaltthat und Ausbeutung sei, wogegen der „zur Sittlichkeit gereifte" und klassenbewußte („fachvereinlich" zu organisierende) Arbeiter sich mit allen Kräften zu wehren habe. So wird der Krieg aller gegen alle in das gewerbliche Leben hineingetragen, statt Vertrauen Mißtrauen gesät, statt Friede an den Arbeitsstätten Unfriede geschaffen. Die nationale Arbeit wird damit, abgesehen von der Sittlichkeit des Einzelnen, untergraben und geschädigt.

Man kann ohne eine Übertreibung zu begehen, die Behauptung aufstellen, daß der Wahlspruch der socialdemokratischen Blätter bei ihrer Beurteilung der öffentlichen Zustände ist: „Alles tadeln, nichts anerkennen." Greift die Polizei oder die Staatsanwaltschaft bei irgend einer kleinen oder großen Ungesetzlichkeit mit Nachdruck ein, so heißt man sie in socialdemokratischen Zeitungen mindestens brutal. Der Beamte wird als der „Scherge der rohen Gewalt" verächtlich gemacht. Geschieht es dagegen bei irgend einer Gelegenheit, wo es der Socialdemokratie genehm ist, sich zur Hüterin von Recht und Sittlichkeit aufzuwerfen,

daß der Staatsanwalt oder der Schutzmann nicht sofort am Platze ist, so werden sie der Unfähigkeit und Nachlässigkeit geziehen.

Wenn ein Lehrer einem ungezogenen Jungen die Hiebe, die er verdient hat, giebt, so wird darüber Lärm geschlagen, als ob die Menschenwürde verloren gegangen wäre. Aber wenn eine Rotte unreifer Buben einen Wehrlosen lebensgefährlich mißhandelt, so wird darüber kein Wort verloren. Wachen die Verwaltungsbehörden über die Arbeiterschutzbestimmungen, so werden sie hämisch verdächtigt, daß nur das Übermaß von Gesetzlosigkeit der Arbeitgeber sie aus ihrer Gleichgültigkeit herausgerissen habe. Wollen sie durch Aufrechterhaltung bewährter Sitten die Lasten für den Unbemittelten erleichtern, so sind sie schlimmer, als die Chinesen hinter ihrer Zeit zurückgeblieben. Natürlich haben die Behörden nie das Wohl der Allgemeinheit im Auge, sondern dienen den Klassen-Interessen. Der Geistliche ist beschränkt oder ein Heuchler, der Arbeitgeber unter allen Umständen ein Ausbeuter. Und wenn er menschlich an seinen Leuten Anteil nimmt und noch so opfer- und hilfsbereit ist, so wird er erst recht verhöhnt, daß dies eine durchsichtige Maske sei und solche elende Brocken nicht genügen.

Am heftigsten mitgenommen werden die religiösen oder wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitern, die nicht zur Socialdemokratie schwören. Die evangelischen Arbeitervereine und die Vereine christlicher junger Männer werden lächerlich gemacht. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die durch den Zusammenschluß der Arbeiter nach Berufszweigen, insbesondere auch durch Gründung von Unterstützungskassen und Arbeitsnachweis ihre Lage zu verbessern suchen, werden der Feigheit beschuldigt und verhöhnt, lediglich weil sie auf dem Boden der geltenden Staats- und Wirtschaftsordnung stehen und eine vernünftige Einigung mit dem Arbeitgeber wünschen. Daß sie ihren Mitgliedern mehr bieten als die socialdemokratischen Genossenschaften und Fachvereine, macht sie der Socialdemokratie nur unbequem.

Die Zufriedenheit nennt Liebknecht „das erbärmlichste und schändlichste Laster" und die socialdemokratische „Brauerzeitung" schreibt im November 1895: „Nicht zufrieden sein dürfen unsere Collegen mit dem, was ihnen Gott beschieden, sondern äußerst unzufrieden mit dem gegenwärtigen Zustande, unter dem sie zu leiden haben. Zufriedenheit ist der Ausdruck geistiger Verdummtheit, ist moralischer Tod, bedeutet für die Arbeiterklasse geistige und körperliche Vernichtung. Zufriedenheit der Arbeiter ist das Ideal aller profithungrigen Unternehmer, aller prassenden Junker und heuchlerischen Pfaffen. Letztere predigen die

Zufriedenheit nicht im Interesse der ewigen Seligkeit der armen Arbeiter, sondern in dem aller besitzenden, nach Reichtum und Wohlleben dürstenden Arbeiterausbeuter im Klassenstaat." — Socialdemokratische Blätter veröffentlichen ein Proletarier-ABC, welches lautet: „Arbeite, bete, crepiere, dulde, entbehre, folge gerne, heule, klage nicht, leide Marter, Not, opfere, peinige, quäle, rackere, schinde, töte dich, unbetrauert verdorre, welke zeitig."

Es ist nach der Lehre dieser Presse den socialdemokratischen Arbeitern im Kampfe gegen das Unternehmertum erlaubt, die sittlichen Gebote mit Entschuldigung zu übertreten. Bei einem Einbruch auf einem Gut in der Provinz Sachsen wurden 80 Pfund Fleischwaren gestohlen. Die „Magdeburger Volksstimme" schrieb dazu: „Der Hunger scheint die Veranlassung zu diesem Diebstahl gewesen zu sein." (25. Januar 1895.) Als der Kaiserliche Gnadenerlaß vor seiner Veröffentlichung von drei Dieben gestohlen und dem „Vorwärts" überbracht worden war, sagte Liebknecht im Reichstage, diesen flagranten Vertrauensbruch beschönigend, von den Stehlern: „Sie sind Männer von Ehre, Männer vor denen wir Respekt haben, denn sie glaubten ihrer Partei zu dienen". Er bezeichnete sie als „unschuldige Opfer einer rachsüchtigen Klassenjustiz" und fügte hinzu „unsere Moralität besteht einfach darin, daß wir Hallunken packen, wo wir sie kriegen können."

Der Parteizweck heiligt die Mittel und je verwerflichere Praktiken jemand anwendet, um der Partei zu dienen, desto gewisser kann er sein, Ruhm und Ehre zu erwerben. Nach dieser Klassenmoral werden auch diejenigen Genossen entschuldigt, die Meineide geschworen haben, um andere Genossen vor Gefängnißstrafen zu schützen. „Was hat denn der Mann eigentlich verbrochen?" bemerkte der „Socialdemokrat" (Nr. 15. 1886) „er hat gelogen, wissentlich eine Unwahrheit gesagt. Warum? Um einen Freund von der Strafe zu befreien. Wir haben schon früher erklärt, daß wir in solchen Fällen den Meineid als entehrende Handlung nicht betrachten können und erhalten das aufrecht." Ebenso leicht findet sich ein Dispens vom Fahneneid. „Wir pfeifen auf die Heiligkeit des Eides," schrieb vor drei Jahren ein socialdemokratisches Blatt, „wir bekämpfen den Eid wie alle Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft; Moral, Ehre und Wahrheit anerkennen wir nur im proletarischen Sinne, die bürgerlichen Begriffe sind für die Arbeiterklassen nicht maßgebend." In der Wahlagitationsnummer des „Vorwärts" Ende Juni 1878 heißt es: „Arbeiter, gebt euer Ehrenwort, euere Unterschrift ab, um das Ehrenwort zu brechen, um die Unterschrift zu verleugnen!" — Die Ehe ist nach dem Kodex der Klassenmoral eine wirtschaftliche Angelegenheit,

sie soll aber doch andererseits nur durch die heutigen Erwerbsverhältnisse dazu herabgesunken sein. Auch sie fällt unter die Forderung: „Abschaffung aller gesetzlichen Maßnahmen, welche gegen die natürliche, vernunftgemäße Sitte gehen.“ Die Ehe verstoße gegen die vernunftgemäße Sitte wegen der Sanktionierung der Kirche und wegen der elterlichen Zustimmung. Solche Maßnahmen sollen abgeschafft und „den heutigen Verhältnissen angepaßt werden.“

Die Schädigung der öffentlichen Moral durch derartige Leistungen der socialdemokratischen Presse ist unausbleiblich. Man giebt dem Diebstahl und Meineid eine Art Freigeleit und einen Wink für die Verteidigung vor Gericht. Dieselben Leute, deren Geschäft es ist, die Splitter in den Augen der gebildeten und besitzenden Klassen herauszusuchen, sehen nicht den Balken im eigenen Auge. Indem sie sich als Wächter der Moral gegenüber der bürgerlichen Klasse geberden, wenden sie keineswegs den Maßstab ihrer eigenen Moral an, welche die Untugenden zu entschuldigen versteht, sondern den Maßstab der christlichen Moral, den sie von sich abweisen, aber für die gebildeten Klassen anlegen. Das Amt von Sittenpredigern gegen die Unmoral von Besitzenden erstreckt sich auf jede Soldatenmißhandlung, auf jede unsittliche Handlung, auf jede Arbeitermaßregelung, auf jede Heiratsannonce in bürgerlichen Blättern und dergleichen. Man hat beim Lesen der socialdemokratischen Presse das Gefühl, daß sie in der Ausschmückung besonders schmutziger Dinge sogar ein Behagen hat, und daß jeder Fall menschlicher Sündhaftigkeit, Schwäche und Bosheit ihr ein gefundener Anlaß ist zu boshafter Schilderung und zu tugendhafter Deklamation.

In diese Deklamation fließt natürlich ein gut Teil Frivolität mit unter. Ein Beispiel für viele: Eine socialdemokratische Zeitung hatte im Mai 1895 bei dem Spüren nach Schäden in der Gesellschaft in einer bürgerlichen Zeitung eine Heirathsannonce gefunden, worin ein Mann die Bekanntschaft eines jungen Mädchens machen wollte, und hatte die Annonce als einen Beweis für unsere „faulen und verrotteten“ Verhältnisse festgenagelt. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß die Annonce von einem Genossen herrührte, und das Blatt war so ehrlich, dies einzugestehen und diesen Anhänger von sich abzuschütteln. Ein solches unsolidarisches Verhalten wurde in der „Neuen Zeit“ verurteilt. Es hieß da zum Schluß: „Drastischer konnte sich die Schiefheit der Auffassung, die in weiten Kreisen der Partei in Bezug auf die Stellung zu den hier berührten Fragen nicht kundgeben. Nichts haben wir davon gelesen, daß der

Aufgeber der Annonce etwa ein Händler in Menschenfleisch oder ein Heiratsschwindler war. Er scheint nur den frevlen Wunsch gehabt zu haben, es, wie Lessing sagen würde, auch einmal gut zu haben wie andere Menschen." Das ist die Moral der oberen Socialdemokratie. Die „Neue Zeit" führt dann weiter aus, daß nicht recht abzusehen sei, warum die Socialisten sich für ein Verbot der Heirathsannonce erwärmen sollten, dann könnte man auch die Tanzböden verbieten, weil sie mindestens so unmoralisch seien, wie der Durchschnitt der Heiratsannoncen, natürlich nicht — wie salvierend bemerkt wird — wegen der freien, auf sittlicher Zuneigung beruhenden Verbindung zwischen Arbeiter und Arbeiterin, sondern wegen der Ausbeutung der Leichtgläubigen durch Heiratsschwindler 2c.

Daneben beansprucht diese Presse ganz naiv ein moralisches Ausnahmerecht für sich selbst. Es giebt keine Beschönigung, die sie nicht für Verbrechen, die von Socialdemokraten und Anarchisten begangen wurden, angewandt hätte; je gehässiger sie die Sünden der bürgerlichen Kreise verurteilt, desto wohlwollender behandelt sie die Sünden der Parteigenossen. Jeder Durchgänger der besitzenden Klassen, jedes Sittlichkeitsvergehen wird festgenagelt mit einem triumphierenden „Wieder einer!" Von den Durchbrennern, Schwindlern und Unzuchtsverbrechen im eigenen Lager wird nicht viel Aufhebens gemacht. „Die Anarchisten sind überzeugungstreue Leute" sagt Singer, „sie könnten ebenso gut Ehrenmänner sein wie konservative Politiker," und in den Blättern ist dies der stehende Ton. Wo soll es hinführen, wenn ein solcher Mangel an sittlichem Urteil, solche sittliche Begriffsverwirrung sich den Massen mitteilt, wenn diese hören, daß ein wegen Hochverrates, Massenmordes, wissentlichen Meineides und Beschimpfung der christlichen Kirche verurteilter Zuchthäusler wie der Anarchist Neve in socialdemokratischen Zeitungen als „Ehrenmann" bezeichnet wird!

Über das Weihnachtsfest ließ sich das offizielle Parteiorgan, der Berliner „Vorwärts", 1890 wie folgt, aus:

„Wenn in den einzelnen Arbeiterfamilien zu Weihnachten beschert wird, soweit es die knappen Mittel erlauben, wenn im Hause der flitterbehangene Tannenbaum umtanzt wird und für eine Weile die Sorge zurückgebannt, so mag man das dem heidnisch-christlichen Herkommen zuschreiben; wenn aber die klassenbewußten Arbeiter sich zu einer Weihnachtsfeier vereinigen, so hat dies eine andere Bedeutung. Dann muß dieses Fest für sie einen Inhalt bekommen haben, den es bisher geschichtlich nicht besessen hat. Der religiöse Glaube, das Wohlthun im bürgerlichen Sinne, die Illusion des Vergessens der gesellschaftlichen Unterschiede: alles

das ist nicht ihre Sache. Wohl haben sie einen Glauben, nicht an einen Vater im Himmel und an eine Vergeltung im Jenseits, doch den Glauben an den Sieg unserer Sache, einen Glauben, der sich stützt auf die gefestete, zweifellose Wissenschaft: die alten heidnischen Vorstellungen sind so nur noch ein eingehender Gegenstand der geschichtlichen Betrachtung. Dem Christentum können wir nicht einmal so kühl gegenüberstehen, da es — das heißt nicht der christliche Glaube, sondern die äußere Organisation der Kirche — uns heute als der treue Bundesgenosse des Kapitals und des Klassenstaates gegenübersteht; aber auf die Befreiung vom Kapital, auf das Ende einer unvernünftig gewordenen Produktionsordnung zu hoffen, für dieses Werk die Kraft und den Mut zu stählen: zu diesem Zweck feiert das Proletariat sein Weihnachtsfest."

Der Kampf gegen das Kapital ist also die ganze Religion der Socialdemokratie. Das Weihnachtsfest lassen sie zur Not als alte, heidnische Gewohnheit gelten. Freilich „für die Agitation soll die Religion, der christliche Sinn geschont werden." „Die gefestete, zweifellose Wissenschaft," daß es nämlich keinen Gott, keinen Erlöser giebt und die wahre Religion in der richtigen Verteilung der irdischen Genüsse besteht, die ist nur für die gottlosen Stadt-Proletarier.

Wie ganz anders werfen sich die socialdemokratischen Blätter in die Brust, wenn es daran geht, den 1. Mai, das große Arbeiterfest und den Weltfeiertag, zu feiern. Die socialdemokratische „Berliner Volkstribüne" schreibt — April 1890 —: „Die Thatsache, daß zu derselben Stunde die Räder auf dem weiten Erdenrunde stillstehen und zwar auf Geheiß des simplen, unbedeutenden Arbeitsmannes, der einmal sich selbst gehören will, diese Thatsache scheint uns das wahrhaft Großartige, Imposante an der Feier zu sein. Wie wird es der Bourgeoisie vor ihrer eigenen „Gottähnlichkeit" bange, wenn sie vernimmt, daß die größten Fabrik-Etablissements am 1. Mai feiern mußten, weil die Arbeiter einmal die Arbeitslast von ihren Schultern schütteln mußten. Kraft ihrer gewaltigen Organisation hat die Socialdemokratie dann den alten christlichen Kalender verbessert. Sie hat ein neues Ostern eingeführt, das fröhliche Auferstehungsfest der Arbeiterklassen. Nicht offizielle Festrednerei, nicht lärmende Demonstration, sondern stillstehende Fabriken zeigen euere ganze Stärke. Lasset die Säbel da draußen rasseln, ihr Gerassel bringt doch nicht Maschinen in Bewegung, welches nur euer starker Arm vermag. Ihr zeigt damit, daß das ganze Wirtschaftsgetriebe von euch abhängt, und das ist die Hauptsache."

Die socialdemokratischen Trompetenstöße vor und nach der Maifeier nehmen sich wunderlich aus. Sie muten den Leser an wie das

Geschrei der Ausrufer vor leeren Meßbuden. Seit sieben Jahren schon giebt die Socialdemokratie sich die größte Mühe, den von der Leitung der socialrevolutionären Internationale dekretierten „Weltfeiertag" einzuführen; von Jahr zu Jahr zeigt sich aber, daß ein aufgezwungener Feiertag, der noch dazu nur für eine gesonderte Berufsklasse gelten soll, keinen Boden in der Bevölkerung findet. Liest man freilich die Berichte der socialdemokratischen Blätter, so muß man glauben, die „Maifeier" sei fest begründet. Allein man darf nur einmal die Mai-Bulletins all der sieben Jahre zusammenhalten, dann sieht man, wie die socialdemokratische Parteileitung die bisherigen Mißerfolge hinter Phrasen verbirgt. Die Zusammenstellung mag zugleich als Beispiel dienen von der Rüstkammer hoher Worte, über welche die socialdemokratische Presse verfügt.

Nach der ersten Maifeier im Jahre 1890 schrieb das „Berliner Volksblatt" (jetzt „Vorwärts") in Nr. 101: „Die Arbeiter ließen sich durch diese Ausbrüche der Wut und der Ratlosigkeit nicht beirren. Sie feierten ihren Maitag. Waren auch viele von ihnen genötigt, am 1. Mai zu arbeiten, das that der Feier keinen Abbruch. Worauf es ankommt, war, daß alle da waren. Und sie waren da . . . Das erste Maifest der internationalen Arbeit war ein Erfolg, wie er vollständiger und großartiger nicht gedacht werden kann . . . Alljährlich werden von nun an die Proletarier ihr Maifest abhalten."

Im Jahre 1891 schrieb der „Vorwärts" (Nr. 102): „Die Arbeiter haben ein Fest — ein Weltfest, wie kein Staat, wie keine Kirche (siehe im Bericht von 1892 den Vergleich mit Pfingsten) es je zu begründen vermocht hat, noch je vermögen wird — ein Weltfest, an dem die Enterbten und Geknechteten aller Nationen der Erde in Gemeinschaft des Denkens und Fühlens ihre Forderungen aufstellen, ihren Willen bekunden und über die Grenzpfähle einer verfaulenden Hochkultur hinweg sich die Bruderhand reichen." (Nr. 103): „Die Maifeier gestaltete sich überall zu Volkskundgebungen von überwältigender Wirkung."

Im „Vorwärts" Nr. 103 vom Jahre 1892 war zu lesen: „Thatsächlich ist die Maifeier trotz des schlechten Wetters so imposant ausgefallen, wie, hinsichtlich der Massenteilnahme mit ihr verglichen, allenfalls nur das Pfingstfest in Betracht kommen kann . . . Keiner großen Phantasie bedarf es, um zu sagen, daß man den 1. Mai in nicht zu ferner Zeit auch zum gesetzlichen Feiertag erheben wird."

Anno 1893 brachte der „Vorwärts" in Nr. 101 den folgenden Trompetenstoß: „Wie wütend sich die Gegner geberden, es beweist uns nur, daß wir vorwärts gehen, daß wir nicht stillstanden oder zurückgingen; die Verfolgungen, mit denen die klassenbewußte Arbeiterschaft überschüttet wird, sie sind ein Unterpfand dafür, daß die alte Gesellschaft ihrem Ende zueilt. Am deutlichsten wird ihr das alljährlich am 1. Mai, deshalb haßt und schmäht

sie ihn, deshalb verfolgt sie die Mai-Manifestationen. Aber das klassenbewußte Proletariat aller Länder spottet ihrer Verfolgungen, und wenn demnächst erfüllt ist, was wir heute erstreben und erkämpfen, wenn die Menschheit erlöst worden ist vom socialen Elend und durch die Lande die Freiheit segenspendend geht, ledig der Ketten, in die man sie heute schlägt, dann wird der 1. Mai zum Feiertag der gesamten Menschheit geworden sein, wie er heute bereits ist: der Weltfeiertag der klassenbewußten Arbeiter aller Berufe."

Der „Vorwärts" Nr. 101 von 1894 ließ sich also vernehmen: „Mit voller Befriedigung kann das klassenbewußte Proletariat auf den gestrigen Tag zurücksehen. Die große Gemeinde der Arbeiter, welche sich selbst Gesetze giebt, versteht auch nach ihnen zu handeln, dies hat wieder der 1. Mai bewiesen . . . Eine große herrliche Heerschau war es, die das klassenbewußte Poletariat am gestrigen Tage abgehalten hat, den untrüglichen Beweis ihrer Disciplin, ihrer Siegeszuversicht und damit auch das Unterpfand ihres endlichen Sieges hat es erbracht."

Der „Vorwärts" von 1895 (Nr. 102) brachte folgende Ausführung „Und jedes neue Maifest, dessen wir uns seit jenen sechs Jahren erfreuten, hat immer aufs neue und jedesmal deutlicher gezeigt, daß der Gedanke, der in Paris die Männer der Arbeit vereinte, den Erdball längst umkreist hat, in immer fernere Länder gedrungen ist; daß er Proletarierscharen aller Zonen und aller Zungen unserer gerechten Sache gewonnen und ihre Herzen entzündet hat . . . Die Begeisterung, die auf der ganzen Welt Millionen von Proletarierherzen an demselben Tage, in einem Gedanken und einem Streben zusammenschlagen ließ, läßt sich nicht schildern mit dürren Worten."

Und nun schließlich zum „Vorwärts" vom Jahre 1896. Hier heißt es in Nr. 103: „Unsere auf die Nachrichten aus den verschiedenen Ländern sich stützende Bemerkung, das die siebente Feier des Weltfestes der Arbeit an Umfang und Massenhaftigkeit der Teilnahme die vorjährige Feier ebenso übertreffen werde, wie diese jede andere ihrer Vorgängerinnen übertroffen hat — ist im vollsten Maße erfüllt worden . . . Alle Meldungen stimmen darin überein, daß die Versammlungen und Festlichkeiten durchschnittlich so zahlreich besucht waren, wie in keinem früheren Jahre . . . Die überaus zahlreiche Teilnahme, deren sich sowohl die Versammlungen als auch die festlichen Veranstaltungen erfreuten, ist ein sicherer Beweis dafür, daß der erste Mai, dem protzenhaften Widerstande des Unternehmertums zum Trotz, mehr und mehr den Charakter eines echten und rechten Volksfestes annimmt."

6. Offenbare Geschichtsfälschung.

Die in der socialdemokratischen Presse sich findenden Geschichtsfälschungen haben meist die Tendenz, den Genossen in Paris sich möglichst angenehm zu machen. Denn je mehr diese Vertrauen gewinnen zu den deutschen Socialdemokraten und je mehr die sociale Republik an der Seine von der Überzeugung durchdrungen ist, daß im Falle eines Krieges Deutschland nicht mehr so stark sein wird wie 1870, desto größer ist die Kriegsgefahr, je größer aber die Kriegsgefahr für Deutschland ist, desto mehr darf die socialdemokratische Partei bei ihren Ausschreitungen auf dilatorische Behandlung rechnen. Ehe Deutschland nicht mit seinen äußeren Feinden fertig geworden, kann es den inneren Feind nicht mit Nachdruck bekämpfen.

So haben also von der Völkersolidarität die socialdemokratischen Agitatoren in Deutschland einen greifbaren Vorteil, und um dieses Vorteils willen muß den Franzosen immer wieder etwas Angenehmes gesagt werden. Dabei weisen die socialdemokratischen Blätter mit großer Empfindlichkeit den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zurück. Um ihre Gesinnungen zu rechtfertigen, versuchen sie das Kunststück auf sophistische Weise. Um zu beweisen, wie sehr die Socialdemokratie vaterlandsfreundlich ist, greifen die socialdemokratischen Blätter auf die Geschichte des deutschen Parteiwesens und der Einigkeitsbestrebungen zurück. Bei diesem patriotischen Bauernfange geht es wie bei dem politischen, wie bei der Landagitation. Notorische Dinge werden geleugnet, die Wahrheit wird auf den Kopf gestellt, und endlich erscheint selbst die Socialdemokratie im patriotischen Lichte. Um die Haltung der Socialdemokraten gegenüber der Begründung des Deutschen Reiches und den Ereignissen des großen Krieges zu rechtfertigen, wird immer wieder das alte Märchen von der gefälschten Emser Depesche aufgewärmt und behauptet, der französische Krieg sei vom Fürsten Bismarck hervorgerufen worden.

Welche Bewandtnis hat es mit der Emser Depesche? Die Depesche sollte die Vorgänge in Ems, namentlich die unerhörten Forderungen des französischen Botschafters Benedetti und deren Zurückweisung durch König Wilhelm dem preußischen Gesandten und auch der Presse mitteilen. König Wilhelm hatte die Veröffentlichung dem damaligen Bundeskanzler Grafen Bismarck durch den Wirklichen Geheimen Legationsrat Abeken anheimstellen lassen. Nach den offiziellen Aktenstücken, die vom Reichskanzler, Grafen Caprivi, am 23. November 1892 im Reichstage vorgelesen wurden, ergiebt sich: daß die für die Öffentlichkeit bestimmte Mitteilung aus Ems vollständig dem Sachverhalt entsprach. Auch nicht ein unrichtiges Wort ist darin enthalten. Was der König gesagt hatte, war von Bismarck knapp zusammengefaßt worden. Einige scharfklingende Ausdrücke der Depesche hat Graf Bismarck in seiner Fassung sogar gemildert. Daß der „Vorwärts" es wagt, die Depeschen des Geheimrat Abeken und die darauf vom Grafen Bismarck veröffentlichte Depesche neben einander abzudrucken (Juli 1895) und dann noch von einer Fälschung zu reden, beweist, daß er auf die Urteilslosigkeit und den Mangel an historischem Sinn bei seinen Lesern bauen zu dürfen glaubt. Dabei zieht der „Vorwärts" einen Aufsatz des berühmten Geschichtsforschers Professor v. Sybel aus der Historischen Zeitschrift heran, während doch Professor v. Sybel das gerade Gegenteil von dem, was der „Vorwärts" ihm in den Mund legt, gesagt hat. Klipp und klar führt Professor v. Sybel aus, Bismarck habe gar keine Zusätze erfinden können, da er mit den früheren Vorgängen in Ems seit dem 12. Juli unbekannt gewesen sei. Mehrere Stücke der Depesche seien völlig ungeeignet zur Veröffentlichung gewesen. Die Streichung Bismarcks hätte nur die Milderung des Textes bewirkt. Der übrig gebliebene Rest der Emser Depesche sei der wörtlich genaue Inhalt des Telegramms.

Wie die Welt damals über die Ursache des Krieges dachte, zeigt die Auslassung der „Times" bei Ausbruch des Krieges: „Ein ungerechter, absichtlich angelegter Krieg ist erklärt, das letzte Ergebnis des persönlichen Regimentes Napoleons; die Sympathie der Welt ist auf deutscher Seite." Auch die Franzosen haben auf Grund von Briefen und persönlichen Erinnerungen nachgewiesen, daß dem damaligen Ministerium Gramont-Ollivier die Verantwortung für den Krieg zur Last falle. Die französischen Forscher stimmen darin überein, daß nicht der böse Bismarck, der noch am 6. Juli ruhig in der Sommerfrische in Varzin saß, den Krieg entzündet, sondern daß er nur den von dem leichtsinnigen Napoleonischen Regiment zugeworfenen Ball geschickt auf-

gefangen hat. Man vergleiche damit die von Liebknecht angestiftete und in der Socialdemokratie fortwährend unterhaltene Geschichtsfälschung mit Bezug auf die Emser Depesche.

Die tendenziöse Redaktion der Depesche über die Vorgänge in Ems vom 13. Juli 1870 durch Bismarck soll den Krieg erregt haben. Der „Vorwärts" behauptet: „Gewiß — Bismarck und Bonaparte hatten seit 11 Jahren mit einander gemogelt. Ehe Bismarck als Gesandter nach Paris ging, hatte er sein Programm cynisch dahin entwickelt „Österreich aus Deutschland werfen, das linke Rheinufer an Frankreich," und in Paris, Plombières und Biarritz war der saubere Pakt geschlossen worden. Mit Hülfe Bonapartes wurde Österreich im Jahre 1866 durch den nationalen „Bruderkrieg" aus Deutschland hinausgeworfen, aber mit dem Rheinufer ging es nicht so leicht. Sei es, daß Bismarck nicht konnte oder nicht wollte — Napoleon forderte vergeblich den ausbedungenen Lohn, und Bismarck, „wie das Mode ist unter derartigen Spießgesellen", suchte den unbequemen Mahner um den versprochenen Lohn zu betrügen! Die spanische Thronkandidatur eines Hohenzollern wurde in Scene gesetzt. Seit zwei Jahrhunderten beansprucht Frankreich ein Recht der Einmischung in spanische Thronangelegenheiten. Die Hohenzollernkandidatur war daher eine Provokation. Bonaparte sollte gereizt, zum Kriege gehetzt werden, damit Bismarck in einem „nationalen" und „heiligen" Krieg durch das Blut Hunderttausender die Schande und das Verbrechen des Landesverrates auslöschen könne." „Der Krieg ist durch die Emser Depesche verursacht und zur Notwendigkeit gemacht worden." Der „Vorwärts" nimmt dabei nicht Anstand, seinen Lesern mitzuteilen, Kaiser Friedrich habe den Fälscher der Emser Depesche genau so beurteilt wie der „Vorwärts". „Die spanische Thronkandidatur seitens des Hohenzollern sei ein fein eingefädelter Plan gewesen, um Napoleon zum Kriege zu bringen," behauptet auch Bebel in seiner Etatsrede Dezember 1895.

Eine andere Behauptung Bebels und der socialdemokratischen Presse, die ebenfalls darauf hinausläuft, Deutschland ins Unrecht und Frankreich ins Recht zu setzen, geht dahin, daß es von König Wilhelm abgehangen habe, nach der Schlacht bei Sedan den Krieg als beendigt anzusehen. Bebel weiß doch sonst in der republikanischen Geschichte Bescheid, sollte es ihm nicht bekannt sein, daß die Regierung, welche sich nach dem Sturz des Napoleonischen Kaisertums in Paris etablierte, unter der ausdrücklichen Voraussetzung gebildet wurde, den in Frankreich stehenden Feind vom heimischen Boden zu vertreiben? Die Pariser Bevölkerung, welche in Frankreich auch jetzt noch

tonangebend ist, glaubt die Niederlage bei Sedan lediglich auf das Schuldbuch des Napoleonischen Kaisertums setzen zu müssen. Von der Republik erwartete sie Segen. Sie hat sich zwar gewaltig getäuscht, aber deshalb kann doch Kaiser Wilhelm I. unmöglich dafür verantwortlich gemacht werden, daß auch nach Sedan der Krieg noch fortdauerte. Auch wenn Elsaß-Lothringen nicht zurückgefordert wäre, was in militärischer mehr als in politischer Hinsicht ein Fehler gewesen wäre, würde die französische Eitelkeit keine Regierung geduldet haben, die nicht die Niederlage von Sedan wieder wett zu machen versucht haben würde. Bebel meint freilich: „So lange Deutschland eine Geschichte habe, sei niemals ein so großer Fehler gemacht worden wie diese Annexion."

Eine weitere Geschichtsverdrehung verübt Bebel dadurch, daß er sagt (Dezember 1895): „Die deutsche Einheit ist nicht von den deutschen Fürsten ausgegangen, sondern von dem deutschen Volke." Die Gesinnungsgenossen der Socialdemokratie von 1848 stellt die socialdemokratische Presse als diejenigen hin, die sich damals besonders national gezeigt hätten. Waren es denn nicht die Kommunisten und Demokraten, die damals mit derselben Wut gegen die Mauern der Paulskirche getobt haben, wie heute die Socialdemokraten gegen die übrigen Gesellschaftsklassen? Waren sie es nicht, welche die Barrikadenkämpfe in Frankfurt a. M. herbeiführten, den General von Auerswald und den Fürsten Lichnowsky ermordet haben? Und als sie 1849 in Baden und Hessen eine aussichtslose Erhebung machten, (Herr Liebknecht war auch dabei!) da schwebte ihnen die Einheit Deutschlands als Kantönli-Republik, aber nicht als Reichseinheit vor.

Geschichtsfälschungen finden sich in der socialdemokratischen Presse auch mit Bezug auf die Pariser Kommune. Jedesmal zum 18. März, an welchem die Berliner Socialdemokratie nach den Gräbern der Märzgefallenen des Jahres 1848 hinauspilgert, wird auch in den socialdemokratischen Blättern der Gedenktag des Kommune-Aufstandes gefeiert. Das Schreckensregiment begann bekanntlich mit der Erschießung der Generale le Comte und Thomas. Am 26. März wurde die Kommune förmlich proklamiert und nun herrschte bis zum Mai über die unglückliche Stadt eine Schar von unsinnigen Schwärmern, grausamen Fanatikern, die sich durch Diebe, Brandstifter und Gesindel aller Art verstärkte. Erst mit Hülfe der aus Deutschland zurückgekehrten Kriegsgefangenen gelang es der Versailler Regierung, den Aufstand in blutigen Straßenkämpfen zu brechen. Die deutsche Socialdemokratie feiert den 18. März wie einen patriotischen Gedenktag und verherrlicht die Thaten der Pariser Kommunarden; socialdemokratische Zeitungen

schildern den Kommunekampf als Heldenkampf, die Kommunebeamten und Soldaten als Muster für die deutschen „Genossen". Die Kommune, sagen sie, sei an drei Fehlern zu Grunde gegangen. Der erste Fehler sei der gewesen, daß man Thiers und die Regierung, sowie das Parlament und die treu gebliebenen Soldaten aus Paris ziehen ließ. „Man durfte," schreibt die „Berliner Volkstribüne" 1891, „das Gesindel nicht entwischen lassen." Als zweiten Fehler rügt das genannte Blatt, daß man den Mont Valerien in den Händen der Versailler gelassen hatte. Der dritte und größte Fehler aber sei dadurch gemacht worden, daß man die französische Bank unversehrt ließ. Die deutschen Socialdemokraten würden es anders machen: „Ein Socialist kennt den Zusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft, er weiß, daß ihr Herz der Geldbeutel ist, und daß durch die Schläge dieses Herzens der ganze Körper am Leben erhalten wird. Was ist einfacher, als fest zuzupacken und die Bank von Frankreich mit Beschlag zu belegen?"

Das offizielle Parteiorgan „Vorwärts" schließt 1896 einen Festartikel auf die Kommune mit den Worten: „Vom 18. März 1871 bis zur Gegenwart ist die Welt in politischer und ökonomischer Hinsicht noch viel rascher und weiter fortgeschritten als vom 18. März 1848 bis 18. März 1871, und wenn wir sehen, wie die socialistische Idee unwiderstehlich ihren Eroberungszug, ihren Triumphzug fortsetzt, wie ohnmächtig ihr gegenüber die Macht aller Feinde ist, dann können wir auch mit vollster Gewißheit sagen: „Es wird ein Tag des Sieges kommen, dem keine Niederlage folgen wird."

Die Schandthaten der Petroleusen von Paris werden als „Heldenkampf der Weiber der Kommune" gefeiert, mit der sachentstellenden Verdrehung, daß daselbst etwa 50 Weiber „nicht gegen sondern für das Eigentum gekämpft haben." (Vergl. S. 39 und 41 aus: „Zu Schutz und Trutz" von W. Liebknecht.) Und Bracke jun. aus Braunschweig erteilt den Freunden der Kommunarden, falls man ihnen vorwerfen sollte, daß sie Häuser anzündeten, Nationaldenkmäler vernichteten, unschuldige Geiseln niedermetzelten und wie Banditen im brennenden Paris hausten, folgenden Rat: „Sage, daß die Kommune als Zeichen der friedlichen Gesinnung des Pariser Volkes die Vendomesäule umgestürzt hat und Häuser niederbrannte, wo es den Zwecken der Verteidigung galt." (Vgl. „Glauchauer Nachrichten" vom 24. Februar 1877 Nr. 45.) W. Liebknecht hat noch 1895 im Reichstage dieselbe Rechtfertigung der Kommune zum Ausdruck gebracht. Auch Hasselmann bekannte sich als Freund jener Mordbrenner: „Im Nachbarlande ist Blut geflossen, wo auch meine Freunde gefochten haben gegen die Versailler, gegen jene

Ordnungsbanditen." (Sitzung des Deutschen Reichstags vom 19. Februar 1874 und „Dresdener Journal" 1874 Nr. 43.) Bebel erklärte im Reichstage am 14. April 1871: „Daß die Pariser Kommune stellenweise noch mit einer Mäßigung verfahren sei, die wir vielleicht in einem ähnlichen Falle in Deutschland schwerlich anwenden würden!" und sagte in der Reichstagssitzung vom 25. Mai 1871: „Wenn auch im Augenblicke Paris unterdrückt ist, so erinnere ich Sie daran, daß der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, daß, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Proletariats: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange" — der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird."

Von der Irreleitung des geschichtlichen Sinnes des Volkes zeugt auch die Kritik, welche der „Vorwärts" an den Denkmälern Berlins übt, von denen „der Löwenantheil den Männern des Scepters und des Schwertes anheimfällt." Des Großen Kurfürsten, Friedrichs des Großen und Kaiser Wilhelms I. wird dabei nicht weniger hämisch in würdeloser Weise gedacht als der Helden der Befreiungskriege. Der Fremde könnte aus den Denkmälern den Schluß ziehen, daß die Bevölkerung Berlins vorwiegend von militärischem oder monarchischem Geiste beseelt sei, doch treffe das zum Glück nicht zu. Im Hinblick auf den Fürsten Bismarck, und die Generalfeldmarschälle Graf Roon und Graf Moltke bemerkte der „Volksstaat" 1873 Nr. 84 S. 2: „Wann wird es wohl in ganz Deutschland auf gut deutsch heißen: „Fort Bismarck! — fort Roon! — fort Moltke!" Das Volk, das seine Helden ehrt, bezeichnet die „Wahrheit" 1877 Nr. 151 als „Hunde": „Kein Hund in Breslau! Unser Freund beliebt zu scherzen. Haben wir doch in Breslau eine ganze Partei von Hunden. Unser Dresdener Freund hätte das Vorhandensein von Hunden gewiß nicht bestritten, wenn er gerade an einem St. Sedanstage Breslau besucht und die Hunde in großen Massen durch die Straßen hätte ziehen sehen." Die socialdemokratische Presse wird in Bezug auf die großen geschichtlichen Ereignisse des Krieges von 1870/71 vielleicht einzelne unreife und unzufriedene Menschen bethören, im großen und ganzen wird sie das preußische Volk nimmer um sein köstliches Gut, das seine Stärke ist, betrügen, um den Stolz auf die großen Thaten seiner Helden und um das Vertrauen in die Gerechtigkeit der Regierung der Hohenzollern, welche das Volk fähig gemacht haben, seine Liebe zum heimischen Herd in Thatkraft umzusetzen und in den Stunden der Gefahr seinen Patriotismus zu beweisen.

7. Irreleitung der Massen durch Phantome.

Bei den unaufhörlichen Anklagen der socialdemokratischen Presse würde sie auf die Dauer das im Menschen lebende Bedürfnis nach Positivem nicht fesseln können, wenn sie nicht den Köpfen neben dem Revolutionären auch noch ein System, eine Idee, eine Hoffnung böte, damit sich die armen ausgebeuteten Menschen daran trösten und aufrichten. Beim Bestreben, dieses Positive darzubieten und dabei von der ganzen bestehenden Ordnung, als zum Untergang bestimmt, abzusehen, läuft für die „Wissenden" ein arger Humbug mit unter. Die große Menge, insbesondere in Deutschland, ist nicht im stande, Ideale zu entbehren. Man mag ihr noch so viele Ideale vernichten, daneben muß man ihr doch neue bringen; aber sie ist auch nicht im stande, Ideale auf ihre praktische Durchführbarkeit und Wahrheit zu prüfen. Daß die „Wissenden" an diesem Gängelbande die Seelenführung des Volkes jahrzehntelang in der Hand zu halten im stande sind, das ist nur möglich bei dem blinden Doktrinarismus, dem die Menge in Dentschland so leicht zufällt. Statt der Ideale bietet die socialdemokratische Presse dem Volke Phantome.

Das Hauptphantom, mit welchem die arbeitenden Klassen in Blindheit erhalten werden, der Hauptgötze dieser mit der Macht einer neuen Religion Hunderttausende von Menschen bezwingenden socialistischen Weltanschauung ist die „Wissenschaft". Je weniger verständlich und je weniger kontrollierbar dieses Inkommensurable ist, desto größeren Eindruck macht es auf die direktionslose Masse, welche instinktiv in dem Bewußtsein ihres Mangels an Bildung durch das Verlangen danach erfüllt ist, das, was ihr fehlt, auszugleichen. Das wird ihr nun von der socialistischen Presse leicht gemacht. Die Behauptungen der Partei sind Forderungen der „Wissenschaft", sonach unfehlbar, wie irgend ein Dogma oder diktatorischer Richtspruch.

In Erfurt sollte 1891 das alte Gothaer Parteiprogramm geändert werden, weil es, wie man auf dem Parteitage in Halle beschlossen

hatte, mit der „Wissenschaft" nicht mehr übereinstimmte, und es sollte ein Programm verhandelt werden, das auf der „Höhe der Wissenschaft" stehe. Da nun aber die Wissenschaft keine Kaufmannsware ist, sondern ein allgemeiner Begriff, unter dem sich „des Menschen allerhöchste Kraft" im Forschen, Erkennen, in der Lösung von Zweifeln und Widersprüchen bethätigt, so konnte man erwarten, daß sich ein Ringen der Geister in der Beratung des Entwurfes zeigen werde. Nichts von alledem geschah. Man nahm am siebenten und letzten Parteitage nach einer Rede Liebknechts ohne Diskussion en bloc den neuen Programm-Entwurf an, debattelos, d. h. man war überzeugt, daß die 21 Kommissionsmitglieder, die mit der Vorberatung des Entwurfes betraut waren, in vier Sitzungen die wahre „Wissenschaft" gefunden und in die richtige Fassung gebracht hatten.

„Indem Sie," so sagte der Präses Singer, „einstimmig angenommen haben, haben Sie erklärt, daß dies Programm auf der Höhe der Wissenschaft stehen muß." Warum denn muß? Die Mehrzahl der Mitglieder des Parteitages mögen ganz tüchtige Arbeiter, Schuhmacher, Schneider, Schlächter, Tapezierer sein, aber wie können und sollen sie beherrschen, was die bevorzugtesten Geister des Menschengeschlechtes nur in jahrtausendelanger, angestrengter Geistesthätigkeit sich anzueignen vermögen? Sind alle die großen Geister, Denker und Dichter, Philosophen und Staatsmänner, ein Aristoteles, Shakespeare, Göthe, Kant, Friedrich der Große, sind sie Stümper gewesen, weil jetzt „Meyer, Schulze und Kohn," — um mit Bebels Worten zu reden — in Erfurt eine „neue Wissenschaft" beschlossen haben? Alle jene Großen stimmen in der Erkenntnis der Grundwahrheit überein, daß die Menschen ungleich beschaffen sind, daß sie im steten Kampf ums Dasein von Interessen und Begierden bewegt werden, die einen Zustand, wie ihn die Socialdemokraten erträumen, von Aufhebung der Unterschiede in Bildung, Geschlecht, Rasse und Standescharakter und von allgemeiner, gleicher Glückseligkeit nur im Reiche des Wahnes bestehen lassen. „Im Augenblick, da wir siegen," sagt Liebknecht, „ist nur noch die Menschheit vorhanden." Das heißt ungefähr: auf unserem wahrlich dann ganz umgeschaffenen Planeten giebt es dann nicht mehr Mann und Frau, alt und jung, klug und dumm, Bildung und Barbarei, hoch und niedrig, heiß und kalt, schwarz und weiß.

Der allgemeine Teil des neuen Programmes, dieser Höhe der Wissenschaft, verlangt Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in Gesellschaftseigentum. Das sei die „Quelle allseitiger, harmonischer Vervollkommnung." Wie der Staat oder die Gesellschaft dann aus-

sehen soll, darüber enthält das Programm kein Wort. „Unsere Aufgabe kann es nicht sein," sagt Liebknecht, „das Gaukelbild des Zukunftsstaates auszumalen, wir haben den Arbeitern nur zu zeigen, was nötig ist, um das Ziel zu erreichen." Das Ziel, über das man wahrscheinlich vor lauter Wissenschaftlichkeit nicht die leiseste nähere Auskunft zu geben vermag, wird hierdurch eben zum Gaukelbild.

Ein anderes Phantom, mit dem die socialdemokratische Presse die Menge irre leitet, ist die Forderung des achtstündigen Normal-Arbeitstages. Die Forderung ist zuerst in den Vereinigten Staaten von Amerika aufgestellt worden und es soll auch in Australien die praktische Durchführung derselben versucht worden sein. Unter den civilisierten Verhältnissen von Nordamerika scheiterte die Achtstundenbewegung und führte sogar die Lockerung des früher sehr mächtigen Ordens der „Ritter der Arbeit" herbei. 1885 beantragte die socialdemokratische Fraction im Reichstage eine Resolution, welche den Reichskanzler ersuchte, auf dem Wege internationaler Vereinbarung eine tägliche Arbeitszeit von höchstens zehn Stunden anzustreben, welche übrigens in vielen Zweigen bereits üblich ist; für manchen industriellen Betrieb wurde von verschiedenen Seiten, wie zum Beispiel in den Anträgen des Abgeordneten Hitze, selbst eine elfstündige maximale Arbeitszeit als ein bedeutender Fortschritt anerkannt und erstrebt. Einige Jahre darauf wurde die Herabsetzung der Arbeitsdauer auf acht Stunden von dem internationalen socialen Arbeiterkongreß in Paris beschlossen und dieser Beschluß samt den übrigen Forderungen von Arbeitsbeschränkungen durch das Exekutiv-Kommitee des Kongresses auch der Berliner Arbeiterschutz-Konferenz mitgeteilt. Durch Massen-Petitionen sollte von nun an dem Reichstage die Pistole auf die Brust gesetzt werden, um den Achtstundentag zu erreichen.

Offenbar hat die ganze Vorspiegelung dieses Phantoms den Zweck, immer wieder den Arbeitern zu beweisen, daß von diesem Staat nichts Ordentliches zu erwarten ist. Dazu braucht man eine unter den heutigen Kultur- und Arbeitsverhältnissen unrealisierbare Forderung, welche ohne weiteres als etwas Natürliches hingestellt und bei der auch nicht der leiseste Versuch gemacht wird, die Möglichkeit ihrer Ausführung zu beweisen und die handgreiflichsten Bedenken gegen sie zu beseitigen. Ohne daß wir weiter auf die Unausführbarkeit und selbst Schädlichkeit einer für alle Zweige gleich kurzen Arbeitszeit einzugehen beabsichtigen, sei nur auf die unzweifelhafte Verkehrtheit verwiesen, einen allgemeinen gleich langen Arbeitstag für alle Arbeiten mit ihrer ungleichen Schwere zu verlangen.

Wenn ein Bergmann oder Feuerarbeiter acht Stunden arbeitet, so ist er offenbar mehr erschöpft als ein Maurer mit gleicher Arbeitszeit auf seinem Bau, und das sind noch lange nicht die größten Gegensätze in dem Maße der Anstrengung, welche die eine Arbeit vor der anderen fordert. Um solche Kleinigkeiten kümmert sich aber die socialdemokratische Presse nicht und noch weniger darum, daß heutzutage viele Personen auf dem Lande, im Beamtenstande, in der kaufmännischen und in der Kopfarbeit länger und angestrengter arbeiten müssen, als viele sogenannte „Lohnsklaven" in der Industrie, um ihr Brot zu verdienen.

Wie die socialdemokratische Presse 1885 den zehnstündigen Normal-Arbeitstag forderte und 1890 bei dem achtstündigen angekommen ist, so würde sie wahrscheinlich bei Einführung des letzteren auch nicht stehen bleiben und den sechsstündigen fordern. Von den Versprechungen, welche den Arbeitern gemacht werden, zeugt folgender Denkvers über die „gerechten Ansprüche des Proletariats":

Acht Stunden Arbeit,
acht Stunden frei,
acht Stunden Schlaf
und acht Mark Lohn dabei.

Wie man sich in Gesprächen mit socialdemokratisch bearbeiteten Arbeitern überzeugen kann, gilt ihnen ein Normal-Tagelohn von 8 Mk. keineswegs für eine Chimäre, und wenn es mit den maßlosen Ansprüchen so fortgehen könnte, würde man dahin kommen, daß die Socialdemokraten 8 Mk. Lohn allenfalls für die 8 Stunden Arbeit, nicht aber auch für die 8 Stunden freie Zeit für ausreichend erachten. Aber wo sollen denn die Arbeitgeber herkommen, die solche Löhne zahlen können? Es ist eine Gewissenlosigkeit, auch nur von Ferne die Möglichkeit solcher Löhne den breiten Massen vorzuspiegeln.

Der praktische Erfolg des achtstündigen Arbeitstages wäre, daß die deutschen Industriearbeiter um Arbeit betteln gehen und die Socialdemokratie verwünschen würden. Die Socialdemokratie samt ihrer Presse wäre dann tot, aber unsere Industrie auch, und dieser Preis ist zu hoch, als daß man nicht einem Phantom den Garaus machen sollte, welches einer allmählichen, das heißt einzig gesetzlichen Lösung der Frage der Arbeitsdauer und einer versöhnlichen Regelung der Lohnfrage gründlich widerstrebt. —

Ein weiteres Phantom, mit dem die socialdemokratische Presse arbeitet, ist die *Macht des Proletariats*, die sie der Menge vorspiegelt: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Den „Arbeiter-Bataillonen" wird vorgeredet, daß sie die erste und einzige

Macht im Staate sind, daß die Machtfragen in kürzester Zeit zu ihren Gunsten entschieden sein werden, und daß das Proletariat der alleinige Gott der Neuzeit sei. Der Machtkitzel erscheint oft in geradezu komischer Gestalt. Es soll der gesamten Bourgeoisie durch den Riesen „Proletariat" und die Allgewalt der Organisation, die denselben unüberwindlich macht, das Gruseln beigebracht werden, und da dies noch nicht völlig gelingt für diejenigen, welche die Dinge sehen, wie sie sind, mit eigenen Augen und aus eigener Erfahrung, — so wird fleißig mit der „Diktatur des Proletariats" operiert, die bekanntlich die einzige Form ist, in welcher Karl Marx das Bild des socialen Zukunftsstaates geschaut hat. Karl Marx schrieb in einem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung" vom 7. November 1848: „Es giebt nur ein Mittel, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu koncentrieren, nur ein Mittel — den revolutionären Terrorismus." Marx war also über die Diktatur des Proletariats im klaren und erwartete von dieser Gewalt- und Schreckensthaten, wie sie die Herrschaft des Wohlfahrtsausschusses in Paris — Juli 1794 — kennzeichnen, als Hunderte auf den bloßen Verdacht hin, „Feinde des Vaterlandes", das heißt Gegner der Schreckensmänner Robespierre und St. Juste zu sein, aufs Schaffot geschleppt und die ausgezeichnetsten Männer Frankreichs, wie der Chemiker Lavoisier, ins Gefängniß geworfen wurden, gleichzeitig aber auch Hunger und Not, blutige Straßenaufstände, Krankheiten u. s. w. Zehntausende dahinrafften. Die Gewaltherrschaft einer Diktatur des Proletariats, diese von der Socialdemokratie erfundene Schreckgestalt ist das Phantom, durch dessen Vorführung sie die Revolution und den Umsturz in den Köpfen und in den Völkern herbeizuführen hoffen. Arme Betrogene, die ihre Zukunftsbilder von diesem Phantom nähren! Die Revolution, welche ihre eigenen Kinder frißt, wird die ersten Schreckensmänner durch deren Nachfolger vernichten und das Grab der Volkswohlfahrt und des Glückes der Einzelnen sein. —

Ein etwas freundlicheres Phantom, mit welchem die sociale Presse operiert, ist der socialistische Zukunftsstaat, dessen Hauptprophet Bebel ist, ein „Prophet à la Schäfer Thomas" und ein „Ekstatiker", wie ihn v. Vollmar nannte. Bebel weiß, wie dies sein Buch „die Frau" zeigt, nicht nur ganz genau Bescheid, wie es im Zukunftsstaate aussieht, sondern auch, wann der große „Kladderadatsch" losgeht. Mit phantasievollem Pinsel lassen sich in Feuilletons von jedem kleinen Anstreicher die Grundlinien der Bebelschen Beglückungs-Ära weiter ausmalen, und es wird nie an Lesern fehlen, bei denen sie ein Publikum finden. Der

Glaube an das tausendjährige Reich hat für die leidende Menschheit von jeher eine große Anziehungskraft geübt; warum sollte dies nicht auch in unseren Tagen der Fall sein, zumal wenn das tausendjährige Reich als ein richtiges Schlaraffenland den kleinen und großen Kindern in naivster Weise vorgemalt wird! Andere socialdemokratische Blätter stehen anders zur Sache, etwa wie der Abgeordnete Liebknecht steht. Sie haben nicht den Bebelschen Köhlerglauben und gebrauchen deshalb gegen unbequeme Fragen nach dem Aussehen des socialistischen Zukunftsstaates den Vorwurf der Unwissenheit und Dummheit. Selbst über die Zeit des Überganges lassen sich diese Genossen ungern aus, obgleich doch faktisch nach der Doktrin des Meisters Marx, über die keiner von ihnen hinauskommt, die Diktatur des Proletariats volle Klarheit giebt. Die Dummheit soll darin liegen, von einem vernünftigen Menschen zu verlangen, daß er vorhersage, wie sich die Dinge in der Zukunft entwickeln würden. Selbst das, was in der Übergangszeit zweckmäßig sei oder nicht, könnte nur nach der Entwickelung bis zu jenem Augenblick beurteilt werden, da die Dinge zu „unserer Entscheidung" stehen. Anders muß es werden, radical anders — wie — das ist Sache der „Entwickelung". Wie man es wohl im gewöhnlichen Leben finden würde, wenn ein Baumeister erklärte: „Lieber Freund, dein Anwesen taugt von Grund aus nicht. Wir müssen es einreißen, gieb mir deinen Boden, gieb mir Geld fürs Baumaterial und die Löhne, und du bekommst ein herrliches Haus. Wie das aussehen soll, kann ich jetzt noch nicht wissen, aber es wird mir im Laufe der Dinge schon einfallen?" Von den ungestümen Baumeistern der Politik wird man erst recht verlangen dürfen, daß sie nicht bloß über das Einreißen im Reinen sind, sondern Entwürfe, Kostenanschläge, Verwaltungspläne für das neue anzugeben wissen.

Man kann sich bei dem Streit über diese Dinge in den socialdemokratischen Blättern nicht genug über die Sicherheit verwundern, mit der diese Zeitungsschreiber, die sich über die Art der Verwirklichung der Träume so wenig im klaren und in Übereinstimmung befinden, über den heutigen Staat zur Tagesordnung übergehen. Er ist für sie schon eine abgethane Sache, und ebenso gehört die Enteignung des Privatbesitzes an sich zu den unumstößlichsten Dingen der Welt. Über das Erjagen des Bären machen sie sich nicht den mindesten Zweifel, sie sprechen von ihm, als ob sie ihn schon erlegt hätten. Nur über die Verteilung des Felles soll geschwiegen werden, weil sonst die „Entwickelung" durch unbequeme und hinderliche Streitigkeiten aufgehalten *werden könnte.*

Nach Bebel werden dereinst in der kommunistischen Gesellschaft alle Verwaltungs- und Aufsichtspersonen in der Central-Leitung, in der Gemeinde, in den Fabriken, Magazinen, Werkplätzen gewählt. Es sind Vertrauensposten, die von jedem nur auf Zeit eingenommen werden, aber nicht nur das. Bebel versteigt sich in seinem Traum von der socialistischen Gleichheit sogar dazu, anzunehmen, daß schließlich die Aufseher-, Werkmeister-, Verwalterstellen umschichtig in regelmäßigem Wechsel von allen Beteiligten und ohne Ansehen des Geschlechts versehen werden könnten. Der Gleichheitstraum leugnet alle natürlichen Unterschiede, die Alter, Erfahrung, Erziehung, Bildung, Beruf, Geschlecht und vor allem diejenigen, welche die in die Wiege des Menschen gelegten Anlagen des Körpers und des Geistes hervorbringen, und er muß sie leugnen, weil sich sonst der ganze Zukunftsstaat, in dem niemand mehr herrschen und jeder regieren soll, sofort auch dem schwächsten Auge als große Seifenblase darstellen würde. Die Praxis, welche die Socialdemokraten unter sich in ihren wirtschaftlichen und geistigen Unternehmungen erproben, widerspricht dem Phantom der Gleichheitstheorie. Da hat schon mancher gut geschulte Schuhmacher oder Tischler gedacht, leicht ein großer Federheld zu sein, oder ein geübter Setzer versucht, den Prinzipal einer Druckerei zu spielen, aber dann kam immer die Auersche Weisheit von der richtigen Auswahl der Kräfte und von den unterschiedlichen Fähigkeiten zu spät. Was sich hier im kleinen abspielt, müßte sich im Zukunftsstaat im großen abspielen. Die Socialdemokraten wollen aber die in natürlichen Umständen begründeten socialen Ungleichheiten nur im kleinen wahrhaben und sündigen im großen gegen den schlichten Menschenverstand.

---

8. Unwahres Doppelspiel.

Die socialdemokratische Presse schwankt zwischen der unabänderlichen Doktrin von Karl Marx auf der einen Seite und der möglichsten Machtgewinnung und Parteiausbreitung auf der anderen Seite. Beides ist schwer zu vereinigen, die Vereinigung aber soll durch die Taktik erreicht werden. Das, was die socialdemokratische Partei Taktik nennt, ist ein Doppelspiel, ist Verstellung. Werden die Leser, die in dieser Weise von einer Presse, welche die Wahrheit und Gerechtigkeit im Munde führt, zur Doppelzüngigkeit erzogen werden, wirklich überzeugt werden? Der Schluß liegt nahe, daß die Arbeiterbataillone, mit denen die Socialdemokratie parabiert, und die ganze Renommage mit den erdrückenden Massen nicht ernst zu nehmen ist, da mancher unsichere Kantonist in diesen Reihen sein wird, der vom socialdemokratischen Parteiterrorismus zum Beitritt gezwungen ist.

In der Taktik sucht sich die socialdemokratische Presse als unverfänglich und harmlos hinzustellen, spricht vom „gesetzlichen Weg", vom allmählichen „Hineinwachsen" des heutigen Staates in den Zukunftsstaat, betreibt den Gimpelfang auf dem Lande und bei den verwandten Parteien. Auf der anderen Seite aber darf wieder die Theorie des Umsturzes, der unfehlbare Marx, nicht vergessen werden, und so geht das Doppelspiel hin und her. An der Unwahrheit, die darin liegt, kann eine Partei nicht Anstoß nehmen, die in der Weise, wie die socialdemokratische, die „Klassenmoral" für allein maßgebend und für ihr Vorgehen bestimmend anerkennt. Der Unterschied der Taktik ist ein Unterschied der Form. Die Alten sind klüger als die Jungen. Auf dem Züricher Kongreß hat Liebknecht erklärt: „Die Taktik ist keine Frage des Prinzipes, sondern der Praxis; nach den Verhältnissen muß man sich richten und nach dem Verhalten der Gegner. Gäbe es in Deutschland russische Zustände, so würden wir die Taktik der Nihilisten

üben. Bei den Zuständen in Deutschland müssen wir alle Mittel, die uns Staat und Gesellschaft zur Verfügung stellen, gegen diesen Staat und diese Gesellschaft anwenden. Wir benutzen deshalb das allgemeine Wahlrecht, beschränken uns aber nicht bloß auf das Protestieren."

Schon der Ausspruch von den Nihilisten zeigt, wie sehr die Alten mit den Jungen im Haß und in dem Endziel übereinstimmen. In dem Bericht der deutschen Socialdemokraten auf dem Züricher Kongreß wird gesagt: „Die Partei ist, was sie gewesen, die unversöhnliche Gegnerin der heutigen Klassenherrschaft. Ihr Ziel ist das alte: Eroberung der politischen Macht zum Zwecke des Stürzens der Klassenherrschaft, und der Einführung der kollektivistischen Wirtschaftsordnung."

Neben der Versicherung der Harmlosigkeit der Partei und der friedlichen Entwickelung der Verhältnisse in den socialistischen Staat hinein geht durch die socialdemokratische Presse der fortwährende Hinweis, daß zur Verwirklichung der socialdemokratischen Lehren schließlich die gewaltthätige Erhebung des Proletariats werde stattfinden müssen. Die Richtung der Alten wie der Jungen gefällt sich gleich den Unabhängigen und Anarchisten besonders darin, an den Gedenktagen der französischen Revolution diese und die Terroristen von 1793 und 94 in ihren Reden und Schaustellungen zu verherrlichen, wie sie denn auch der Pariser Kommunarden von 1871, der russischen Nihilisten und der in Chicago hingerichteten Bombenwerfer stets nur mit Lob und Bewunderung gedenkt. So befindet sich die socialdemokratische Presse in einer argen Klemme. Die großen Städte und Industriebezirke sind vollauf socialistisch bearbeitet, die Agitation soll und muß jetzt aufs Land gehen. Erfolge können hier nur erzielt werden, wenn die Ziele der Partei verhüllt werden, das weiß man. Andererseits fürchtet man wieder, daß die zu diesem Zwecke künstlich zur Schau getragene Zahmheit auf den revolutionären Charakter der Partei zurückwirken könne, und das darf natürlich um alles in der Welt nicht geschehen.

Ein besonders interessantes Beispiel bietet der Streit, den der socialdemokratische Katechismus von Knorr hervorgerufen hat. Knorr hat die schwierigsten Fragen in naiver Weise in der Form von Fragen und Antworten umschifft. Hierfür ein Beispiel. Frage: „Wer bestimmt das Absatzgebiet, wenn ein freier Güteraustausch nicht mehr existiert?" Antwort: „Ein von allen Berufsgenossenschaften gewählter Volkswirtschaftsrat, er wird die Regierung der Zukunft sein." Bebel dagegen hat gelehrt, daß es in der Zukunftsgesellschaft keine Art von Regierung, sondern bloß eine Art von „Verwaltung" geben soll. Der socialistische Volkswirtschaftsrat klingt nach etwas, ist aber nichts. Sehr energisch verwahrte sich

die „Neue Zeit“ gegen „die Verſimpelung unſerer Grundſätze.“ Es heißt da: „Wenn wir es nicht ſagen, dann ſagen es unſere Gegner den Bauern und Kleinbürgern, daß wir eine revolutionäre Partei ſind, und ſie können das aus den hervorragendſten Schriften unſerer Partei beweiſen. Die Selbſtverſtümmelung kann nur dahin führen, der Socialdemokratie den Vorwurf der Doppelzüngigkeit auf den Hals zu laden und den Schein zu erwecken, als glaube ſie ſelbſt nicht an die Sache.“

Die „Neue Zeit“ verwirft das Prinzip der Heuchelei und empfiehlt dafür, daß ſich die Partei, je mehr ſich ihre Agitation an nichtproletariſche Schichten wendet, um ſo ſorgfältiger dieſe Schichten darauf anſehen ſoll, ob dieſe Schicht „geeignet“ ſei, die ſocialiſtiſchen Ideen aufzunehmen. Zweifellos ſind die Bürger der Landſtädte und die Dorfbewohner „nicht geeignet“. „Heuchler oder ganzer Revolutionär“, das iſt die Loſung der zielbewußten Stürmer; die Taktik aber der Preſſe iſt beides zugleich. Zu dieſer Doppelzüngigkeit gehört vor allem die ſtehende Berufung auf den *geſetzlichen* Weg. Karl Marx, der geiſtige Vater der Socialdemokratie, war ſich vollſtändig klar darüber, daß die Umwälzung der gegenwärtigen Staatsordnung und Produktionsweiſe nur mit Gewalt geſchehen könne. Schon in dem kommuniſtiſchen Manifeſt 1847 ſchrieb er, daß es nur mittelſt deſpotiſchen Eingriffes in das Eigentumsrecht und die Produktionsverhältniſſe möglich ſein würde, Grund und Boden, Gruben, Fabriken, Maſchinen, Werkzeuge in der Hand des Proletariats zu vereinigen.

So offen konnte Marx ſprechen, dem es darauf ankam, die auffäſſigen Elemente der alten und neuen Welt in einem großen kommuniſtiſchen Bunde zu vereinigen. Anders ſeine Schüler, die zunächſt im Rahmen des nationalen Staates Truppen für die kommuniſtiſchen Ideen zu werben hatten; den Grundſatz von der Anwendung der Gewalt durften ſie als vorſichtige Praktiker keineswegs offen verkündigen, wenn ſie ihr Werk, die patriotiſch fühlenden und geſetzlich denkenden Arbeiterſcharen zu ſich herüber zu ziehen, nicht erſchweren wollten. Deshalb war im Gothaer Programm ausgeſprochen, daß die ſocialiſtiſche Arbeiterpartei den freien Volksſtaat und die ſocialiſtiſche Geſellſchaft „mit allen geſetzlichen Mitteln erſtrebe.“ Das Wort geſetzlich wurde dann weſentlich auf Marx' Betreiben auf dem Wydener Kongreß im Jahre 1880 aus dem Programm geſtrichen, allerdings mit der Begründung, daß ſeine Beibehaltung die Anerkennung und Unterwerfung unter das Socialiſtengeſetz und den Verzicht auf den Kampf gegen dieſes einſchließen würde. Allein auf demſelben Kongreß wurde ein Manifeſt erlaſſen, in dem es offen heißt, daß die Mehrzahl der Genoſſen niemals an den geſetzlichen Weg geglaubt habe, ihnen

vielmehr, da die herrschenden Klassen freiwillig und ohne Zwang die socialistischen Grundsätze doch nicht durchführen würden, „jedes Mittel" recht sei. „Will es nicht biegen von oben herab, so muß es brechen von unten herauf."

Ganz klar ließ sich über diesen Punkt die „Berliner Volkstribüne" vernehmen: „Wenn das Proletariat sich von der Knechtschaft befreien will, so hat es nicht gegen diese Gesetze zu rebellieren, sondern es hat zu sehen, wie es die Macht erhält. Aus diesem Grunde hat auch die Socialdemokratie immer erklärt, daß sie nur den gesetzlichen Weg gehen wolle, nicht aus bürgerlicher Tugendsentimentalität, sondern aus der einfachen Erwägung heraus, daß jede „ungesetzliche" Bethätigung natürlich nur den einen Erfolg haben kann, die Schergen des Gesetzes auf sich zu hetzen und einen erwünschten Vorwand abzugeben, die Partei niederzuknüppeln; darauf komme es allein an, mächtig zu werden, d. h. ein zielbewußtes Proletariat zu schaffen. Zu diesem Zwecke heißt es, auf gesetzlichem Wege zu bleiben, aber natürlich immer in dem Bewußtsein, daß man nur deshalb auf ihm bleibt, weil man auf ihm bleiben muß." Das heißt mit anderen Worten: Achtung vor den Gesetzen kennen wir nicht, wir lassen sie nur gelten, weil und solange wir nicht mächtig genug sind, um sie mit Erfolg zu brechen.

In ähnlicher Weise bemüht sich auch der „Vorwärts", von „unblutiger" oder „friedlicher" Revolution zu sprechen. Gewiß giebt es auch auf dem Gebiete des Geistes friedliche Revolutionen, wie die Entdeckung Galilei's, die Erfindung, den Dampf als Motor zu benutzen u. a. Allein mit dem Begriff einer Revolution im Staat ist nach allgemeinem Brauche die Gewalt, die Auflehnung von Massen gegen das bestehende Gesetz untrennbar verbunden. Friedliche Neuerungen und Umwälzungen sind Reformationen, gewaltsame sind Revolutionen. Immerhin könnte man sich die willkürliche Deutung des Begriffs Revolution gefallen lassen, wenn es aufrichtig gemeint wäre, daß die Socialdemokratie von ihrem früheren wirklich revolutionären, weil den Bürgerkrieg betreibenden, an die rohe Gewalt appellierenden Standpunkte abgekommen sei. Das ist aber nicht der Fall. Der „Vorwärts" macht in dem nämlichen Athemzuge, wo er von friedlichen Revolutionen schreibt, die Illusion von friedlichen Zielen selbst zu nichte, er führt nämlich aus, daß nur die Machthaber und zwar durch gewaltsame Unterdrückung die Revolution heraufbeschwören, „gewaltsamen Gegendruck" herausfordern. „Wären die Menschen Hammel, die sich widerstandlos alles gefallen lassen, dann gäbe es keine Revolution, es gäbe dann aber auch keinen menschlichen Fortschritt." Was heißt das anders, als daß die Revolutionen der gewaltsame Widerstand gegen

angebliche Unterdrückung sind, die Gewaltthätigkeit also im Begriff der Revolution enthalten ist? Dabei ist natürlich noch die Entscheidung darüber, ob Unterdrückungen bevorstehen, lediglich den Revolutionären vorbehalten.

Bebel bemerkt selbst in seinem Buche „Unsere Ziele", daß die Bestrebungen der Socialdemokratie allerdings so ganz einfach sich nicht durchführen lassen; daß es dazu nicht ganz harmloser Mittel bedürfen würde, sagt er auf Seite 16, wo es heißt: „Mit Besprengung von Rosenwasser wird die Frage freilich auf keinen Fall gelöst werden." Was er als Gegensatz von Rosenwasser ansieht, zeigt sich in seiner späteren Äußerung. Er bespricht auf Seite 43 die verschiedensten Möglichkeiten, den socialdemokratischen Staat ins Leben zu rufen, und führt an, daß es dazu zwei Wege gäbe. Der erste bestehe darin, daß die bürgerliche Gesellschaft einfach freiwillig sich dem unterwerfe, was die Socialdemokratie verlangt. Er fährt dann fort: „Der andere, entschieden kürzere aber gewaltthätigere Weg wäre die Expropriation, die Beseitigung der Privatunternehmer mit einem Schlage, einerlei mit welchen Mitteln. Läßt sie es auf eine physische Gewalt ankommen, — auf welche Seite bei diesen Massen der physischen Kräfte der Sieg fallen wird, darüber ist wohl kein Zweifel." Sehr wahrscheinlich wird dieses freiwillige Abgeben nicht beliebt werden. Dann empfiehlt also Bebel mit voller Klarheit den zweiten Weg als den allein möglichen und das ist Anwendung der physischen Gewalt; die Geschichte lehre, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel erst durch gewaltsame Kämpfe zur Geltung gelangen. Er erörtert, daß im Jahre 1848 die Revolution nur gescheitert sei aus Mangel an revolutionärer Energie.

Zu dem unwahren Doppelspiel der Presse gehört auch, daß wie die Revolutionen den Machthabern, in gleicher Weise die Attentate der Anarchisten den Polizeispitzeln zugeschrieben werden. Die socialdemokratische Presse hört nicht auf zu behaupten, daß fast alle von den Socialdemokraten „entlarvten" Geheimpolizisten für den Anarchismus thätig gewesen wären und daß sich die Regierungen der agents provocateurs bedienten, um Verbrechen zu schaffen, die dann der Socialdemokratie auf ihr Konto geschrieben würden. Diese nach dem Satze: „Die beste Verteidigung ist der Angriff" durchgeführte Methode der socialdemokratischen Presse kann bei jeder Unthat, die auf die Schuld der Socialdemokratie zurückgeführt werden muß, beobachtet werden. Die Schuld von großen und kleinen Verbrechen trägt die bürgerliche Gesellschaft, nicht der zum Verbrecher gewordene Genosse, nicht die Verhetzung und Aufreizung, die ihn hat zum Verbrecher *werden lassen.* Wenn Genossen meineidig werden, so ist der Richter,

der den Eid forderte, daran schuld; wenn sie den Fahneneid brechen, warum wurde er denn gefordert? wenn sie gegen ihr Ehrenwort und ihre Überzeugung handeln und sich als Denunzianten und Spione einschleichen oder eine ganz andere Überzeugung heucheln, als sie haben, warum sind die Verhältnisse so, daß sie dazu gezwungen werden, warum nöthigen die Machthaber die in der Zwangslage befindlichen Genossen dazu?

Auch die Stellung zur Religion nötigt die socialdemokratische Presse zu einem fortwährenden Doppelspiel. Der Staat soll die Freiheit der Gewissen zugeben, nicht aber die Freiheit der Erziehung, als ob die Freiheit des Gewissens zu trennen wäre von der Freiheit der Erziehung. Gerade auf diese Unzertrennlichkeit beruft sich andererseits der Radikalismus und die Socialdemokratie, wenn es sich darum handelt, Kinder von Dissidenten am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen. Die Phrase: „Religion ist Privatsache", die Losung: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" gilt immer nur so lange, als die Arbeiter nach der Pfeife der Agitatoren tanzen; sobald sich die Arbeiter erkühnen, einmal anderer Meinung zu sein, sei es bei einem Ausstande, sei es bei einer ihre eigenen Interessen berührenden Frage, so werden sie von der socialdemokratischen Presse heftig angegriffen, und weder Freiheit noch Gleichheit noch Brüderlichkeit ist mehr zu spüren.

Weitere Beispiele von dem Doppelspiel, das die socialdemokratische Presse treibt, mögen hier folgen. Den jungen Leuten, die zum Militär einberufen sind, ruft die socialdemokratische Presse zu: „Führt euch als Soldaten musterhaft, damit ihr als Unteroffiziere desto sicherer und unbehelligter socialdemokratische Propaganda in den Kasernen treiben könnt." Es soll also der Genosse beim Militär den Eid auf die Fahne des Königs leisten und äußerlich den Pflichten des Fahneneides, der Treue gegen König und Vaterland, musterhaft nachkommen. Andererseits hat er zur roten Fahne geschworen, einen Eid, der ihn zur Mitarbeit am Umsturz der Staats- und Heeresordnung verpflichtet.

Der „Vorwärts" prahlte bei Begründung des Bundes der Landwirte im Jahre 1894: „Mehr Socialdemokraten, als die Leiter des Bundes ahnen, stehen in seinen Listen und bleiben sich der Pflichten bewußt, die sie der socialdemokratischen Partei schulden." Wenn ein Socialdemokrat im Bunde der Landwirte Aufnahme finden soll, so mußte er sich doch auf die Forderungen des Bundes verpflichten, die unter anderem genügenden Zollschutz, keine Ermäßigung der bestehenden Zölle, weitere Regelung des Unterstützungswesens, der Freizügigkeit, Bewahrung der Interessen des Grundbesitzes verlangen. Was verlangt

andererseits das socialdemokratische Programm, dem sich der Genosse schon vorher verpflichtet hat, und der sich der Pflicht bewußt bleiben soll, die er der socialdemokratischen Partei schuldet? Das Erfurter Programm verlangt Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstiger wirtschaftspolitischer Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit denen einer bevorzugten Minderheit opfern. Es kämpft gegen die Monopolisierung des Grundbesitzes.

Im Vereinsleben behauptet die socialdemokratische Presse mit Nachdruck den harmlosen Charakter aller der Rauchklubs, Turn-, Gesang-, Diskutier- und Lesevereine. Über die socialdemokratischen Vereine in Sachsen schrieb die „Sächsische Arbeiterzeitung" im Jahre 1895: „Harmlose Gesangvereine, noch harmlosere Turnvereine werden dem Vereinsgesetz unterstellt und aufgelöst, weil sie angeblich Politik getrieben haben. Sie haben vielleicht einige Lieder mit politischer Tendenz gesungen, sie haben einmal bei ihren Verhandlungen das Wort „Freiheit" ausgesprochen, sie haben an Festen teilgenommen, die von Wahlvereinen veranstaltet wurden, alles Dinge, die fast jeder Gesang- oder Turnverein einmal thut, die aber beileibe nicht als Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten oder als Politik anzusehen sind oder sonst bei einem anderen Verein angesehen werden." Der „Vorwärts" bestätigt dagegen offen den politischen Charakter eines Gesangvereins von Genossen und rügt im Dezember 1895 den Gesangverein scharf, der dem socialdemokratischen Arbeiterbunde angehörte, weil dieser Verein ein Fest in einem Lokal abhalten wollte, das für socialdemokratische Versammlungen gesperrt war. Unter anderem schrieb der „Vorwärts" von diesem „Unterfangen" des angeblich nur geselligen Zwecken dienenden Vereins: es erwachse ihm, dem socialdemokratischen Centralorgan, die Pflicht, der Arbeiterschaft zu raten, von dem Feste fern zu bleiben. Danach hat also die socialdemokratische Parteileitung das Recht, die geselligen Arbeitervereine, soweit sie dem betreffenden Bunde angehören, zu kontrollieren, zu maßregeln und über deren Zusammenkünfte zu verfügen. Alle diese Vereine hängen mit der Politik und Parteiorganisation zusammen. In der socialdemokratischen Presse werden sie so einmal als Vereine zielbewußter Anhänger und als die erdrückende Macht der Organisation des Proletariates bezeichnet, das andere Mal als harmlose Vereine, die fern von jeder Beschäftigung mit politischen Angelegenheiten sind.

Wie der „Vorwärts" mit zweierlei Maß mißt, ist aus Folgendem zu ersehen: Für die Parteigenossen bringt er wiederholt die bekannte *„Lokalliste für die Umgegend von Berlin;"* für alle Ortschaften sind

darin die Gastwirtschaften aufgeführt und zwar in drei Rubriken eingeteilt: „Zu Versammlungen zu haben", „Zu empfehlen", „Gesperrt". Das Organ der Socialdemokratie, das auf seiner ersten Seite mit einer so erschöpfenden und gewissenhaften Wirtschaftspolizei den „Genossen" an die Hand geht, entrüstet sich aber auf der nächsten Seite darüber, daß eine Militärbehörde den Soldaten den Besuch von 13 Wirtschaften untersagt. Hier ist die Klassenmoral auf den Boykott angewandt. In ihrer Anwendung auf die Agitation giebt sie folgendes Doppelspiel. Der „Socialdemokrat", der bekanntlich ein offizielles Parteiorgan ist, sagt im November 1894 über die Agitation: „Ein nervöses, hastiges Drängen auf die Gewinnung aller Volkskreise charakterisiert unsere Agitation. Da entsteht notwendigerweise ein Konflikt zwischen den klaren, festgelegten Parteiprinzipien und den nach Land und Leuten jeweilig verschiedenen Verhältnissen. Dabei kann es ohne gegensätzliche Erscheinungen nicht abgehen. Dort führt einer kulturkämpferische Reden, hier bewilligt ein anderer öffentlich Gelder zu Kirchenzwecken; um die Bauern zu gewinnen, werden gelegentlich die grundlegenden Sätze des kommunistischen Manifestes über das Eigentum abgeschworen. Verwerfung des Impfzwanges, Vegetarismus und Naturheilmethode erscheinen nicht selten unter Parteiflagge, es hat oft den Anschein, daß der Partei alle Dinge zum besten dienen müssen. Und wenn man dann Front macht gegen den Unfug, alle möglichen Kinkerlitzchen mit der Partei zu verquicken, so kann man die Antwort hören: „Ja, wir sind eine demokratische Partei, wir wollen die Umgestaltung der Gesellschaft mit dem Willen des größeren Teiles der Bevölkerung, und um Beute zu gewinnen, muß man jedes Terrain benutzen können." Es verlohnt sich wohl, von diesem Eingeständnis Kenntnis zu nehmen.

9. Kein Herz für die wahren Bedürfnisse der Arbeiter.

Die socialdemokratische Presse hat viel übrig für die Partei und deren Machtstellung im Staate, aber wenig für die Arbeiter und deren Wohl, und doch liebt sie es, die Socialdemokratie als die einzige Vertreterin der arbeitenden Klassen hinzustellen. Darin liegt eine Vorspiegelung, welche sich weder mit der verfassungsmäßigen Bestimmung, daß jeder Abgeordnete die Interessen des ganzen Volkes zu vertreten hat, noch mit der Aufgabe des wahren Volksfreundes vereinigt, der da weiß, daß ein Glied nur gesunden kann, wenn der ganze Körper Gesundheit hat. Jene Vorspiegelung verträgt sich auch nicht mit der Wahlstatistik und den positiven Leistungen der Socialdemokratie. Haben doch andere Parteien unter ihren Wählern ebensoviele, einzelne, wie z. B. die konservative Partei mit ihrem breiten Anhange in ländlichen Kreisen, gewiß noch bedeutend mehr Arbeiter als die socialdemokratische Partei. Allerdings versteht die socialdemokratische Presse unter Arbeitern vorzugsweise den städtischen Fabrikarbeiter, allein auch von diesen gehört keineswegs die Mehrzahl der Socialdemokratie an. Fragt man nach den positiven Leistungen für die Arbeiter, so ist der Anspruch ihrer Presse auf alleinige Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft nichts weniger als gerecht. Ihre Thaten bestehen in Versprechungen und in geflissentlicher Verleidung der Freude am Staatsleben, wie am Familienleben und am Leben überhaupt. Die Zufriedenheit ist ja nach der Auffassung dieser Presse ein Laster, und Unzufriedenheit der beste Träger der Kultur. So wird es ihr zum Verdienst, jedem ordentlichen Arbeiter einzureden, daß er ein Proletarier sei, daß die Gebildeten und Besitzenden auf ihn als ein verächtliches Wesen herabschauen und ihn so in Mißmut über seine Lage hineinzuversetzen, daß er ohne die goldnen Berge, die ihm vorgegaukelt werden, gar nicht mehr *glaubt, existieren zu* können. Es fragt sich aber, wie weit die traurige

Kunst, Ärger und Ingrimm unter die Massen zu bringen und für wirkliche Leiden der Zeit phantastische Heilmittel zu ersinnen, bei dem deutschen Volke auf die Dauer Erfolg haben wird.

Einstweilen können die Prahlereien darüber nicht täuschen, daß der Socialdemokratie zwar ein Bruchteil der zielbewußten Arbeiter blind ergeben ist, daß aber die socialdemokratische Presse kein Recht hat darum, weil die Zahl der socialdemokratischen Wähler wächst, sich als berufene Vertreterin der Arbeiterinteressen aufzuspielen. In der That ist sie das gerade Gegenteil davon, wie auch schon von vielen einsichtigen Arbeitern erkannt worden ist. Man vergleiche das Buch des deutschen Arbeiters von Hans Felsen (Altenburg, Verlag von Stephan Geibel), welches darstellt, wie leichtsinnig durch die socialdemokratische Presse die Arbeiterbewegung in Deutschland geleitet wird, so daß jedem nüchtern urteilenden Beobachter der Preßerzeugnisse mit ihrer Verhöhnung von Religion, Vaterland und Gesellschaft sich die Frage aufdränge: Wie soll das enden? Kennzeichnend für die Behandlung der wahren Interessen der arbeitenden Bevölkerung und für das Bestreben, dieselben lediglich zur Machtgewinnung für die Socialdemokratie auszubeuten, ist die Stellung der Presse zur Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Bekanntlich wurden die sämtlichen Versicherungsgesetze aufs lebhafteste von ihr bekämpft und zurückgewiesen, wie denn auch die socialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage sie ablehnten. Es war dabei maßgebend jener Liebknechtsche Grundsatz: „Wir können doch nicht dazu behülflich sein, die Arbeiterbewegung dem Königtum von Gottes Gnaden in die Hände zu spielen!" (Vgl. Liebknechts Schrift über die politische Stellung der Socialdemokratie, Leipzig 1874 Seite 12).

Trotzdem wird die Presse nicht müde, die Behauptung ihrer Abgeordneten im Reichstage und Landtage zu wiederholen: „Nur wir und unsere Partei haben die erste Anregung zur arbeiterfreundlichen Gesetzgebung gegeben." Jedenfalls würde die Presse großen Lärm machen, wenn jetzt die Versicherungsgesetze, die gegen ihre heftigste Anfeindung und Schmähung zur Annahme gelangten, wieder beseitigt werden sollten. Die deutsche socialdemokratische Presse ist in dieser Beziehung fanatischer als die Socialdemokratie in unseren Nachbarländern, welche die Wohlthat dieser Gesetze nicht nur anerkennt, sondern auch für die eigene Arbeiterbevölkerung eine ähnliche Gesetzgebung fordert, wie sie bei uns eingeführt worden ist. Unsere socialdemokratische Presse begnügt sich damit, diese Versicherungsgesetze zu benutzen, um bei Gelegenheiten sie für allerlei Schäden verantwortlich zu machen,

wie wir ja auch oben S. 45 das Wort aus dem „Vorwärts“ angeführt haben, daß das Ende der bürgerlichen Socialreform sei: „Hurenhaus und Lattenarrest“ — oder aber die Versicherungsgesetze werden zum Anlaß genommen, um die weitgehendsten Forderungen zu machen. Bald ist das 70. Jahr für den Eintritt der Altersversicherung zu weit hinausgeschoben, man soll das 60. wählen, bald soll die Invalidenrente allen denjenigen Versicherten erteilt werden, welche nicht mehr im stande sind, sich in ihrem Berufe die Hälfte ihres bisherigen, nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre zu berechnenden Jahresarbeits-Verdienstes zu erwerben. Bald wird über die Höhe der Verwaltungskosten gespottet, bald die Versicherung verdächtigt, daß nicht einmal die Hälfte der von den Arbeitern gezahlten Beiträge heute bereits in der Gestalt von Renten den Versicherten zufließe. Es wäre ja ganz gegen den Zweck der Agitation, wenn bei den Arbeitern das Bewußtsein erweckt würde, daß die vielen Millionen, welche durch Versicherungsgesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter durch das Deckungsverfahren festgelegt worden sind, ein Kapital ausmachen, durch welches die Socialreform kein leerer Begriff und kein bloßer Brocken ist, sondern als eine nationale That erscheint. Auf alle Weise giebt sich die socialdemokratische Presse die Mühe, die Wohlthaten der Versicherungsgesetze zu vergiften und der urteilslosen Menge als eine neue raffinierte Ausbeutung hinzustellen.

Dieselbe Praxis wird bei den Arbeiter-Wohlfahrtsbestrebungen geübt. Sie werden bemängelt um der Doktrin willen, daß von diesem Staat und von dieser Gesellschaft nichts Gutes für die Arbeiter kommen kann und kein Ausweg für das Wohl der Arbeiter bleibe, als die Revolution. Man kann Jahrzehnte hindurch die socialdemokratischen Blätter gelesen haben, ohne eine positive Forderung des wirtschaftlichen oder geistigen Wohles des Arbeiters zu finden, sondern immer nur Einwendungen gegen das, was vom Staat, Unternehmertum und wahren Volksfreunden für die Arbeiter geplant oder ins Werk gesetzt wird. Beiläufig gesagt, giebt es bei den übrigen Parteien wenige Blätter, die sich so wenig die Mühe geben, populär zu sein oder auch nur zu scheinen, wie gerade die socialdemokratischen Arbeiterblätter. Durch den Wust von Fremdwörtern, technischen Ausdrücken, wissenschaftlichen Phrasen findet sich kaum ein Gebildeter hindurch, geschweige denn ein ungelehrter Arbeiter. Auch hierin liegt wenig Rücksicht auf das Volk oder der wenig gerechtfertigte Anspruch, dasselbe zu diesem Zeitungsdeutsch erheben und ihm eine solche Sprache erträglich machen zu können.

Wo ist in dieser Presse die Achtung vor der Arbeit des *Volkes? Wenn es* die Aufgabe aller Zeiten ist, dem Menschen den

sittlichen Wert der Arbeit und Berufserfüllung zum Bewußtsein zu bringen, was thut die socialdemokratische Presse in dieser Beziehung? Und wenn diese Aufgabe bei einer eintönigen und mechanischen Fabrikarbeit besonders schwierig ist und der Arbeiter oft nichts weiter als ein großes Rad in der großen Maschine des fabrikmäßigen Betriebes ist, was geschieht von der socialdemokratischen Presse, um diesen großen Schaden der Gegenwart im Bewußtsein der Arbeiter zu mildern und zu heilen und die wahre Arbeitsfreudigkeit zu schaffen? Im Gegenteil, diese Presse ist bemüht, die Arbeit als Ware hinzustellen, die täglich und stündlich möglichst hoch verkauft wird und den sittlichen Wert derselben, sowie die persönliche Anhänglichkeit an den Arbeitgeber vergessen zu machen. Bei dem fortgesetzten Bestreben, höhere Löhne zu erzielen, wird die Arbeitsstätte, die doch heilig und in Frieden sein soll, zur Agitationsstätte, zum Tummelplatz von Einschüchterung der Arbeitsgenossen und von Agitationen gegen den Arbeitgeber.

Was ein Heilmittel gegen abstumpfende, mechanische Handlangerei und Tagelöhnerei sein könnte, der christliche Glaube, daß des Menschen Ziel überwärts liegt, wird dem Arbeiter geflissentlich geraubt und als Ammenmärchen und Pfaffentrug hingestellt. Die Solidariät zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auf der das Wohl der nationalen Arbeit und des Gedeihens ruht, wird in die Solidarität der Arbeiter verkehrt, welche nach dem Gedeihen der nationalen Arbeit nichts fragen. Lohn-Zuschlag ist die Losung, Strike ist das Ziel. „Wenn," so heißt es im „Hamburger Echo" in Bezug auf den 25 pCt.-Zuschlag „die Industrie in Deutschland unter keinen anderen Bedingungen bestehen kann, so mag sie lieber heute als morgen zum Teufel gehen." Die Strikes würden als Mittel zur Erreichung der Lohnerhöhung nicht so oft in Scene gesetzt werden, da jeder Arbeiter mit gesundem Menschenverstand bei den meisten Strikes von vornherein sagen kann, daß bei so hoch gestellten Forderungen die Arbeiter unterliegen müssen, — wenn nicht die socialdemokratische Presse die Aufstände dazu brauchte, Verstimmung und Unzufriedenheit in den arbeitenden Klassen zu schüren. Um dieses Zweckes willen müssen Tausende ins Elend stürzen, deren Not dann ebenso leichtsinnig von derselben Presse mit Stillschweigen übergangen wird, wenn nur konstatiert werden kann, daß durch die Schürung des Strikes neue Cadres für die Socialdemokratie geschaffen wurden. Was gilt den Umsturzmännern die Arbeit des Mittelstandes! Er muß verschwinden, sagen sie, um Platz zu schaffen für die allgemeine Proletarisierung der Massen. Was gilt ihnen die Arbeit des Landmannes, das Brot des ländlichen Arbeiters? Sie umschmeicheln die

Landbevölkerung, während sie wissen, daß sie dieselbe expropriieren wollen. Das ist in Wahrheit der schlimmste Bauernfang, den es je geben kann. So sagt Bebel in seinem Buche, „Die Frau und der Socialismus", der Bauernstand sei für die höhere Kultur hemmend und nahezu unzugänglich und müsse daher verschwinden. „Wer den Rückgang liebt, mag bei der Fortexistenz dieser socialen Schicht Genugthuung empfinden, der menschliche Fortschritt bedingt, daß sie verschwinde." Und Friedrich Engels meint, „daß den Bauern die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage unter den gegenwärtigen Verhältnissen tagtäglich klar gemacht und ihnen die absolute Gewißheit eingeimpft werden müsse, daß die kapitalistische Groß-Produktion über ihren machtlosen veralteten Kleinbetrieb hinweggehen werde, wie „ein Eisenbahnzug über einen Schubkarren." Was Bauern und Landarbeiter in Wirklichkeit von den Socialdemokraten zu halten haben, das zeigt folgende Zusammenstellung. Der „Vorwärts" schreibt 1892: „Je rascher die Mittelklassen zu Grunde gehen, desto mehr beschleunigt sich die Auflösung des Kapitalismus." Die „Sächsische Arbeiterzeitung" im Juli 1892: „Wir werden immer und überall bestrebt sein, den Untergang des Kleingewerbes zu beschleunigen." Friedrich Engels 1890: „Wenn aber der Kapitalismus die kleineren Handwerker und Kaufleute vernichtet, die durch und durch reaktionär sind, so thut er ein gutes Werk." Die „Sächsische Arbeiterzeitung" 1890: „Diese Klasse — die Bauern — ist reaktionär, die reaktionärste, die es giebt. Wir erklären nicht nur den Gutshöfen, sondern auch dem kleinsten Bauernhause den Krieg." — Durch alle diese Theorien, die nach der Arbeit des Volkes nichts fragen, sind die Socialdemokraten bestrebt, dem heutigen Staate das „Mark aus den Knochen zu saugen." Das ist der Hauptzweck ihrer Agitation, damit nach dem Zusammenbruche des Staates Platz sei für ihren Zukunftsstaat, in welchem man bekanntlich nur vier Stunden arbeitet und das „Recht auf Muße" in echt schlaraffenmäßiger Weise zu genießen bekommt.

Wo bleibt die Achtung vor der Person des Arbeiters? Unleugbar hat die socialdemokratische Presse dazu mitgeholfen, das Klassenbewußtsein des Arbeiters in wohlthätiger Weise wachzurufen und die menschliche und staatsbürgerliche Selbständigkeit, die dem Arbeiter durch die moderne Gesetzgebung theoretisch zu teil geworden ist, praktisch zur Geltung zu bringen. Was die kirchliche und staatliche Gemeinde dem Arbeiter nicht bot, hat die Organisation der Partei geboten, aber indem er instinktmäßig ihr sich unterordnete, ist es ihm entgangen, daß aus der Unterordnung mit der Zeit eine Partei-

abhängigkeit geworden ist, die schlimmer ist als das so verabscheute „Lohn-Sklaventum."

Nicht das Ehrgefühl und die sittliche Selbständigkeit der Angehörigen der Arbeiterklasse pflegt diese Presse, sondern das einseitigste Solidaritätsgefühl. Wer von den Arbeitern nicht mitthut, wird als Judas, Verräter an der heiligen Sache, Kriecher, Spitzel oder Dummkopf hingestellt. Die Menge der nicht organisierten Arbeiter wird mit dem Titel „Mob", „Lumpen-Proletarier", „Stimmvieh" beehrt. Ein Arbeiter, der sich durch Fleiß, Tüchtigkeit und sparsame Wirtschaft emporbringt, der etwas erübrigt und selbständig wird, hört im Sinne der socialdemokratischen Presse auf, Arbeiter zu sein, wird zum „Stegmüller", während jedes Mitglied irgend eines anderen Standes, das von Unlust an seinem Berufe geplagt oder durch unordentliche Wirtschaft zum Ruin gebracht wird und sich den socialdemokratischen Lehren zuwendet, sofort in einen berufenen Vertreter der Arbeiterklasse sich verwandelt. Gegen die „Budiker-Fraktion" in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, gegen die Einmischung und leitende Führung von früheren Brauern bei der Hutmacher-Organisation oder von früheren Kellnern beim Bäckerstrike, von Litteraten beim Brauerstrike hat diese Presse nichts einzuwenden. Es liegt ihr eben weniger am Arbeiter und an dessen Standesinteresse, als an der Partei und deren Macht. Darum wendet sie sich nicht an die guten, sondern an die schlechten Instinkte der Arbeiter, indem sie dabei trotz allen Geredes von Bildung der arbeitenden Klassen auf die Unbildung und leicht entzündliche Roheit der Masse spekuliert. Fort mit Gottesglauben und Kirche! Sie lehren ja, daß es ein Jenseits giebt, wo der Sterbliche dereinst Rechenschaft ablegen muß über das, was er auf Erden gethan und unterlassen hat. Fort mit Redlichkeit und Treue, mit Zufriedenheit und Genügsamkeit! Das sind ja unnütze Tugenden, weil mit ihnen der Mensch sich auch unter bescheidenen Verhältnissen wohl zu fühlen vermag. Fort mit Gesetz und Ordnung, mit Königtum und Vaterland! Sie bieten ja auch den Schwächeren und Ärmeren Schutz und setzen dem Unrecht Schranken und der Arbeiter soll doch einzig begreifen und meinen, daß er von den Stärkeren und Reicheren ausgebeutet und niedergedrückt wird. Fort mit Familie und Eigentum! Sie beschränken ja nur die persönliche Freiheit und hindern, daß der Charakterfeste ebenso wenig erwirbt und hat, als der Nichtsthuer. Man kann socialdemokratische Blätter hernehmen, welche und soviel man will, nirgends wird man eine Zeile finden, die den Arbeiter mahnte oder lehrte, wie er durch Arbeit oder gerechte Pflichterfüllung seine Lage bessert, durch Genügsamkeit sein

Brot würzt und im Unglück Trost finden kann, indem er sein Herz zu Gott erhebt. Welche „Bären" dagegen werden dem „gebildeten Arbeiter" aufgebunden, welche Übertreibungen seinem gesunden Menschenverstande zugemutet, welche Nichtswürdigkeiten ihm mit Biedermannsmiene aufgetischt. Ist hier eine Achtung vor der sittlichen Person des Arbeiters zu spüren?

Ist es denn wahr, daß der Staat, gegen den die socialdemokratische Presse wühlt, nichts zur Hebung des Volkes gethan hat und noch thut? Wer die Lage des Arbeiterstandes mit der vor 100 und 50 Jahren vergleicht, muß anerkennen, daß im Gegenteil die materielle und geistige Stellung des Arbeiters sich fort und fort hebt. Man denke an die Fürsorge für den Unterricht, an die Kranken- und Altersversorgung, an die außerordentliche Besserung der Lebenshaltung, an die Gleichstellung in rechtlicher und politischer Hinsicht, die sich im Laufe des Jahrhunderts vollzogen und namentlich in den letzten Jahrzehnten Riesenschritte gemacht hat. Die socialdemokratische Presse weiß das recht wohl, aber sie hütet sich, es einzugestehen, es muß eben Unzufriedenheit erregt und das Volk verhetzt werden. Unerträglich sind diese ewigen Kollekten, diese fast unerschwinglichen Anforderungen an Zeit und Geld, die sie von den Arbeitern verlangt und die verhindern, daß die Arbeiter sich wirtschaftlich erholen können. Noch geschieht es nur in vereinzelten Fällen, daß die Arbeiter dahinterkommen, wie sie von der Partei „ausgebeutet" werden, aber es kommt doch vor, daß der eine oder andere öffentlich gegen dieses System auftritt, das ihn irre geleitet hat, oft viele Jahrzehnte hindurch, wie jener Arbeiter in Nauen, der im November 1895 sein Amt als Vertrauensmann der Partei niederlegte mit der öffentlichen Erklärung, daß die „verletzende Plumpheit der antipatriotischen und antidynastischen Demonstrationen der Socialdemokratie in dem tristesten Widerspruch mit den Idealen der Arbeiterbewegung stehe und ihm ein weiteres Verbleiben in der Partei unmöglich mache."

Wo bleibt die Achtung vor der Familie des Arbeiters? Statt den Mann für seine Familie und die Pflege des Familienlebens zu gewinnen, wird ihm die Familie als etwas Geringes, Aufzuhebendes, Abzuschaffendes hingestellt, und die Pflege des Familienlebens durch die Pflege der genossenschaftlichen Agitation, durch Wirtshausleben und Vereinsmeierei erschwert, ja vielleicht unmöglich gemacht. Statt das sittliche Ehrgefühl des Arbeiters zu stärken, kennt die Presse nur noch ein solches in wirtschaftlicher Beziehung, so daß er den Wert seiner Arbeit überschätzen *lernen* muß, während er verlernt, daß es auch ein persönliches und

Familien-Ehrgefühl giebt, das er nicht verletzen darf. Wo hätte die socialdemokratische Presse jemals gegen die leichtsinnige Eheschließung geeifert, den Arbeiter zum häuslichen Leben angehalten, zum Sparsinn aufgemuntert, den unmäßigen Branntweingenuß verdammt? Im Gegenteil, das Sparen wird verhöhnt, die Richtersche Spar-Agnes ist die lächerliche Figur in den Blättern, die Zufriedenheit wird schlankweg als Laster erklärt, und hier sind doch häufig die Keime trostloser Armut zu finden. Den Arbeitern wird in tausend Wendungen eingeredet, daß niemand individuell, d. h. für sich und durch sich schuldig sein kann, alle Schuld ruhe bei der Gesellschaft, bei diesem schlechten Staate. Was — abgesehen von unverschuldeter Not — die Arbeiterfamilie durch den Leichtsinn des Mannes oder durch die Unwirtschaftlichkeit der Frau einbüßt, was über den Durst durch die Kehle läuft und auf dem Tanzboden verloren geht, was in der Kindererziehung bei Kirch- und Schulgang durch schlechtes Beispiel der Eltern versäumt und verfehlt wird, für das alles soll die Gesellschaft verantwortlich sein. Wenn der Arbeiter erst einmal solche Verkehrtheit glaubt, dann ist es natürlich mit der Selbstzucht, mit der Strebsamkeit, mit der Mäßigkeit, mit allem, was den Menschen vorwärts bringt, vorbei. Und nun nehme man noch dazu die Parteisteuern, welche die unproduktivsten Ausgaben sind, die dem Arbeiter zugemutet werden, und in welcher unerträglichen Höhe!*) Und was wird den Arbeitern für die Opfer von den Führern geboten? Schöne Reden und Vertröstungen auf den Zukunftsstaat. Es wird ihnen zugemutet, bei der Maifeier nicht nur ihren Tagelohn, in manchen Fällen auch ihre Brotstelle um der Solidarität des Proletariats willen schießen zu lassen und mitzufeiern, statt zu arbeiten. Es wird auch von ihnen verlangt, daß sie außerdem noch einen „Maifonds" sammeln und dazu einen Teil ihres Wochenlohnes hergeben, welcher Fonds für die socialdemokratische Preßthätigkeit dient, um das Land mit socialdemokratischen Blättern

*) Die „Kreuzzeitung" berichtete seiner Zeit von einer Arbeiterfamilie, wo der Mann wöchentlich 20 Mark verdient. Er hat eine Frau und zwei Kinder. Seiner Frau giebt er für Kost, Miete u. s. w. 4 Mark ab, und sagt, wenn ihr das nicht gefiele, ginge er ganz fort. Dabei ist er kein Trinker, er hält aber viele socialdemokratische Schriften und giebt viel Gelder für die Parteikasse. Ein solcher Idealismus wird im Kreise der Genossen als wunderbar gepriesen. Leider hat die Geschichte einen bösen „Pferdefuß". Der Mann ißt nämlich in der „Budike" und läßt Frau und Kinder hungern. Ähnlich, wie in diesem krassen Falle mögen manche Socialdemokraten ihrer Familie um der Partei willen von dem erhebliche Abzüge machen, was zu des Lebens Nahrung und Notdurft, zur Existenz unumgänglich notwendig ist.

zu überschwemmen. Die Partei hat Überfluß von den Steuern der Genossen, und die, welche an der Parteikrippe sitzen, leiden keinen Mangel, aber die Familien der Arbeiter müssen Mangel leiden.

Wo ist, so fragen wir endlich, die Achtung vor der Not des Volkes? Was thut es den Agitatoren, wenn bei einem Streik Hunderttausende von Mark den Arbeiterfamilien verloren gehen, wenn das letzte Stück unentbehrlicher Habe versetzt, der letzte Wertgegenstand verkauft ist? Die Führer schüren immer weiter, nur damit der Ausstand nicht zum Nachteil der Partei ausschlägt, und damit die Presse nachher rühmen kann, wir Arbeiter haben gesiegt. Die Not der Arbeiter scheint nur dazusein, die Schlechtigkeit des Klassenstaates zu demonstrieren, aber nicht dazu, die Führer zu veranlassen, eine ernstliche Abhilfe zu schaffen. Die socialdemokratische Presse rühmt sich der Millionen, die sie aus den Arbeitergroschen zusammen bringt, das Geld wird aber nur für die Partei verwandt; damit werden die Agitatoren bezahlt und die Blätter unterhalten, für die notleidenden Arbeitslosen ist nicht ein Pfennig übrig. „Wir wissen," sagt der „Vorwärts", „daß die Arbeitslosigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft nicht beseitigt werden kann." Damit ist die Teilnahme der Socialdemokratie für die Arbeitslosen erschöpft.

Die socialdemokratische Presse spottet sogar über die Bestrebungen der bürgerlichen Gesellschaft zur Linderung der Not der Arbeitslosen. Der „Vorwärts" schrieb im Nov. 95: „Das Notstandsthema taucht allemal um die Zeit, wo der Herbstwind die letzten Blätter von den Bäumen schüttelt, in der bürgerlichen Presse auf; dann rüsten sich die Wohlthätigkeitsvereine zu ihrer Winter-Campagne, und lassen zunächst, um das nötige Geld herbei zu schaffen, allerlei Inserate und Notizen los, in denen an den „bekannten Wohlthätigkeitssinn der Berliner Bevölkerung" appelliert wird." Selbst Aufrufe, wie derjenige des Vereins zur Speisung armer Kinder und Notleidender, werden mit höhnischen Worten begrüßt. Die ganze Liebesthätigkeit und Barmherzigkeit, welche sich in einer Fülle von Werken zur Linderung der Not zeigt, und vom Thron herab durch alle Kreise der Bevölkerung bemüht ist, sich fürsorgend der Not und Armut anzunehmen, und welche große Opfer im Dienst des Mitleids bringt, ist für die socialdemokratische Presse nur ein Sport, eine Art Heuchelei mehr.

Dabei räsonniert diese Presse unaufhörlich, daß für die Arbeiter nichts gethan werde, z. B. sagt der „Vorwärts" im August 1895 von den Arbeitern des Nord-Ostseekanals: „Unsere Genossen im Reichstage wiesen bereits darauf hin, daß für diese vielen Tausende nichts gethan ist." In Wirklichkeit waren die Wohlfahrtsbestrebungen dort geradezu

musterhafte und vorbildlich, in großem Maßstabe organisiert, und es war für alle Arbeiter in der denkbar besten Weise gesorgt. Ein Blick in die Berichte der Kaiserlichen Kanalkommission überzeugt jeden Unbefangenen von der Unumstößlichkeit dieser Thatsache.

Als davon die Rede war, Ansiedelungen zu schaffen durch Urbarmachung von Moorländereien, wie es ein socialdemokratisches Blatt, die „Leipziger Volkszeitung" empfohlen hatte, ereiferte sich dagegen die socialdemokratische Dresdener „Arbeiterzeitung" mit den Worten: „Gegen wen würden sich die angesiedelten Bauern wenden, wenn man das Privateigentum an Grund und Boden antasten wollte?" Weil durch die Kultur der Moorländereien 225000 Familien, die doch aus dem Arbeiterstande genommen werden müßten, angesiedelt werden können, war die Arbeiterzeitung gegen den Plan.*)

In gleicher Weise wendet sich die socialdemokratische Presse gegen das Einfamilienhaus, gegen Verpflegungsstationen, gegen den Handarbeitsunterricht u. a. Wenn eine arbeiterfreundliche Idee das Mißfallen und den Widerspruch der socialdemokratischen Presse findet, so geht man nicht fehl, dies als ein Zeichen dafür aufzufassen, daß sie gesund und tauglich ist. Mit Worten wollen sie den Arbeitern helfen, aber nicht mit der That. Wenn man die Volksbeglücker daraufhin anfaßt, so sagen sie gerade heraus, ihre erste und vornehmste Aufgabe sei, das Volk mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden zu machen und so die sociale Revolution vorzubereiten. Darum ist es ihnen ein Dorn im Auge, daß man in Stadt und Land Anstrengungen macht, dem Arbeiterstande gesunde und freundliche Wohnungen zu schaffen, so daß jeder Unbemittelte, wenn er Arbeitsamkeit, Sparsinn und Familiensinn besitzt, ein eigenes Heim gewinnen kann. Der echte Volksfreund muß bedauern, daß dieser sichere und gute Weg, den Arbeiterstand zu heben, mühselig ist, weil allzu häufig die Vorbedingungen — Beschaffung von Kapital und billigem Grund und Boden — nur schwer zu erreichen sind. Die socialdemokratische Presse ärgert sich und findet, daß längst viel zu viel erreicht ist, aus dem guten Grunde, weil jeder seßhafte

*) Die Dresdener socialdemokratische „Arbeiterzeitung" schrieb im November 95: „Hand in Hand mit der Urbarmachung muß die Ansiedelung gehen. Eine Betriebsfläche von zehn Hektar wird als die passendste angenommen. Man rechne 10 Mark Einrichtungskosten nebst Betrieb. Die Gesamtkosten würden 2¼ Milliarden betragen, dafür hätten wir 225000 Bauernfamilien auf diesem Moorland. Da jeder Bauer mit winzigen Ausnahmen zwei Beine hat, so macht das zusammen ½ Million „nägelbeschlagener Schuhe." Wie meint man, gegen wen würden sich diese wenden, wenn man das Privateigentum an Grund und Boden antasten wollte?"

Mann, der den Wert der eigenen Scholle erkannt hat, dem Einfluß der socialdemokratischen Lehren von selbst entwächst. Der „Vorwärts" macht das nackte Geständniß, Oktober 94, daß er die Arbeiterkasernen dem Einfamilienhaus vorzieht, weil die Massenwohnungen in der That als Kasernen anzusehen seien, für die Arbeiterbataillone, die nach dem Hoffen und Gefallen der Agitatoren dereinst unter der roten Fahne ihr Blut im Straßenkampf verspritzen sollen. „Das Einfamilienhaus", sagt der „Vorwärts", „ist eine echt bürgerliche Schöpfung für kleine Bankiers und — solide Leute; das Zusammenleben hingegen pflanzt die Solidarität in die gleich bedrängten Herzen", d. h. auf deutsch, daß die Agitation in den Mietskasernen erleichtert ist. Das socialdemokratische Blatt trägt kein Bedenken, es auszusprechen, die Mietskasernen seien das „unvermeidliche Durchgangsstadium für die Proletarier, die durch keine Palliativmittelchen, wie Bauordnungen, abgeschafft werden, bis die Arbeiter so eng und fest zusammengedrückt seien, daß sie eine unüberwindliche Masse bilden." — Das ist die Sprache der „Freunde der Arbeiter!"

Nach der Ansicht des „Vorwärts" (Mai 95) handelt es sich bei Begründung der Naturalverpflegungs-Stationen um nichts weniger als „um Hilfe für das Proletariat"; sie haben vielmehr den Zweck, „den mittellosen Arbeiter mit mathematischer Gewißheit ins Elend der Arbeiterkolonie zu geleiten." Der „Vorwärts" überschreibt seinen Artikel „Die Fangarme des Vampyrs Arbeiterkolonie." Die socialdemokratische Presse mag gegen die Verpflegungsstationen schreiben, was sie will, wer erst einmal in der traurigen Lage ist, auf der Landstraße als Arbeitsloser einherziehen zu müssen, wird Gott danken, wenn er sich in dieser Weise vor der äußersten Not schützen kann.

Die Organe der Socialdemokratie wissen zu rühmen, daß in den Reihen ihrer Genossen, dank der Parteidisciplin und dem Selbstbewußtsein der „Zielbewußten", Roheitsverbrechen nicht vorkämen. Wie aber die socialdemokratische Lehre und Schulung in Wahrheit auf die Gesittung ihrer Anhänger einwirkt, erhellt aus der Thatsache, daß z. B. in sächsischen Orten die Bevölkerung den Schutz der Behörden gegen das rohe und übermütige Auftreten der socialdemokratischen Jugend anrufen mußte. Auch erinnert man sich der in Breslau geschehenen Fälle, in denen sogar Schulknaben zur Unbotmäßigkeit gegen ihre Lehrer angestiftet wurden. Man kann sich darüber nicht wundern, wenn man das Verhalten der socialdemokratischen Presse zu den Jugendlichen, den „Rekruten der Arbeit" in Betracht zieht. „Ein *Hoch den Braven,*" schrieb der „Vorwärts" im Jahre 1894 und meinte

damit Stettiner Steinsetzer-Lehrlinge, deren erste Gesellenthat am Tage ihrer Ausschreibung war, sich sofort mit den streikenden Steinsetzern solidarisch zu erklären. Wenn in Wien 120 Lehrlinge sich zu einem socialdemokratischen Fachverein zusammenschließen, so wird das ganz besonders anerkennend hervorgehoben. Sollen doch sogar schon die Kinder ins Parteileben hineingezogen werden durch socialdemokratische Parteischriften, deren Herstellung auf dem Erfurter Parteitage beschlossen wurde.

Als die Direktion der Berliner Stadtbahn im Januar 1894 wegen der hohen Winterkälte verfügte, daß die Schaffner auf dem Bahnsteig ständig abgelöst werden sollten, sobald das Thermometer unter 10 Grad Kälte sinke, damit sie dann in einem tüchtig durchheizten Zimmer eine Viertelstunde pausieren könnten, übte der „Vorwärts" seine Kritik an dieser menschenfreundlichen Maßregel, indem er bezweifelte, ob Privatbahnen diesem Beispiele folgen würden, und sich dazu noch also vernehmen ließ: „Lebendes Menschenfleisch ist ja billig, und krepiert ein Arbeiter infolge übermäßiger Anstrengung, so melden sich gleich 10 andere zur Verrichtung der gesundheitsschädlichen Arbeit, also wozu denn „human" sein?"

Gegen die Einführung des Handfertigkeits-Unterrichtes in die Volksschule erklärt sich der „Vorwärts" im Mai 1894 in seiner Unterhaltungsbeilage. Derselbe sei nur ein Mittel, die geistige Ausbildung durch Bevorzugung der körperlichen herabzudrücken und die Arbeitsausbildung in die Schulen zu verpflanzen. Es war die Sache so dargestellt, als würden nur „Arbeiterkindern" in der Volksschule solche Fertigkeiten beigebracht, um sie beizeiten in die „tagtägliche Frohne" hineinzugewöhnen. Es ist dies ein neuer Belag dafür, daß der socialdemokratischen Presse nichts so unbequem und verhaßt ist, als jede praktische Maßregel, die der verständigen Erziehung der Jugend und der Hebung des Arbeiterstandes in Wahrheit dient. Wird ihren Aufwiegelungsgelüsten doch dadurch der Boden entzogen.

Wann wird das Volk diese Ausbeutung für die Machtgelüste einiger Führer durchschauen? Die Anzeichen mehren sich, daß das Erwachen aus dem Druck und Schlaf nicht unmöglich ist. Vor kurzem brachte die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" eine Zuschrift von einem Manne, der selbst Socialist und „durch seine nicht gewöhnliche Stellung in der Partei über alle Verhältnisse sich ein klares Urteil zu bilden im stande war." Er sagt „Den Agitatoren ist es, in Wahrheit gesagt, ernstlich nicht darum zu thun, die Lage der Arbeiter wesentlich zu verbessern. Würden sie die

Lage der Arbeiter so verbessern oder so verbessern können, daß die Arbeiter zufrieden sein würden, dann wären ja auch die socialdemokratische Agitation und folglich die Agitatoren überflüssig. Hier aber liegt des Pudels Kern. Um diesen Punkt dreht sich für die Agitatoren die ganze sociale Frage. Die Unzufriedenheit ist Vorbedingung für ihre Existenz, und es läßt sich doch in der heutigen Gesellschaft noch so schön leben. Nach ihrem Zukunftsstaate haben dieselben wahrhaftig noch kein Verlangen, denn im Zukunftsstaate werden denselben doch nach ihrer eigenen Darlegung nicht solche Gehälter gezahlt als jetzt." *)

F. Lassalle hat einmal von der liberalen Presse gesagt, kein Volk, selbst das gebildetste sei im stande, eine solche nichtswürdige Presse zu ertragen. Heute hat die socialdemokratische Presse die Rolle der damaligen radikalen Presse übernommen. Wie lange wird unser Volk noch diese Presse, ihre Ausbeutung und Verhetzung ertragen? Wer wird dasselbe aufklären und ihm den Weg zur wahren Wohlfahrt, zum Heile des Einzelnen wie der Gesamtheit, zur Volksgesundung und zum Frieden weisen? Das Maß der socialdemokratischen Presse ist voll, übervoll.

---

*) Der betreffende Arbeiter fährt fort: „Der Arbeiter, der „Mob", welcher Ausdruck auch schon von Agitatoren gebraucht ist, kann mit 900 Mark jährlich auskommen, diese Herren Agitatoren brauchen aber doch mindestens das fünf- bis siebenfache als wir Arbeiter. Jene Herren haben auch ganz andere Bedürfnisse als wir; wenn der Mob, wie ich das selbst mitgemacht habe, bei Versammlungen vor Beginn derselben in den gewöhnlichen rauchigen Gastzimmern bei einem schlechten Glase Bier saß, saß der Herr Agitator mit seinem Vertrauensmann aus dem betreffenden Orte im Fremdenzimmer bei einem Fläschchen Wein. Derselbe hätte ja vielleicht durch eine Berührung mit uns in der guten Stube die Krätze mit nach Berlin genommen."

10. Ausbreitung der socialdemokratischen Presse.

Die socialdemokratische Wochenschrift der „Socialdemokrat" veröffentlichte vor einiger Zeit eine Liste der socialdemokratischen Blätter Deutschlands. Hiernach existieren 2 Central-Organe, der „Vorwärts", der in Berlin täglich erscheint, und der wöchentlich in Berlin erscheinende „Socialdemokrat". Ferner hat die Partei eine wissenschaftliche Revue Namens „Die neue Zeit", die in Stuttgart wöchentlich erscheint und August Bebel zum Mitarbeiter hat. Diese drei genannten Organe sind gewissermaßen die tonangebenden und leitenden Blätter. Hieran schließt sich eine ganze Menge anderer Blätter. So giebt es an täglich erscheinenden Zeitungen 35, die insbesondere in den großen gewerblichen Industriemittelpunkten erscheinen, z. B. in Magdeburg, Gera, Hamburg, Bremen, Köln, Mainz, München, Stuttgart, Dresden u. s. w., — über ganz Deutschland sind sie verbreitet. Eine von diesen Tageszeitungen erscheint sogar auch daneben noch in einer Wochenausgabe, nämlich die „Rheinische Zeitung" in Köln, die hiermit dem Vorbilde der „Kölnischen Zeitung" folgt; eine andere, nämlich die „Breslauer Volkswacht" erscheint neben der Tagesausgabe auch noch in einer zweimal wöchentlich erscheinenden Ausgabe „für die Landkreise." 19 Blätter erscheinen dreimal wöchentlich, 7 zweimal und 8 einmal wöchentlich.

Wie für Politik und Wissenschaft, so ist auch für den Witz und die Unterhaltung gesorgt: in München und in Stuttgart erscheint je ein socialdemokratisches Witzblatt alle 14 Tage einmal, und in Hamburg wöchentlich einmal ein „Illustriertes Unterhaltungsblatt." Ja selbst eine socialdemokratische „Arbeiter-Turnzeitung" giebt es, und zwar in Leipzig. Wenn man die Wochenausgabe der „Rheinischen Zeitung" und die Landausgabe der Breslauer „Volkswacht" als besondere Blätter zählt, giebt es nicht weniger als 78 socialdemokratische Organe. Daneben bestehen 53 gewerkschaftliche Blätter,

die in kleineren und größeren Zeiträumen periodisch erscheinen und gleichfalls mehr oder weniger sich die Pflege des socialdemokratischen Geistes angelegen sein lassen.

Angesichts dieser starken Vertretung der Socialdemokratie in der Presse hat diese wahrlich keine Ursache, über Mangel an Preßfreiheit zu klagen. Auf der anderen Seite legt sie mit dieser reichen Blätterzahl Zeugnis ab für das thätige Interesse an einer starken und weiten Verbreitung ihrer Gesinnung, woran sich nichtsocialistische Parteien ein Muster nehmen können. Nicht nur, daß die Socialdemokraten überall ein Blatt haben, wo sie auf starke Verbreitung rechnen können, auch dort, wo sie erst Fuß gefaßt haben, haben sie ein Blatt, wenn auch erst in mäßigem Umfange begründet, und es den besonderen lokalen Zwecken und Bedürfnissen angepaßt. Ihre Preßthätigkeit stellt alles in den Schatten, was bisher von anderen politischen Parteien in gleicher Richtung geschehen ist, und die Zusammenstellung der socialdemokratischen Blätter muß daher für die Presse der staatserhaltenden Parteien ein dringender Mahnruf sein, über dem Parteihader nicht den Kampf gegen den rührigen gemeinsamen Feind, die socialdemokratische Presse, außer Augen zu lassen.

Der Parteivorstand bringt in der Regel vierteljährlich eine Übersicht über die deutsche socialdemokratische Presse. Wir geben die letzterschienene im Nachfolgenden wieder.

Wenn in den Mitteilungen der vorliegenden Schrift hauptsächlich auf die großstädtische Presse Rücksicht genommen und die provinzielle weniger erwähnt wurde, so hat das darin seinen Grund, daß die provinzielle wesentlich ein Abklatsch der großstädtischen ist. Vgl. das kürzlich erschienene kleine Heft von Pfarrer Patzschke in Breslau: „Ein Blick in die Zeitungsmache der schlesischen Socialdemokratie.*)"

*) Diese im Selbstverlage des Herausgebers, Breslau, Rosenthalerstr. 3 b erschienene kleine Schrift führt folgende Einzelheiten an. Die Breslauer „Volkswacht" und der Langenbielauer „Proletarier" verhöhnt die Mahnung zur Sparsamkeit und behauptet, nur die Not treibe die kleinen Leute zum Sparen. Patzschke weist nach, wie doch mancher Spargroschen wohl zu erübrigen sei, wie aber die Socialdemokratie jeden Versuch, der unvernünftigen und unmäßigen Verschwendung zu wehren, abweise. — Bei dem Unglück auf der Kleophasgrube ist der „Volkswacht" nicht bekannt geworden, in welcher Weise sich die steinreichen Besitzer bei den Hinterbliebenen der umgekommenen Leute abgefunden haben oder abzufinden gedenken, obwohl die „Schlesische Zeitung" sehr bald von der ausreichenden Hülfe der Besitzer, die die Unfallrente aus freien Stücken um 50 Prozent erhöht haben, berichtet hatte. Da muß der socialdemokratische Leserkreis immer mehr den Eindruck von der Gefühllosigkeit der Reichen bekommen. Auch die Stellung der Socialdemokratie zur „Kommune" streift der Verfasser. „Die Revolutionen im Heu-

Socialistische Presse Deutschlands.

I. Quartal 1896.

Zentral-Organe.

„**Vorwärts**“ **Berliner Volksblatt,** Beuthstr. 2, SW. 19, täglich erscheinend.

„**Der Socialdemokrat**“, Zentral-Wochenblatt der socialdemokratischen Partei Deutschlands. Beuthstr. 2, SW. 19.

Wissenschaftliche Wochenschrift.

„**Die Neue Zeit.**“ Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Stuttgart, Furthbachstr. 12.

Täglich erscheinende Zeitungen.

Augsburg „Volkszeitung“ Mittlerer Graben H 405.
Bamberg „Bamberger Volkszeitung“ Langestr. 10.
Bant „Norddeutsches Volksblatt“ Adolfstr. 1.
Bielefeld „Volkswacht“ Schulstr. 20.
Brandenburg „Volksblatt für Ost- und Westhavelland“ (Brandenburger Zeitung) St. Annenstr. 33.
Braunschweig „Braunschweiger Volksfreund“ Kannengießerstr. 13.
Bremen „Bremer Bürger-Zeitung“ Hankenstr. 21/22.
Breslau „Volkswacht“ Neue Graupenstr. 5/6. (Für die Landkreise erscheint noch wöchentlich 2 mal eine Ausgabe.)
Cassel „Volksblatt für Hessen“ Hohentorstr. 20.
Dortmund „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ Westenhallweg 120.
Dresden „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ Gerbergasse 1.
Düsseldorf „Niederrheinische Volkstribüne“ Karlsplatz 3.
Elberfeld-Barmen „Freie Presse“ Kleine Klotzbahn 10.
Erfurt „Thüringer Tribüne“ Johannesstr. 144.
Frankfurt a. M. „Volksstimme“ großer Hirschgraben 17.
Fürth „Fürther Bürger-Zeitung“ Königstr. 95.
Geestemünde „Norddeutsche Volksstimme“ Schulzstr. 16.
Gera „Reußische Tribüne“ Zschochern 54.
Halle a. S. „Volksblatt für Halle“ Gr. Ulrichstr. 16.
Hamburg „Hamburger Echo“ Gr. Theaterstr. 44.

---

gabelstil“ (meint der „Proletarier“) seien jetzt vorüber; er verspricht sich mehr von der Revolutionierung der Geister, die ohne Blutvergießen zum Siege gelangen kann.“ Die „Volkswacht“ nennt das „Henkerbeil das Symbol der deutschen Einheit und Zivilisation“ ganz in Uebereinstimmung mit einem auswärtigen Genossen, dem „Postillon“ in München, der diejenigen, welche eine Kommunefeier verabscheuen, „eine nichtswürdige Rotte von Menschen nennt, nicht wert den Namen Deutsche zu tragen.“ — Auch die „Volkswacht“ weist den Vorwurf weit zurück, als ob die Socialdemokraten sich die größte Mühe gäben, die Religion aus dem Herzen des Volkes zu reißen. Patzschke zeigt an einem Beispiel aus Frankenroda in Thüringen, wie die Socialdemokratie kirchliche Hülfeleistung verspottet und die von derselben Seite (von Herrn Grübel aus Gotha) den Webern zu teil werdende materielle Hülfe verschweigt. Ebenso benutzt die „Volkswacht“ die Aufhebung der verschiedenen Taxklassen bei den kirchlichen Handlungen dazu, um den guten Eindruck, den solche Reform etwa bei den Arbeitern machen könnte, herabzuwürdigen.

Harburg „Volksblatt“ Deichstr. 4.
Hannover „Volkswille“ Marktstr. 45.
Hof „Oberfränkische Volkszeitung“ Bismarckstr. 9.
Kiel „Schleswig-Holstein'sche Volks-Zeitung“ Bergstr. 11.
Köln „Rheinische Zeitung“ Hämergasse 37. (Auch erscheint eine Wochen-Ausgabe.)
Leipzig „Leipziger Volkszeitung“ Mittelstr. 6/7.
Lübeck „Lübecker Volksbote“ Große Altefähre 35/37.
Lüneburg „Lüneburger Volksblatt“ Glockenstr. 4. p. l.
Magdeburg „Volksstimme“ Schmiedehofstr. 5/6.
Mainz „Mainzer Volkszeitung“ (Hessische Volksstimme) Deutschhausgäßch. 1.
Mannheim „Volksstimme“ T. 3, 4 b.
München „Münchener Post“ Senefelderstr. 4, I.
Nürnberg „Fränkische Tagespost“ Weizenstr. 12.
Offenbach „Offenbacher Abendblatt“ Frankfurterstr. 36.
Saalfeld „Saalfelder Volksblatt“ Rosmaringasse 15.
Stettin „Volks-Bote“ Friedrich Karlstr. 28.
Stuttgart „Schwäbische Tagwacht“ Furthbachstr. 12.
Würzburg „Unterfränkische Volkstribüne“ Fabrikstr. 26.

Wöchentlich dreimal erscheinende Blätter.

Apolda „Freie Presse“ Sophienstr. 23.
Berlin „Volksblatt“, Organ für die arbeitende Bevölkerung. Beuthstr. 2, SW. 19.
Burgstädt „Die Volksstimme“ Augustusstraße.
Chemnitz „Der Beobachter“ Gartenstraße 29.
Crefeld „Niederrheinische Volkstribüne“ Am Ostwall.
Dessau „Volksblatt für Anhalt“ Landstr. 38.
Dortmund „Westfälische Volkstribüne“ Hagen, Selbeckerstr. 3. Lüdenscheidt, Grabenstr. 1. Unna, Klosterwall 18.
Dresden „Der Volksfreund“ Gerbergasse 1.
Eisenach „Eisenacher Volksblatt“ Sophienstr. 2.
Falkenstein „Vogtländische Volkszeitung“ Anzeiger für Stadt und Land.
Frankfurt a. O. „Märkische Volksstimme“ Richtstr. 41.
Gotha „Gothaisches Volksblatt“ Kinsleberstr. 11.
Greiz „Reußische Volks-Zeitung“ Untere Silberstr. 1.
Meißen „Meißener Volksfreund“ Gerbergasse 21.
Offenburg i. B. „Volksfreund“ Kesselstraße.
Rostock „Meklenburgische Volkszeitung“ Hopfenmarkt 19.
Solingen „Bergische Arbeiterstimme“ Kaiserstr. 29.
Wurzen „Neue Wurzener Zeitung“ Jakobsgasse 18.
Zeitz „Volksbote“ Michaelskirchhof 5.
Zwickau i. S. „Sächsisches Volksblatt“ Richardstr. 15.

Wöchentlich zweimal erscheinende Blätter.

Aachen „Aachener Volksblatt“ Büchel 46.
Altenburg „Der Wähler“ Hillgasse 7.
Breslau „Die Wahrheit“ Neue Graupenstr. 5/6.
Langenbielau „Der Proletarier aus dem Eulengebirge.“
München-Gladbach „Arbeiterstimme“ Solingen, Kaiserstr. 29.
Nordhausen „Nordhäuser Volksblatt“ Altendorfstr. 16.
Saalfeld „Thüringer Volksfreund“ (Thür. Waldpost) Rosmaringasse 15.
„*Thüringer* Volksblatt“ (Schwarzburger Volksfreund) Rosmaringasse 15

Wöchentlich einmal erscheinende Blätter.

Bant „Die Nord-Wacht" Adolfstr. 1.
Berlin „Gazetta Robotnicza" Andreasstr. 78a.
Braunschweig „Der Landbote" Kannengießerstr. 13.
Gießen „Mittelbeutsche Sonntags-Zeitung" Wilhelmstr. 1.
Halberstadt „Sonntags-Zeitung" Bakenstr. 37.
Königsberg i. Pr. „Volks-Tribüne" Brodbänkenstr. 26.
Zeitz „Glück auf!" Michaelskirchhof 5.

Witzblätter (Erscheinen alle 14 Tage).

München „Süddeutscher Postillon" Senefelderstr. 4.
Stuttgart „Der wahre Jakob" Furthbachstraße 12.

Illustriertes Unterhaltungsblatt.

Hamburg „Die Neue Welt" Große Theaterstraße 44.
Erscheint wöchentlich einmal.

Gewerkschaftspresse in Deutschland.

I. Quartal 1896.

Dreimal wöchentlich erscheinend.

Leipzig-Reudnitz „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer" Seeburgstr. 3/5.

Wöchentlich erscheinend.

Berlin „Die Ameise", Organ des Porzellanarbeiter-Verbandes, Charlottenburg, Englische Straße 27, II.
„Der Bauhandwerker" Rixdorf-Berlin, Ziethenstraße 31.
„Bildhauer-Zeitung" Solmsstr. 33.
„Allg. Fahr-Zeitung" Schützenstr. 58.
„Der Gastwirtsgehilfe" Annenstr. 16.
„Der Töpfer" Colbergerstr. 11, part. I.
Bremen „Deutsche Böttcher-Zeitung" Langestr. 100 I.
Burgstädt „Der Textilarbeiter" Obere Marienstr. 285.
Gelsenkirchen „Deutsch. Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" Friedrichstr. 47
Gotha „Schuhmacher-Fachblatt."
Hamburg „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" Zollvereins-Niederlage, Wilhelmstr. 8, I.
„Glück auf!" (für Former) Hamburg-Eilbeck, Konventstr. 5.
„Der Grundstein" (für Maurer) St. Georg, Neue Bremerstr. 19, II.
„Holzarbeiter-Zeitung" Eimsbüttel, Bismarckstr. 10.
„Bruder Schmied" Altonaerstr. 45.
„Fachzeitung für Schneider" 2. Durchschnitt 10.
„Der Zimmerer" Barmbeck, Feßlerstr. 28, I.
Leipzig „Der Gewerkschafter" (f. Cigarrenarbeiter) Mittelstr. 7.
„Reform" (für Buchdrucker) Ulrichsgasse 27—29, I.
Leipzig-Schkeuditz „Graphische Presse" Schkeuditz.
Linden-Hannover „Brauer-Zeitung" Falkenstr. 28.
Löbtau-Dresden „Der Fachgenosse" (für Glas-, Porzellan- und Thonwaren-Arbeiter) Wilsdrufferstr. 50.
Nürnberg „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung" Weizenstr. 12.
Offenbach a. M. „Die Glaser-Zeitung."

Stuttgart „Buchbinder-Zeitung" Heusteigstr. 30.
„Der Handschuhmacher" Böblingerstr. 44.
Zwickau „Glück auf!" (für Bergarbeiter) Äußere Schneebergerstr. 60.

Monatlich dreimal erscheinend.

Altenburg „Correspondent für Hutmacher" Teichstr. 3.
Hamburg „Der Kupferschmied" Hammerbrook, Heidenkampsweg 62, IV.

Alle 14 Tage erscheinend.

Berlin „Der Handelsangestellte" O., Blumenstr. 21.
„Sattler- und Tapezierer-Zeitung" N., Invalidenstr. 145.
„Allg. Steinsetzer-Zeitung" NW., Emdenerstr. 42.
„Vereins-Anzeiger für Maler" O., Fruchtstr. 51.
„Vereinsblatt der Leder-Arbeiter Deutschlands" N., Soldinerstr. 21.
Frankfurt a. M. „Neue Deutsche Dachdecker-Zeitung" Buchgasse 10.
Hamburg „Der Arbeiter" (für Bau- und Hilfsarbeiter) Eilbeck, Konventstr. 5.
„Barbier- und Friseur-Zeitung", Bilhörner, Brückenstr. 32.
„Deutsche Bäcker-Zeitung" Organ des Bäckerverbandes, Idastr. 15/17.
„Der Goldarbeiter" Eilbeck, Konventstr. 5.
„Der Schiffszimmerer" Eilbeck, Konventstr. 5.
„Korrespondenzblatt" des Zentralvereins der Gärtner, Eilbeck, Koventstr. 5.
„Tapezierer-Zeitung" St. Georg, Lange Reihe 75.
Hamburg-Uhlenhorst „Die Biene", (Organ der Konditorgehilfen und verwandten Berufsgenossen), Schuhmannstr. 19.
Hannover „Der Proletarier" (für Fabrik- 2c. Arbeiter und Arbeiterinnen) Schmiedestr. 15.
Heilbronn „Müller-Zeitung" Verlag A. Stapf.
Stuttgart „Die Gleichheit" Zeitschrift für die Interessen d. Arbeiterinnen. Furthbachstr. 12.

Alle drei Wochen erscheinend.

Leipzig „Zeitschrift für Graveure und Ziseleure." Paul Balting genannt Schäfer, Hainstr. 19, IV.

Monatlich einmal erscheinend.

Berlin „Correspondenzblatt" (für Geschäftsdiener, Packer) C., Neue Grünstr. 10, I.
„Correspondenzblatt des Verbandes der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands", Oppelnerstr. 43, v. IV.
„Der Bureau-Angestellte" S.W., Alexandrinenstr. 116a. Hof II.
Hamburg „Der Holzarbeiter" Eilbeck, Konventstr. 5.

Inhalt.

	Seite
Einleitung	3
1. Die materialistische Geschichtstheorie	14
2. Die äußere Politik	17
3. Die innere Politik	23
4. Grundsätzliche Untergrabung der bestehenden Ordnung	30
5. Aufstellung der Klassenmoral	42
6. Offenbare Geschichtsfälschung	53
7. Irreleitung der Massen durch Phantome	59
8. Unwahres Doppelspiel	66
9. Kein Herz für die wahren Bedürfnisse der Arbeiter	74
10. Ausbreitung der socialdemokratischen Presse	87

Zeitfragen.

Neuer Broschüren-Cyklus.

Der Vaterlandsverein Berlin, der den Zweck hat, eine patriotische Agitation zu unterhalten, und gegenüber der Verbreitung von socialdemokratischen Broschüren, Flugblättern und Kalendern eine entsprechende Verbreitung von patritoischen Broschüren, Flugblättern und Kalendern ins Werk zu setzen, giebt einen neuen Broschüren-Cyklus heraus, und bittet alle Freunde christlichen Volkslebens, diese Broschüren freundlich aufnehmen zu wollen.

Ein Haupt-Agitationsmittel für die socialdemokratische Bewegung bilden die von der Partei herausgegebenen Broschüren. Nahezu die Hälfte des 80 Seiten umfassenden Kataloges der Buchhandlung „Vorwärts“ besteht in der Aufführung derartiger Broschüren, von welchen viele eine massenhafte Verbreitung gefunden haben. Wenig ist geschehen, dieser Broschürenverteilung entgegen zu wirken. Der Vaterlandsverein hat es unternommen, in dem von ihm herausgegebenen Broschüren-Cyklus eine Gegenwirkung zu schaffen. Die Broschüren erscheinen in Heften, deren jedes ein abgeschlossenes Ganze ist; in der Regel wird monatlich eine Broschüre erscheinen. Den Abonnenten auf einen Band, der 6 Hefte umfassen wird, sollen dieselben portofrei zu dem Vorzugspreise von 2,50 M. geliefert werden. Die Hefte sind auch einzeln käuflich, in der Regel zu dem Preise von 50 Pf. und Porto für Zusendung.

Die große Gefahr, mit welcher die socialdemokratische Bewegung Staat und Kirche bedroht, besteht heutzutage nicht darin, daß diese Bewegung an Umfang und Intensität zunimmt, sondern darin, daß die Widerstandsfähigkeit der staatserhaltenden Parteien und der einzelnen Personen gegenüber der Socialdemokratie nachläßt, teils wegen falscher principieller Auffassung, teils wegen mangelnder Kenntniß der eigentlichen Ziele jener Partei, die den Umsturz auf die Fahne geschrieben hat und nimmermehr als friedliche Reformpartei ihr Dasein beschließen wird.

Da thut denn wahrlich heutzutage immer wieder eine überzeugende und leidenschaftslose, auf objektiver Wahrheit beruhende Schilderung der socialdemokratischen Principien not, sowie neben dieser abbrechenden Arbeit ein positiver Hinweis auf das, was es für die christliche Weltanschauung und deutschen Patriotismus zu verteidigen und zu schützen gilt, damit unser Volk nicht immer mehr seinen offenen Feinden oder auch wohlmeinenden Dilettanten in Volkswirtschaft und Politik in die *Arme getrieben* werde, und damit weite Kreise vor den Versuchungen

der neuen Lehre über Staatsordnung, Sittlichkeit und Weltverständniß bewahrt bleiben. Es thut Aufklärung not aus genauer Kenntnis der Sachlage und aus treuem patriotischem Herzen.

Möge das Bestreben des Vaterlandsvereins, zu dieser Aufklärung an jedem Orte nicht nur durch Flugblätter, sondern auch durch Broschüren beizutragen, von Erfolg begleitet sein und in immer weiteren Kreisen freudige Aufnahme finden. Die Behandlung der Themata soll durchaus populär sein und dem patriotischen Standpunkte auf alle Weise gerecht werden. Verständlich für jedermann, sollen diese Broschüren insbesondere der Orientierung der gebildeten Klassen im Volke dienen und dieselben zur socialen Mitarbeit und zur Abwehr der vaterlandsfeindlichen Bestrebungen aufrufen.

Anmeldungen von Abonnements auf den 1. Band des Cyklus werden gegen Einsendung von 2 Mk. 50 Pf. von der Geschäftsstelle des Christlichen Zeitschriftenvereins, Berlin SW. 13, Alte Jakobstraße 129, sowie von allen Buchhandlungen und Postanstalten entgegen genommen.

Der Vaterlandsverein Berlin.

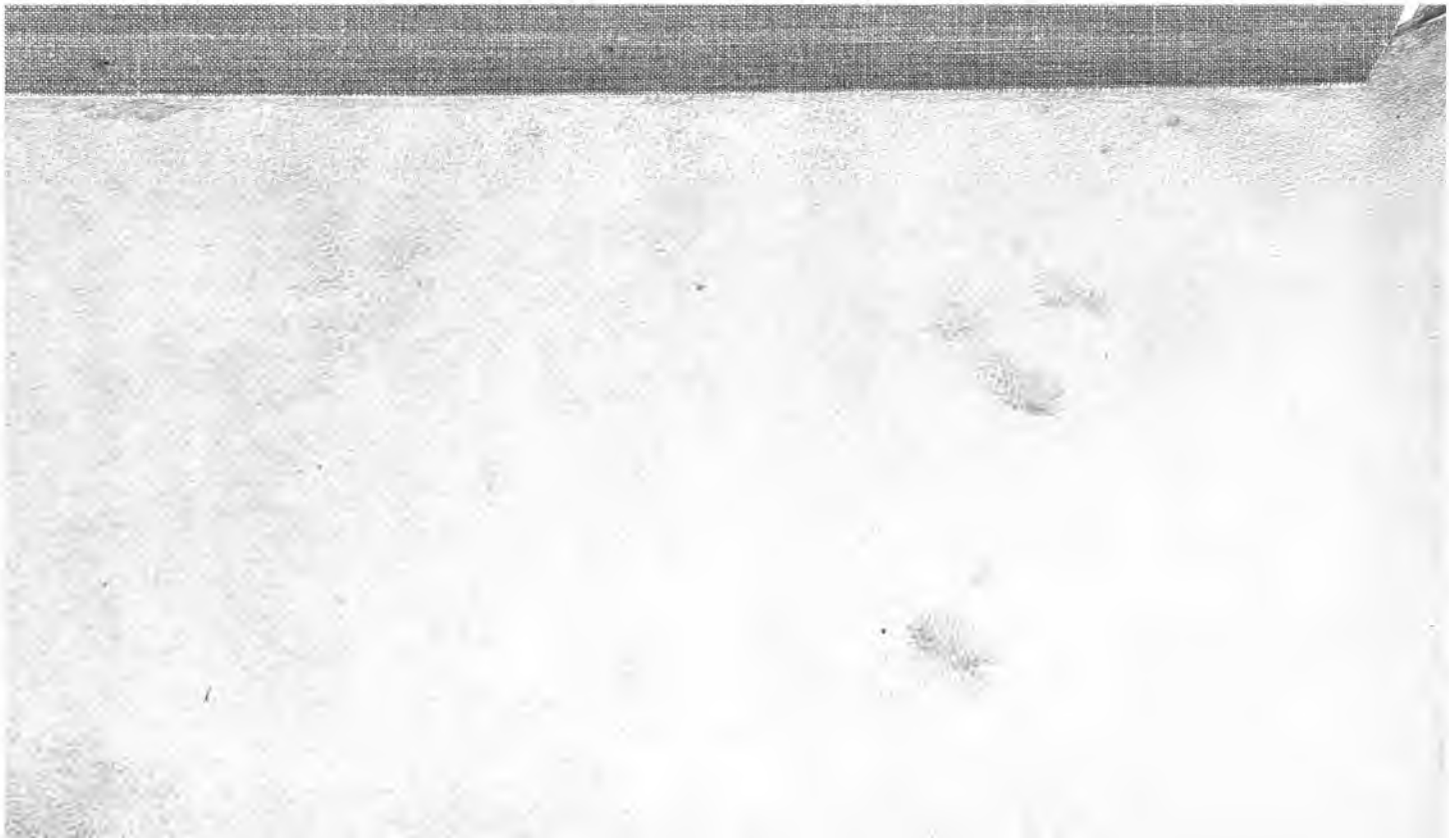
Inhalt des I. Bandes:

Heft 1. **Die socialdemokratische Presse.**
= 2. **Jacobiner und Socialdemokraten.**
= 3. **Die Wissenschaft der Socialdemokratie.**
= 4. **Die Frauenfrage in socialdemokratischer Beleuchtung.**
= 5. **Die socialdemokratische Partei-Litteratur.**
= 6. **Religion und Politik.**

Inhalt des II. Bandes:

= 7. **Die kommunistische Gesellschaft.** Leben und Ziele der Socialdemokratie. Von Otto Hammann, Dr. jur.
= 8. **Socialdemokratische Agitations-Schriften.**
= 9. **Die Klassenmoral.**
= 10. **Die socialdemokratische Jugend-Litteratur.**

Verlag und Druck
des Christlichen Zeitschriftenvereins in Berlin.



Stanford University Libraries
3 6105 124 436 622

PN
5214
P6 V

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.

Verlag und Druck
des Christlichen Zeitschriftenvereins in Berlin.